

Die Neue Gesell- schaft 11

1978
26. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 87 80 21-25
Postcheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 08
Druck: Vorwärts Druck, Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug
durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch
den Verlag.

Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM
zuzüglich Versandkosten.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen
Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM
zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim
Verlag.
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreise siehe Nr. 8

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Raimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schlimmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer (verantwortlich)
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 87 80 21-25

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Die Hessenwahl hat klargemacht, was die vorangegangenen Landtagswahlen schon hoffen ließen: Die sozial-liberale Koalition hat den seit 1972 zu beobachtenden schleichenden Vertrauensschwund bei der Wählerschaft endgültig überwunden. Dies sollte Kraft geben für ein neues Selbstbewußtsein, einen erneuten und entschledenen (sozial)reformerischen Anlauf zu wagen. Der Anlauf sollte den Mut mit einschließen, Politik vergangener Jahre, deren administrative Umsetzung den beabsichtigten „Impetus“ pervertierte oder außen vor ließ, zu revidieren. Auch das gehört zu sozialdemokratischem Politikverständnis. Da bedarf es nicht des Hinwises auf dialektisch-prozessualen Verlauf gesellschaftlicher Entwicklung. Eine Partei, die offen ist für die Probleme der Zeit, die sensibel genug ist, die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte immer wieder neu auf ihre uneingeschränkte Wirksamkeit und gesellschaftliche Realität hin zu überprüfen, lernt einfach aus Erfahrung. Das ist auch die Geschichte ihrer eigenen Politik.

Gemessen am Bewußtseinsstand der C-Parteien ist bei der SPD natürlich schon jetzt alles „In Ordnung“. Denn aus neun Jahren Opposition nichts gelernt zu haben, ist schon ein nationales Unglück, nicht nur weil ein Bremser vom Dienst Reformpolitik permanent behindert, sondern auch weil er nicht zur konzeptionellen Konkurrenz herausfordert. Konkurrenz in Form platter Ideologischer Endlosmuster reicht eben nicht (ein Marktschreier macht auch keinen Umsatz, wenn seinen starken Sprüchen nur faule Ware entspricht).

Anlehnung und Anregung zu (selbst)kritischem Überdenken sind also von dem einzigen Kontrahenten in den Parlamenten, wo es politisch letztlich zu entscheiden gilt, nicht zu beziehen. Hier ist es ähnlich wie Ende der sechziger Jahre. Das Innovative, das Alternative – oder wie die für Erneuerung stehenden Begriffe alle heißen – kommt, sieht man von den Beiträgen der SPD-Mitglieder ab, aus den außerparlamentarischen und außerparteilichen Bezirken um das Gemeinwesen besorgter kritischer Intelligenz.

Und die SPD wäre gut beraten, wenn sie sich wie damals verhielte: nicht besserwisserisch, sondern den Dialog suchend und lernbereit. Tut sie dies, ist sie wie keine andere Partei Attraktion dieser kritischen Intelligenz. Denn abgesehen von der Tatsache, daß die SPD in den wichtigsten politischen Schlüsselstellungen Macht mitverwaltet, ist sie in der Lage, die Tradition ihrer mehr als 100 Jahre parteipolitischen – programmatischer wie organisatorischer – Erfahrung in die Waagschale zu werfen. Ganz abgesehen von dem wohl wichtigsten Punkt: der oft gemeinsamen Berührung in politischen Zielvorstellungen, die sich allgemein in den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität zusammenfassen lassen.

Die bereits seit längerer Zeit in der „Neuen Gesellschaft“ verfolgte Debatte um die Einschätzung technologischer Gefahren, ihrer Kritik durch Bürgerinitiativen und „Grüne“ wird in diesem Heft verstärkt fortgesetzt. Aus sämtlichen Beiträgen wird der Bezug all dieser Themen zueinander deutlich. Die Zusammenstellung ist also nicht willkürlich oder künstlich, sondern bietet sich vom Inhalt her geradezu an.

Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die Bürgerinitiativbewegung und die grünen Parteien nur eine vorübergehende Erscheinung sind, wird es verantwortlich handelnder Politik nicht möglich sein, in alltäglicher Routine fortzufahren, was die von diesen Organisationen problematisierten Erscheinungen angeht. Dafür sind die aufgezeigten Defekte, die unser gesellschaftliches und ökonomisches System produziert, zu bedrohlich. Zu diesen Bedrohungen gehören sicher auch, vor allem weil sie, einmal unerledigt, so sehr zukunfts wirksam sind, die Jugendarbeitslosigkeit und ihre Folgen. Zuvörderst konfrontiert mit diesen Fragen sind natürlich die Institutionen, die in der Jugend verankert sind, für sie arbeiten und aus ihr Zulauf finden: die Jugendorganisationen. Dreien ihrer Vertreter ist in dieser NG Gelegenheit gegeben worden, über ihre Arbeit und Zielvorstellungen zu berichten. Anderen steht „Die Neue Gesellschaft“ ebenfalls als Diskussionsorgan offen.

Seite	Autor	Titel
884		Fragen – Antworten: Schriftsteller und SPD
885	Engelmann/Härtling/ Richter/Rinser/Troll/ Zwerenz	Aus der Sicht der Schriftsteller
871	v. Dohnanyi/Grosser/ Lattmann/Matthiesen	Aus der Sicht der Politik
Zyklus: Technologie – Bürgerinitiativen – Grüne – Wahlen		
877	Bernd Jasper	Hessen – oder Es geht wieder aufwärts
880	Klaus Wettig	Grüner Protest und SPD
882	Ulrich v. Alemann/ Peter Mambrey	Bürgerinitiativen und Gewerkschaften
888	Rolf Berger	Technologiepolitik zwischen Wachstums Hoffnung, Umweltgefährdung und Fortschrittsszweifel
888	Klaus Traube	Industrialisierungskritik und SPD (II.)
898	Gerhard Mensch	Die Rolle der Rationalisierung im Wandel des Wandels
Thema Jugendarbeit		
902	Heinz Hawrelluk	Die Aufgaben der Gewerkejugend heute und in Zukunft
906	Werner Lichtwark	Schwerpunkte und Trends in der konfessionellen Jugendarbeit
910	Erik Bettermann	Die Situation der internationalen Jugendarbeit
Zweimal Europa		
913	Sven Papcke	Europa – Ja, aber ...
916	Karl Kühne	Europäische Währungspläne – eine Hoffnung
924	Eckhard Linnenkohl	Entspannung und Technologietransfer
929	Hans-Georg Klara	Überstunden-Abbau schafft keine neuen Arbeitsplätze
931	Engelbert Recker/ Hubert Voigtländer	Reform des kommunalen Steuersystems tut not!
936	Karlheinz Bieseling	Privatisierung der Bahn?
939	Ottfried Jarren	Kommunikation organisieren: Zum Konzept „Bürgerzeitung“
943		Kritik
948		Mitarbeiter dieses Heftes

Schriftsteller und SPD

Fragen — Antworten

Themen erfindet man nicht. Die Problemlage ist vorhanden. Und wenn man „drauf kommt“, ist das Thema da. Nun, beim vorliegenden Thema war nicht viel „drauf zu kommen“. Es bot sich einfach an.

Was wird mit der Umfrage bezweckt? Sicher nicht nur, den Schriftstellern Gelegenheit zu geben, sich über bestimmte Störfaktoren zu beklagen. Das ist zu simpel, wenn man ohnehin schon um ihre Unzufriedenheit mit dem bundesdeutschen Klima für Dichter und Denker weiß. Es geht um mehr als um Klima. Es geht um das Miteinander, hier um das Miteinander von SPD und Schriftstellern.

Schon von ihren Anfängen an erfreute sich die Arbeiterbewegung der intellektuellen, moralischen und kritischen Assistenz der Schriftsteller und Dichter. So sind Namen wie Freiligrath und Weerth z. B. aufs engste mit dem Namen Karl Marx und seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“ verknüpft. Aber auch schon vorher ergab sich eine klare Interessengemeinschaft im Kampf gegen Unterdrückung und Zensur. Später zog z. B. das Gros der den literarischen Richtungen des Naturalismus und — noch später — des Expressionismus zuzurechnenden Schriftsteller gegen die gleichen Auswüchse kapitalistischer und imperialistischer Politik zu Felde wie die organisierte Arbeiterschaft. In der Weimarer Republik war die Mehrzahl der diese Zeit überdauernden Autoren eindeutig links orientiert.

Das alles ist kein Zufall. Denn moralisches Engagement von Schriftstellern und von Arbeiterschaft galt immer gemeinsamen Anliegen (die hier aufzuzählen nicht nötig sind), lediglich ihre Mittel waren verschieden. Daß beide einander bedurften — und weiterhin bedürfen —, war nie strittig.

Sicher wäre es einfacher gewesen, bei irgendeinem sich mit der Themenstellung „Schriftsteller und SPD“ seit langem auseinandersetzenden Autor eine Analyse in Auftrag

zu geben und diese den Lesern der NG als „finale“ Erkenntnis zu präsentieren. Diesen Weg wollte und konnte die Redaktion der Zeitschrift in diesem Fall nicht gehen. Das Problem ist nicht irgendeines. Es impliziert schließlich eine sich von Berufs wegen mit sich und der Gesellschaft kritisch auseinandersetzende Gruppe von — auch — politischen Multiplikatoren, die potentiell so viele unterschiedliche Reflexionen erbringen kann, wie Individuen befragt werden. Denn Individualität ist das existentielle Markenzeichen von ernstzunehmenden Schriftstellern.

Nun, vielleicht regt die Sammlung von Stellungnahmen thematisch „Betroffener“ zu nachfolgenden Analysen an. Die NG jedenfalls ist bereit, auch diesen — zweiten — Schritt zu tun, vor allem im Hinblick darauf, eventuelle handlungsanleitende Empfehlungen für die Politik der Sozialdemokratie zu erzielen.

Schon jetzt kommt jedoch im folgenden eine komplementäre, hinsichtlich der Umfrage unter Schriftstellern mit ähnlichen Fragen konfrontierte Gruppe von „hauptberuflichen“ Politikern zu Worte, die das gleiche Problem, nur eben von anderer Warte, überdenkt — Voraussetzung für eine nachfolgende, beide Seiten, Politik und Schriftsteller, berücksichtigende zusammenfassende Betrachtung und für einen echten Dialog. Die an diesem Teil der Umfrage beteiligten Autoren genügen dem Begriff „Politiker“ auf sehr unterschiedliche Weise. So kann man es als einen Glücksfall betrachten, daß mit Alfred Grosser ein auch schriftstellerisch hervortretender Politikwissenschaftler Stellung bezieht (dazu noch aus der sicher objektivitätsfördernden Situation eines Ausländers) und daß Dieter Lattmann als Schriftsteller und Bundestagsabgeordneter von beiden Themenkomponenten gleichfalls und gleichenteils „erfaßt“ ist.

Hoffen wir auf einen weiterhin fruchtbaren Dialog.

Aus der Sicht der Schriftsteller

Fragen NG:

1. 1972 hat es viele Schriftsteller gedrängt, im Wahlkampf für die SPD Partei zu ergreifen. Warum? Warum im Wahljahr 1976 nicht in gleichem Maße?
2. Was sind Ihrer Meinung nach die Politikbereiche, in denen die SPD bislang hinter ihren programmatischen Ansprüchen zurückgeblieben ist? Was sind die möglichen Ursachen dafür? Wie wären sie zu überwinden? Welches sind die dringendsten Zukunftsaufgaben, denen sich die Sozialdemokraten verstärkt zu verschreiben hätten?
3. Wie sehen Sie die Entwicklung der Bundesrepublik in der nächsten Zeit? Welche Gefahren sehen Sie – allgemein, für die Schriftsteller und ihre Arbeit?
4. Welche Formen der Abwehr dieser Gefahren sehen Sie als die geeignetsten an? Wie sehen Sie die Rolle der Bürgerinitiativen? Wie stehen Sie persönlich zu ihnen?
5. Wo und wie engagieren Sie sich persönlich zur Zeit und in Zukunft am meisten? Warum? Mit welchen Chancen auf Erfolg?

Antworten Bernt Engelmann:

Zu 1) Vom Herbst 1969 bis zu den Bundestagswahlen 1972 sind viele Schriftsteller von einer Euphorie ergriffen worden: Endlich war das Eis des Kalten Krieges gebrochen, end-



lich stand nach den intellektuellenfeindlichen Adenauer-Epigonen ein Mann an der Spitze der Bundesregierung, der kein gestörtes Verhältnis zu den Schriftstellern hatte, sondern ein verständnisvoller Kollege war. Die neue Ostpolitik, die großen Reformvorhaben, die all-

gemeine Hochstimmung, die beide auslösten, ergriff auch die meisten politisch interessierten Schriftsteller und bewirkte ihr Engagement für Willy Brandt und die SPD.

1976 war die Situation anders. Viele allzu hoch gespannte Erwartungen waren enttäuscht worden. In der Ostpolitik gab es keine spektakulären Durchbrüche mehr. Von Reformen war gar nicht mehr die Rede. Willy Brandt war von Helmut Schmidt abgelöst worden, und dessen Interesse an einem guten Verhältnis zu den Schriftstellern schien erheblich geringer als das seines Vorgängers. Wichtiger noch: Das Klima in der Bundesrepublik hatte sich völlig verändert. Die Berufsverbotsfälle häuften sich; der Rechtsruck, auch in der SPD, führte zu ständigen Konflikten mit kritischen Geistern; in den Medien wurden plötzlich sehr konservative Maßstäbe an alle Beiträge gelegt; Zensur und Selbstzensur kamen in einem Maße auf, das man seit 1969 nicht mehr für möglich gehalten hatte. Kanzler Schmidt, darauf angesprochen, meinte nur: „Ach, seien Sie doch nicht so weinerlich!“

Dies alles hat dazu geführt, daß viele Kollegen, die 1972 bei der SPD-Wählerinitiative begeistert mitgemacht hatten, im Herbst 1976 sich nicht mehr für die SPD engagieren wollten.

Übrigens, auch 1976 waren dennoch die meisten derjenigen im Wahlkampf aktiv, die

sich schon vor dem Herbst 1969 öffentlich für die SPD eingesetzt hatten.

Zu 2) Natürlich gibt es einige Bereiche, in denen die SPD besonders weit hinter ihren programmatischen Ansprüchen zurückgeblieben ist. Aber das scheint mir nicht das Wichtigste zu sein. Das Entscheidende ist, daß sich die SPD, unter fast völligem Verzicht auf Tradition, Theorie und Programm, jedem Trend bedenkenlos anzupassen bemüht ist, und dies in totaler Verkennung ihrer eigentlichen Aufgabe. Anstatt selbstbewußt deutliche Alternativen anzubieten, sie notfalls gegen den Trend energisch zu vertreten und schließlich durchzusetzen, nimmt sie die Verkleisterungsparolen von der „sozialen Marktwirtschaft“, von der „Notwendigkeit des industriellen Wachstums“ oder „Wir sitzen doch alle in einem Boot“ kritiklos auf, in Verkennung der Tatsache, daß mit solcher Anbiederung an konservative und rechtsliberale Meinungs-mache nicht einmal zusätzliche Wählerstimmen zu gewinnen sind.

Besonders gefährlich scheint mir, daß die SPD sogar den sozialen Besitzstand angetastet und die Dynamisierung der Renten gestoppt hat, anstatt z. B. durchaus mögliche, die Verteidigungsbereitschaft keineswegs gefährdende Abstriche am Rüstungshaushalt vorzunehmen.

Zu 3) Die größten Gefahren für die Allgemeinheit und für die Schriftsteller im besonderen sehe ich darin, daß sich die Bundesrepublik in einen totalen Überwachungsstaat zu verwandeln anschickt. Die ohnehin übermächtige Bürokratie erhält durch die elektronische Datenspeicherung Möglichkeiten, die jedem vernünftigen Menschen Albträume verursachen. Das jetzt schon herrschende Klima der Angst sorgt dafür, daß sich immer weniger junge Menschen politisch oder gesellschaftlich zu engagieren wagen. Das mag vom Standpunkt der Inhaber der Macht aus gesehen zunächst sogar angenehm, weil bequem, erscheinen. Auf Dauer ist dieses Klima, was unsere Demokratie betrifft, tödlich.

Zu 4) Hier wäre es die Aufgabe der SPD-Führung, den kritischen Intellektuellen den Rücken zu stärken und mit ihnen gemeinsam nach Auswegen und praktischen Lösungen zur Abwendung der deutlich sichtbaren Gefahren

zu suchen, anstatt – wie beispielsweise bei der Beratung der Antiterrorgesetze – eine Verteufelung der Kritiker zuzulassen.

Ähnliches gilt für das Gebiet der Ökologie. Es bedurfte erst des massiven Drucks der Kernkraftgegner und der diversen Bürgerinitiativen, damit es der SPD-Führung wenigstens zu dämmern begann, daß es mit bloßer Anpassung an die Forderungen der Industrie nicht getan ist. Aber ein SPD-eigenes Angebot alternativer Lösungen ist bis heute nicht zu verzeichnen.

Wenn ich auch selbst die „grünen Listen“ nicht unterstützte und im hessischen Landtagswahlkampf gegen sie und für die SPD eingetreten bin, so begrüße ich es doch sehr, daß es die „Grünen“ gibt; so besteht wenigstens die Hoffnung, daß sich die SPD gezwungenermaßen bald selbst etwas einfallen läßt.

An den von mir angeführten Beispielen zeigt sich besonders auffällig, wie hilflos eine Massenpartei gegenüber den großen Herausforderungen der Zeit geworden ist, weil sie das feste Fundament der Theorie hat verfallen lassen, weil ihr der Pragmatismus ein hinreichender Ersatz dafür zu sein scheint.

Zu 5) Als derzeitiger Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller gilt mein persönliches Engagement der Verteidigung der letzten noch vorhandenen Freiheitsräume; als Autor bemühe ich mich, die verschütteten Traditionen des Humanismus und des darauf beruhenden demokratischen Sozialismus aus der Vergessenheit zu reißen und populär zu machen. Nur so können wir, das ist meine feste Überzeugung, uns die Utopien wieder verschaffen, ohne die eine Partei wie die SPD zum bloßen Wahlverein zur Erhaltung von Funktionärsmacht denaturiert wird. Natürlich glaube ich an den schließlichen Erfolg; es wäre schön, wenn wir ihn noch erlebten und wenn nicht erst neue, die letzte noch übertreffende Katastrophen stattfinden müßten, ehe sich die Reste der deutschen Sozialdemokratie wieder auf ihre ursprünglichen Zielvorstellungen besinnen.

Antwort Peter Härtling:

Ich will es kürzer machen, als es die Fragen wünschen, weniger aus Resignation, mehr aus Zorn:

Es trifft in der Tat zu, daß nach 1972 der Ansporn, für die Sozialdemokraten Partei zu ergreifen, nachließ. Ich habe mich oft gefragt, weshalb. Es war sicher auch eine Ermattung meinerseits, doch vor allem eine Undeutlichkeit, eine programmatische Undeutlichkeit der Partei. Eine Politik des pragmatischen Reagierens provoziert mich nicht, zieht mich nicht mit. Die Zunahme von „Staat“, die Abnahme von Demokratie – und dies unter einer sozialliberalen Koalition – verwirrten und erzürnten mich. Ich hätte von der Sozialdemokratie mir ein deutlicheres Programm gewünscht, etwa so, wie es Eppler, vor allem die Möglichkeiten der Zukunft abwägend, andeutete.



Im Bereich des demokratischen Selbstverständnisses, der individuellen Freiheiten, des Schutzes, den der Bürger vom bürokratischen Zugriff haben sollte – in all dem hat sich die Sozialdemokratie nur noch sporadisch ausgesprochen. Mir kommt vor, sie fürchtet sich hier vor einem deutlichen Engagement.

So sehe ich durchaus auch Gefahren, die meinen Berufsstand treffen können. Ein zensorisches Denken, ob verdeckt oder unverhohlen, greift um sich. Im Schreiben parteiisch zu sein – in welcher Form auch immer –, kann gefährlich werden, denn das gegenwärtige Klima fördert Argwohn und Denunziantentum. Ich bin nicht sicher, ob hier Bürgerinitia-

tiven ausreichen. Ich wünschte mir eher, die Partei besänne sich auf jenes radikale Demokratieverständnis, auf das sie noch vor sechs Jahren pochte. Wir sollten es uns nicht, melancholisch, als Legende erzählen.

Antwort Hans Werner Richter:

Schriftsteller sind nur sehr selten Parteigänger. Sie werden sich also nur zeitweise für eine Partei engagieren, das heißt dann, wenn sie es für notwendig halten. Das Engagement der Schriftsteller für die SPD Anfang der siebziger Jahre wurde lange vorher vorbereitet. 1961 fand die erste Unterredung mit Willy Brandt in Bonn statt, dann kamen die Rowohltsbände „Die Alternative“ und „Plädoyer für eine neue Regierung“. Dann ging Günther Grass direkt auf die Wahlkampfbühne, und andere folgten seinem Beispiel. Alle diese Bemühungen haben sich erst 1972 voll ausgewirkt. Worum ging es dabei? Es ging im wesentlichen um den Wechsel. Zu lange hatte die CDU regiert. Nun sollte die SPD an die Macht. Man glaubte – und ich gehöre zu denen, die dies glauben –, der Wechsel ist das Salz einer parlamentarischen Demokratie. Man wandte sich gegen die Verkrustung. Dazu kam, daß sowohl soziale wie außenpolitische Vorstellungen der SPD den meisten der Schriftsteller mehr lagen als die anderer Parteien. Mit der CDU hatte man nur Ärger gehabt. Denken Sie an die „Pinscher“ von Ludwig Erhard und an die „Reichsschrifttumskammer“ (gemeint war die „Gruppe 47“) von Dufhues.

1972 war dieses Ziel erreicht. Die SPD wurde zur tragenden Partei der Regierung. Natürlich erlahmte nun das Interesse. Die Schriftsteller gingen an ihre Schreibtische zurück und besannen sich wieder auf ihre eigentliche Arbeit – die Literatur. Sie hatten geholfen, die SPD an die Macht zu bringen, in der Macht zu bleiben, das war nun Sache der Partei. Sie wurden wieder das, was sie Ihrer Veranlagung und, wenn man so will, von Berufswegen sind: Interessierte Zuschauer.

Selbstverständlich engagieren sich auch heute noch viele Schriftsteller, aber meistens doch für übergeordnete Ziele, die oft nicht im Interesse der Regierung liegen, die sie selbst mit an die Macht gebracht haben. Man soll sich also nicht wundern, wenn sich

Schriftsteller von Rang für die „Grünen“ einsetzen. Hier geht es wieder um „ideelle“ Interessen, ähnlich wie 1958/59 für die Antiatombewegung, in der sich ja auch viele, sehr viele Schriftsteller engagiert haben.



Dies alles sieht ganz anders in einer Diktatur aus, etwa in Chile, im Iran oder in der Sowjetunion. Was bleibt als Resümee: Schriftsteller sind keine Politiker. Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel, aber in den meisten Fällen ist es so. Ihr politisches Interesse ist fast immer übergeordneter Natur.

Was bleibt für die SPD? Hier eine Feststellung und ein Ratschlag: Viele Schriftsteller stellen in letzter Zeit fest, daß sich die Partei immer dann an die Schriftsteller wendet, wenn Wahlkämpfe herannahen. Das wirkt ernüchternd. Mein Ratschlag: die Partei sollte sich immer um ein gutes Verhältnis zu den Schriftstellern bemühen, aber alles unterlassen, was den Eindruck erweckt, als wolle sie aus den Reihen der Schriftsteller Wahlkämpfer rekrutieren. Ich meine, die meisten deutschen Schriftsteller wissen selbst sehr genau, wann und wo sie sich für etwas einsetzen und wann nicht.

Antworten Luise Rinser:

Zu 1) Ich habe 1972 elfrig für den Wahlsieg der SPD gearbeitet (und nicht nur damals), weil mir die SPD die einzig wählbare Partei

schien und auch heute noch scheint (das berühmte kleinere Übel, HEUTE). 1972 war ich begeistert von den Brandtschen Ostpolitik. Von der Öffnung nach dem Osten, von der Entspannung profitiert heute auch die CDU/CSU, ohne je zu sagen, daß es die SPD in der PERSON Brandts war, die die neue Politik initiierte. Brandt war damals (und IST es heute noch in der ganzen Welt) das Symbol für das bessere, das humane Deutschland, die personalisierte Lichtseite dieses Landes. Das haben die meisten Deutschen nie verstanden oder willentlich vergessen. Daß damals an der Spitze des Landes auch Heinemann, SPD, stand, ein großartiger Charakter — das zusammen mit den genannten Gründen spornte mich an, für DIESE SPD zu arbeiten.

Zu 2) Die SPD ist inzwischen eine Art liberaler CDU geworden; ich sehe wenig Unterschied, vermutlich würde die CDU genau so regieren, wie es die SPD tut. Sie würde ebenfalls Politik gleichsetzen mit Wirtschaftspolitik, und sie würde die Kulturpolitik ebenfalls weit hintansetzen. Ich sagte einmal zum Kanzler, er sei der beste CDU-Kanzler, den wir seit Adenauer hatten. Wie die SPD zur



Kulturpolitik steht, wurde uns klar bei der Tagung in Berneustadt: der Kanzler und die Künstler. Er sagte uns, er verstehe unsere Klagen nicht: Die Bundesrepublik Deutschland habe die sicherste Währung und die niederste

Arbeitslosenquote . . . Im übrigen sehe er nicht, daß unsre Freiheit bedroht sei. Wo sei denn Zensur? Und wir könnten uns ja doch wohl selber verteidigen.

Bei einem so profunden Un-Verhältnis zu den Kulturschaffenden braucht sich die SPD nicht zu wundern, wenn wir keine Lust mehr haben, für diese Partei zu arbeiten, oder, wenn wir dennoch für sie arbeiten, es nur tun, weil die CDU das größere Übel ist. Der Radikalen-erlaß ist nun einmal von der SPD unterstützt worden, da hilft keine Reue mehr. Und die Behandlung der Jusos und aller, die in die alte SPD neue Ideen einbringen wollen, ist nicht geeignet, uns zu begeistern. Ich schrieb es schon zweimal in Privatbriefen an den Kanzler, daß die SPD für die Jugend keine Anziehungs- und Überzeugungskraft hat. Die Jugend braucht eine IDEE. Die SPD hat keine, die macht nur Wirtschaft und rüstet auf. Die dringenden Probleme sind die der Schulen. Statt zu rüsten, sollte man das Geld in diese Aufgabe stecken. Aber ich sage das ohne jede Hoffnung.

Zu 3) In pessimistischen Zeiten sehe ich die Bundesrepublik Schritt für Schritt zum moderierten Polizeistaat werden. In ganz schwarzen Zeiten sehe ich den Neofaschismus an Macht zunehmen und den Beifall der Bürger erringen. Die SPD schaut zu. In helleren Zeiten sehe ich eine Chance für die Bundesrepublik in den Bürgerinitiativen. Die waren es auch, die uns angegriffene Schriftsteller verteidigten.

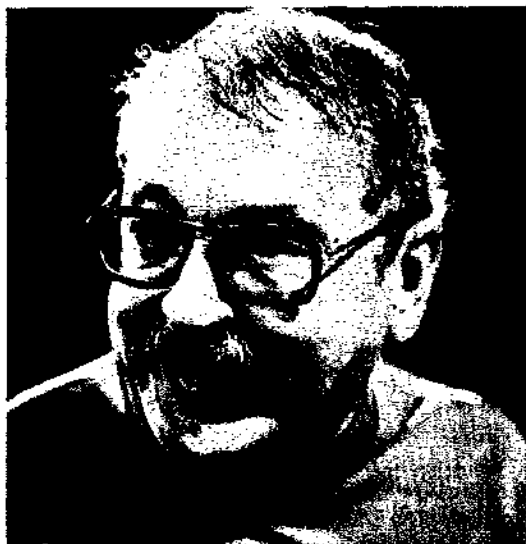
Die wirklich große Gefahr ist die Springer-
presse, die Leute wie mich immerfort diffamiert und verleumdet und damit das Volk gegen uns aufhetzt. Ich sehe nicht ein, daß die SPD-Regierung nicht längst eines der zuständigen Gesetze gegen die Zentrierung der Presse in EINER (und was für einer) Hand angewandt hat. Die SPD ist der Bauer, der den Stall verschließt, wenn der Dieb die Kuh längst gestohlen hat. Statt eine Anti-Springer-Presse zu finanzieren, läßt sie Springer arbeiten, und er gräbt der SPD munter das Grab.

Zu 4) Ich schreibe Bücher, in denen ich für die Erhaltung des Freiheitsrestes kämpfe. Im Herbst erscheint mein Tagebuch „Kriegsspielzeug“. Ich bin sicher, die SPD nimmt keine Kenntnis davon. Aber eines ist wichtig: die JUGEND hört auf mich, das wissen die

Gegner, DARUM versuchen sie, mich durch die Springerpresse und Leute vom Schlage Filibingers zu „erledigen“. Das wird ihnen nicht leicht gelingen.

Antworten Thaddäus Troll:

Zu 1) Ich habe mich 1976 ebenso engagiert, wenn auch weniger überzeugt wie 1972, für die SPD eingesetzt, und ich nehme auch heute noch aus Mangel an Alternativen für sie Partei. Unter dem Bundespräsidenten Heinemann und dem Bundeskanzler Brandt hat mir als Bürger die Bundesrepublik ein Optimum an politischem Wohlbefinden geboten. Toleranz, Liberalität und Freundlichkeit bestimmten das öffentliche Leben, der Weg zum demokratischen Sozialismus wurde beschritten. Inzwischen hat die SPD auf dem Weg zur Ver-



wirklich erreichbarer und erwünschter Utopien halt gemacht, sich eingegraben und verharrt in defensiver Feigheit.

Zu 2) So hat sich die Kluft zwischen dem Versprochenen und dem Eingelösten vertieft. Die SPD rennt hinter dem konservativen Wähler von heute her und hat ihre sozialen Fernziele von übermorgen aus den Augen verloren. Versprochen wurden soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Respekt vor Entscheidungen des Gewissens. Die SPD aber hängt weiterhin am Radikalen-erlaß, an der Diffamierung der Kriegsdienstverweigerer. Sie verhin-

dert nicht die Bodenspekulation, die Bereicherung der Reichen durch bloßen Kapitalbesitz. Sie vermag nicht das Einkommen des einzelnen seiner Leistung anzugleichen. Sie spricht das Wort SOZIALISMUS nur noch hinter vorgehaltener Hand aus. Sie erinnert sich eher an Bismarck und Hindenburg als an August Bebel und Rosa Luxemburg.

Zu 3) Die Bundesrepublik vergißt oder verdrängt ihre Geschichte. 1945 bedeutet „Zusammenbruch“, nicht Befreiung vom Faschismus, nicht Ablösung des Terroristenstaates durch eine soziale Demokratie, wie sie zum Beispiel im Ahlener Programm der CDU programmiert ist. Der Schriftsteller, der das kollektive Gedächtnis und die utopischen Zukunftshoffnungen der Gesellschaft verkörpert, ist unerwünscht, weil er von den Mächtigen Maßstäbe fordert, die nicht anerkannt werden.

Zu 4) Der Primat der Wirtschaft von der Politik muß korrigiert werden. Die Interessen des Bürgers verdienen Vorrang vor den Interessen der Industrie, der Kapitalbesitzer, der Interessenverbände. Der Freiheitsraum, den unsere Verfassung gewährt, muß nicht nur garantiert, sondern auch erweitert und belebt werden. Die SPD muß beweisen, daß es keine Freiheit ohne Sozialismus gibt. Die billige und widerwärtige Gleichung: Andersdenkender = Linker = Roter = Kommunist = Sympathisant = Staatsfeind = Terrorist muß dementiert (= entlogen) werden. Die SPD sollte statt einer kurzfristigen, mit dem Blick auf die nächste Wahl gerichteten, eine langfristige Politik betreiben, die weniger an der Erhaltung der Macht als am Bestand der Freiheit orientiert ist. Wo Parteien versagen, können Bürgerinitiativen als Feuerwehr dienen. Die Bespitzelung der Bürger durch Staatsdetektiven und die Erfassung privater Daten durch Elektronen-Cretins sind laute Mahnzeichen für den Verlust der bürgerlichen Freiheiten.

Zu 5) Meine literarische Arbeit steht im Dienst meiner politischen Erwartung. Meine Adaption des „Geizigen“ von Molière in die Zeit des Frühkapitalismus und in eine volkstümliche Sprache als Buch, Hör- und Fernsehspiel und auf der Bühne hatte den Zweck, das infame Klischee „Freiheit STATT Sozialismus“

ad absurdum zu führen und zu entlarven. Literarische Arbeit bedeutet für mich fixierten Widerspruch gegen das obzöne Wort AUSGEWOGENHEIT, das ein Synonym für Langeweile, Duckmäusertum, Anpassung, Opportunismus, Selbstzensur und Feigheit ist – ein Postulat, den unseligen politischen Proporz auf die Kultur zu übertragen.

Antwort Gerhard Zwerenz:

Die SPD, wie sie jetzt ist, hat die kritische Intelligenz abgewiesen. Es gibt da keinen Dialog mehr, nur krampfhaftige Versuche. Dazu gehörte, wollte einer von uns für alle anderen mitsprechen. Ich kann nur mich selbst repräsentieren. Ich stehe der SPD so nahe, wie man nur stehen kann. Offen gestanden ist mir die SPD aber lieber. Die österreichischen Sozial-



demokraten fürchten sich nicht, sozialer, demokratischer und sozialdemokratisch-sozialistischer zu sein als ihr Volk.

In der Bundesrepublik Deutschland umgekehrt: Diese SPD trottet stets hinterdrein, und so kann sie ihre Parteigänger und Sympathisanten noch nicht einmal zu Wahlen mehr optimal mobilisieren. Diese SPD ist die Partei des großen Schlafs. Aufgewacht, vergessen die Herren Genossen dann unverzüglich ihre Träume. Die SPD, inmitten Europas, zwischen Ost und West, hätte Aufgaben, die die Menschen enthusiasieren.

Seit 21 Jahren hierzulande lebend, gehöre ich zu denen, die der SPD mit Analyse und kritischer Anfeuerung zur Seite gestanden haben. Da diese Partei immer tätiger wird, lese ich Kurt Tucholsky und finde, er hat alles gesagt: Wir haben euch tüchtig eingeholt und angefeuert und eine Zeitlang auch voranreißen können. Momentan meine ich, es lohnt nicht mehr. Vielleicht bin ich einfach zu müde. Viel-

leicht ist es die SPD. Wir sind zu viele zu alte Männer. Die Jugend bleibt immer mehr außen vor. Ich ziehe mir die Bettdecke über Kopf und denke: Es muß ja nicht immer was Politisches sein. Und selig schlummere ich in jene unteren Gefilde hinein, wo wir uns begegnen: die liebe gute alte Tante SPD und wir, die guten alten Onkels von der Kritik.

Aus der Sicht der Politik

Fragen NG:

1. 1972 hat es viele Schriftsteller gedrängt, im Wahlkampf für die SPD Partei zu ergreifen. Warum? Warum im Wahljahr 1976 nicht in gleichem Maße?
2. In welchen Bereichen bedarf es verstärkter Anstrengungen, damit Schriftsteller wieder — z. B. im kommenden Wahlkampf 1980 — verstärkt Partei für die SPD und/oder deren Ziele ergreifen?
3. Was und womit können Schriftsteller zu sozialdemokratischer Politik beitragen?

Antwort Klaus von Dohnanyi:

Mir scheint die Frage nach dem Engagement der Schriftsteller für die SPD eine Verengung der Problematik, mit der wir es zu tun haben.

Es sind ja nicht nur die Stimmen der Lyriker, der Romanciers oder der Journalisten, die im Konzert unserer Freunde schwächer geworden sind. In der Periode bis 1972 gab es ebenso deutliche Unterstützung durch Historiker und Psychologen, durch Maler, Musiker und Theologen, kurz durch viele, die man im Zeitjargon „das kulturelle Deutschland“ nennen könnte.

Es gibt wohl mehrere Gründe, die zum Verbleiben des politischen Engagements aus diesen Kreisen beigetragen haben. Der wichtigste Grund liegt allerdings wohl nicht in der SPD, sondern eher im „Zeitgeist“. Hierfür spricht auch, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im großen und ganzen nicht anders verlaufen ist als in den meisten westlichen Ländern. Daß Ingmar Bergman im Zwist mit einer sozialdemokratischen Regierung 1975 Schweden verläßt, wäre wohl in den sechziger

Jahren kaum denkbar gewesen. Und die Stimmung, die Eugene McCarthy's Wahlkampf in den Vereinigten Staaten umgab, war wohl auch völlig anders als die, mit der Jimmy Carter knapp gegen eine von Skandalen zer-schlagene Republikanische Partei gewann.

Was die sechziger von den siebziger Jahren unterscheidet — und was damals das Engagement der Dichter und Wissenschaftler so viel leichter machte —, ist die Klarheit der Fronten. Gegen Vietnam; gegen die Hallstein-Doktrin; für die Selbstbestimmung der Entwicklungsländer; für die Überwindung des Kalten Krieges; gegen das Übergewicht wirtschaftlicher Rationalität; für die Gleichberechtigung der Geschlechter; für die Mitbestimmung und für Partnerschaft (statt Feindschaft) mit der Natur. Das waren Themen, zu denen nicht nur der politische Verstand, sondern auch das menschliche Herz eindeutig Position beziehen konnten.

Wir haben die Hoffnungen der sechziger Jahre durchschritten, zum Teil indem wir sie zur Wirklichkeit werden ließen, öfter aber wohl,

Indem wir bei größerer Nähe auch die Komplexität der Probleme, der Vielschichtigkeit der Konsequenzen besser erkannten — oder sogar erlebten.

Die Anerkennung der zwei Staaten in Deutschland — z. B. — hat Mauer, Stacheldraht und Selbstschußanlagen nicht beseitigt. Sicherlich, wir in der politischen Verantwortung hatten dies auch nicht erwartet. Aber sicherlich auch: Die Hoffnungen der Menschen in den sechziger Jahren gingen weit über dieses mühsam erreichte technische Gleichgewicht hinaus. Oder: Wer vor zehn oder fünfzehn Jahren noch meinte, das Gefälle zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern könne durch Entwicklungshilfe eingeengt werden — der wurde enttäuscht. Und zwar auch wenn er mit Recht darauf besteht, daß die Industrieländer ihre selbstgesetzten Maßstäbe noch nicht erfüllt haben. Denn auch die Erfüllung dieser Maßstäbe könnte die Probleme nur am Rande lindern.

Dasselbe gilt für zahlreiche sogenannte innere Reformen, z. B. für die von uns allen angestrebte und immer noch nicht erreichte Chancengleichheit: Auch bei gleichen Chancen in Bildung und Ausbildung werden sich nicht Berufsstruktur und Anforderungen der arbeitsteiligen Gesellschaft ändern. Die Auswahl zwischen den Fähigeren und den weniger Fähigen bleibt deswegen auch im Zeitalter der Chancengleichheit unerläßlich. Diese Auswahl aber verschärft den Wettbewerb und schafft damit neue Probleme.

Ich glaube, daß das Engagement der Nicht-Politiker für unsere Politik in den sechziger Jahren (und d. h. praktisch bis zum Jahre 1972) darauf zurückging, daß sich Dichter und Wissenschaftler mehr mit politischen Wünschen als mit dem Auseinandersetzen, was Günter Grass damals zu Recht als die „Schnecke“ apostrophierte, als das realisierbare Tempo des möglichen Fortschritts.

Inzwischen haben die Schriftsteller Erfahrungen gemacht, nicht nur mit den Grenzen sozialdemokratischer Macht, sondern auch mit den Widersprüchen ihrer und unserer Wünsche. Natürlich gelegentlich auch mit den Grenzen unseres Mutes: Gleichheit, Gerechtigkeit — und die Probleme der Bürokratie; Gleichheit, Gerechtigkeit — und die Probleme

der Konkurrenz; Gleichheit, Gerechtigkeit — und die Probleme der weltweiten Interdependenz.

Daß wir Erfahrungen gemacht haben, läßt wichtige Hoffnungen hinter uns liegen, darf uns aber nicht den Mut nehmen auf dem Wege zu konkreten Zielen. Wenn wir die Schriftsteller auf unserer Seite erneut engagieren wollen, müssen wir mit ihnen in vielen Bereichen konkreter diskutieren; müssen wir die Probleme aufblättern, die Widersprüche unserer Wünsche und Hoffnungen erkennbar machen und mit den Schriftstellern über diese sprechen.

In einem Bereich ist dies so deutlich geworden wie vielleicht in keinem anderen: in den



„Fragen der Liberalität unseres Rechtsstaates. Was wir tun müssen, um die notwendige Sicherheit zu produzieren — aber auch, wo wiederum der Preis der Sicherheit zu hoch ist, weil das engmaschige Netz von Vorsicht, Aufsicht und Verwaltung zur Schnüffelei wird. Diese Problematik ist gerade in den letzten Wochen wieder deutlicher geworden.“

Das Thema der kommenden Diskussion mit den Schriftstellern sollte sein: Richtige Freiheiten — falsche Freiheiten. Wo können wir Freiheiten sinnvoll beschneiden, weil sie weder zur individuellen Entfaltung noch zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen (Beispiel Höchstgeschwindigkeit), und wo müssen wir

den Freiheitsraum erneut erweitern, weil gesellschaftliche Kreativität und individuelle Entwicklung dies notwendig machen, wie z. B. in dem ganzen Bereich, der mit dem Stichwort Radikalenerlaß umschrieben wird.

Meine Antwort auf die gestellten Fragen lautet also: In der Bundesrepublik Deutschland hat sich in dem Auseinanderleben von Schriftstellern und Politik nichts anderes vollzogen als in anderen Ländern mit vergleichbaren Entwicklungen während der sechziger Jahre. Die Partei muß in offener Aussprache ihre geistigen Positionen in dem „magischen Viereck“ Freiheit, Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur konsolidieren, sondern mit den gewonnenen Erfahrungen der sechziger Jahre als Ausgang für die achtziger Jahre auch neu beschreiben.

Antworten Alfred Grosser:

Meine Antworten sind die eines Außenstehers. Ich bin Franzose und wohne in Paris. Als wohlwollend-kritischer Beobachter der Bundesrepublik stehe ich seit deren Gründung der SPD ideologisch und sentimental näher als der CDU, habe es aber nie als richtig empfunden, in einen deutschen Wahlkampf einzugreifen.

Zu 1) Es geht nicht nur um den Vergleich 1976/1972: Der letzte Wahlkampf hatte eine Besonderheit in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik: zum ersten Mal gab es mehr Engagement beim „Fußvolk“ der CDU, vor allem bei den Jugendlichen, als in den SPD-Bezirken. Das Abseitsstehen vieler Schriftsteller ist aufgefallen, weil sie sich 1972 besonders stark engagiert hatten. Aber es ist nur ein Aspekt des Gesamtphänomens gewesen, das auf eine Verjüngung der CDU und auf eine enorme Verbesserung ihrer Organisation hingewiesen hat sowie auf eine Lähmung der SPD. Die Frage in bezug auf die Schriftsteller sollte nicht getrennt werden von der Frage „Wieso die starke Schülerunion, wieso der Niedergang der Jugend innerhalb der SPD (in der Mitgliedschaft und in der Wählerschaft)?“

1972 gab es große Hoffnungen, wie es normal ist, wenn eine Partei, die eine Fortschrittsideologie hat, Chancen hat, zum ersten Mal die Regierungspolitik zu verkörpern. Dazu kam auch das erwärmende Gefühl, einen mora-

lischen Verteidigungskampf zu führen: gegen die Verleumdungen gegenüber Willy Brandt, für die ethischen Aspekte seiner Ostpolitik, die zugleich als eine Befreiung von selbstauferlegten Zwängen und somit als eine zukunftsorientierte Politik aufgefaßt wurde. Die Enttäuschung war dann vielschichtig. Enttäuschung über das Stillstehen der Außenpolitik: hier liegt die Schuld fast nur bei den Enttäuschten, die allzu bereitwillig die Lage illusionsvoll analysiert hatten (allerdings scheint Egon Bahr ähnliche Illusionen gepflegt zu haben, im Gegensatz zu Staatssekretär Paul Frank). Enttäuschung über das wenig Begeisterte an den Sozialreformen der Regierungen Brandt und Schmidt. Die Verantwor-



tung ist sehr geteilt: sehr drastisch hat die Regierung nicht gehandelt, aber Schriftsteller und Jugendliche hatten nicht genügend überlegt, wie schwer es ist, in unseren komplizierten und immerhin wohlhabenden Gesellschaften Strukturen zu verändern. Dazu kam ab Herbst 1973 die weltweite Wirtschaftskrise, deren Bekämpfung auch keine herzerwärmenden Maßnahmen erforderte.

Weiteres erklärendes Element: die doppelte Verschuldung der Jusos mit ihrem Jargon und ihrer Wirklichkeitsfremdheit und die der SPD-Kanzler, -Ministerpräsidenten und -Minister, die sich fast ständig von der CDU/CSU haben einschüchtern lassen und somit das Thema

Sicherheit (mit seinen Konsequenzen: „Extremisten im öffentlichen Dienst“, Verteidigung der Bundesrepublik gegen bestehende und nicht-bestehende Gefahren) statt der Themen Gerechtigkeit, Fortschritt für die Benachteiligten usw. zum Zentralthema des Wahlkampfes '76 werden ließen.

Zu 2) Die Frage bezieht sich wohl auf Anstrengungen der Partei. Diese könnte versuchen 1. besser zu erklären, was die Regierung durch neue Sozialgesetze und -regelungen vollbracht hat – und was nicht unbeträchtlich ist; 2. im Namen einer Ethik wieder offensiv zu werden; man lese die Reden Epplers oder, wenn man sie als zu „links“ betrachtet, die Reden des Bundespräsidenten Scheel (z. B. die Rede auf dem Weltphilosophiekongreß); 3. diese Ethik ernst zu nehmen in Sprache und Handeln. Darüber könnten viele Seiten geschrieben werden, insbesondere über den notwendigen Wechsel in dem, was „in“ ist und was nicht: mancher SPD-Prominente ist viel wärmer, viel selbstloser als sein „Image“; aber es gehört zum guten Ton, kalt und „technokratisch“ zu wirken ...

Zu 3) Indem sie mit Talent schreiben. Indem sie nicht der Versuchung erliegen, demagogisch zu sprechen: „Man bräuhete doch nur ...“; „wie recht habt ihr doch, ihr jungen Systemvermeiner!“ Indem sie zugleich Wärme und Vernunft walten lassen, so wie es die beste Tradition der SPD fordert.

Antworten Dieter Latimann:

Zu 1) In den Jahren zwischen 1972 und 1976 hat sich in der Bundesrepublik ein grundsätzlicher Wandel des öffentlichen Klimas zugetragen, der mit Recht von Heinrich Böll als „Rechtsruck“ bezeichnet wurde. Dem öffentlichen Druck folgend, hat auch die SPD eine erhebliche Schwenkung zum Konservativen unternommen, jedenfalls gemessen an dem realen Verhalten ihres Parteivorstands, der Bundestagsfraktion und vieler übergeordneter Gremien. Es ist nicht erstaunlich, daß nach dem Beschluß des sogenannten Extremisten-erlasses vom Januar 1972, dessen verhängnisvolle Folgen erst nach der Bundestagswahl 1972 offensichtlich wurden, immer mehr Schriftsteller die geistige Unabhängigkeit bedroht sahen. Hinzu kommt, daß in den Massen-

medien Hörfunk, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften der Spielraum für die literarisch-politische Meinungsfreiheit de facto wesentlich eingeschränkt wurde. Der im Januar 1976 im Bundestagsplenar beschlossene neue § 88 a im Strafgesetzbuch, der die Befürwortung von Gewalt in Schriften unter bestimmten Voraussetzungen unter Strafe stellt, wurde von vielen schreibenden Intellektuellen als zusätzliches Einschüchterungsinstrument empfunden. Die Praxis seit Inkrafttreten dieses Gesetzes wie anderer neuer gesetzlicher Bestimmungen hat die Befürchtungen vieler Autoren zumindest teilweise bestätigt. Ich verweise auf den Mitte April 1978 in Hannover auf Einladung zahlreicher Schriftsteller abge-



haltenen Kongreß zur Verteidigung der Republik, um zu verdeutlichen, wie bitter und alarmierend die geistigen Auswirkungen des veränderten politischen Klimas von sehr vielen schreibenden Bürgern unserer Republik empfunden werden.

Zu 2) Ich wundere mich etwas über diese Frage, denn es ist offensichtlich, daß wir Sozialdemokraten eine Reihe von blindenden Zusagen, die den Künstlern und Autoren in Wahlprogrammen und Regierungserklärungen gemacht wurden, bisher nicht einlösten: Da ist zum einen das Vorhaben der Deutschen Nationalstiftung (Kulturstiftung der Bundesrepublik), angekündigt in drei Regierungser-

klärungen seit dem 18. Januar 1971, jedoch als Vorhaben verredet und zerrieben in deutschlandpolitischen Kontroversen und der leidigen Diskussion um die Standortfrage, die alles andere als kulturpolitische Motive hat. Ferner die Künstler-Sozialversicherung, beschlossen als Gesetzentwurf vom Bundeskabinett am 2. Januar 1976, aufgenommen ins SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl in jenem Jahr und Bestandteil der Regierungserklärung vom 16. 12. 1976. Weder das Kabinett noch die Bundestagsfraktion hat sich um diese Gesetzesvorlage so intensiv gekümmert, wie es seitdem notwendig gewesen wäre. Im Gegenteil, der Entwurf wandert zwischen mehreren Bundesressorts ziellos hin und her. Den kulturellen Unternehmern ist es gelungen, durch das Aufwerfen verfassungsrechtlicher und anderer Probleme diese Gesetzgebung insgesamt zu verzögern. Andererseits hatte das Bundesjustizministerium die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs vor der Bundestagswahl 1976 mit positivem Ergebnis geprüft. Gegenfrage: Was hat sich tatsächlich seitdem verändert?

Zu 3) Nach Erfahrungen, wie ich sie unter Punkt 1 und 2 nur ausschnittshaft angedeutet habe, sind nicht wenige Schriftsteller in der Bundesrepublik der Meinung, die Frage müßte derzeit umgekehrt lauten, nämlich: was kann die SPD verstärkt zur Wiedereinführung einer umfassenden literarischen und politischen Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik beitragen und damit als neue Grundlage für die literarische Arbeit der Gegenwartsautoren gewährleisten?

Antworten Klaus Matthiesen:

Zu 1) Die seit einigen Jahren spürbar merklichere Distanz von Schriftstellern und Intellektuellen gegenüber der SPD hat mehrfache Gründe. Sie sind zu erklären sowohl aus der Politik der SPD wie der Entwicklung des Selbstverständnisses von der Aufgabe des Schriftstellers in der Gesellschaft seit 1968.

Es war die 68er studentische Revolte — beispielhaft an der Entwicklung des Enzensbergerschen Kursbuches ablesbar —, die aus „Poeten“ politische Akteure machte: Die Literatur war tot, was zählte, war die politische Aktion. Das gesellschaftspolitische Ziel dieses

Aufbruchs und Ausbruchs aus dem Elfenbeinturm einer in ihrem Charakter privaten Literatur war vage, aber in der Tendenz bestimmbar: antikapitalistisch, radikaldemokratisch und radikalreformerisch.

In der Zeitspanne, in der die Studentenrevolte auch die Kraft hatte, über ihre Wirkung auf Sozial- und Freidemokraten das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik wesentlich zu bestimmen (1969—1972), erschien die Auseinandersetzung um eine neue Ost-Politik, die zudem noch die kollektiv verdrängte moralische Schuld deutscher NS-Geschichte durch konkrete Politik zu bewältigen suchte (Brandt/Heinemann), als ein Neubeginn in der Politik überhaupt.



Nach einer langen Phase politischer Anpassung, um regierungsfähig zu werden, schien die SPD in der Regierung sowohl außen- als auch innenpolitisch eine wirkliche Reformperspektive zu entwickeln. Der heftige Widerstand aus den Reihen der CDU/CSU gegen diese Politik mobilisierte zusätzlich: Der Aufbruch der Schriftsteller in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, ja in die Arena von Tagespolitik und Wahlkampf hatte eine politisch-moralische Perspektive. Die spätestens mit der Ölkrise für alle merkbar restriktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen veränderten auch sozialdemokratische Politik. Es galt und gilt die Devise, Erreichtes zu sichern.

Es blieb und bleibt die tiefzitzende Verunsicherung unter Intellektuellen darüber, daß auch Sozialdemokraten mit dem Radikalerlaß zum Klima geistiger Verengung und Verdächtigung beigegeben haben. Es bleibt der Eindruck in der Debatte um den Terrorismus und der Kampagne gegen Intellektuelle von rechts, daß sich Sozialdemokraten insgesamt nicht genügend vor Schriftsteller und Wissenschaftler wie Böll, Walsen, Habermas und Rinsler gestellt hätten.

Es entstand und besteht der Eindruck, den Walter Böhlich in einem Gespräch mit dem Vorwärts vom 4. 3. 1977 so formulierte: „Es geht (der SPD, d. Verf.) offensichtlich gar nicht mehr um das Durchsetzen einer alternativen Politik, sondern um die Behauptung von Machtpositionen.“ Enttäuschung, Rückzug in neue Innerlichkeit ist die Antwort auf diese Situation bei Schriftstellern; Erleichterung bei vielen Handwerkern der Politik in der SPD; Im positiven Fall bestimmt ein Nicht-Verhältnis heute ihre Beziehungen.

Zu 2) Die „Anstrengungen“, die sich die SPD zumuten muß, hat Max Frisch auf dem Hamburger Parteitag formuliert, als er sagte: „Was würde aus einer politischen Partei, die den möglichen Beitrag der Intellektuellen, nämlich Innovation durch Kritik, in ihre pragmatische Arbeit einzubauen, nicht willens ist oder nicht fähig, weil sie, erblindet am Status quo, schon zu weit von der akuten Wahrheit und also von der Zukunft entfernt ist?“

Um die reformerische Zukunftsperspektive geht es. Um das Aufgreifen der Perspektivfragen der Politik: Wie soll sich das Verhältnis von Industrieländern und Ländern der Dritten Welt entwickeln und welchen Preis sind wir bereit, für den Grundwert Solidarität weltweit zu zahlen? Wie weit sind wir fähig umzudenken und zu verändern, um die natürlichen Lebensgrundlagen aller zu erhalten oder wiederherzustellen? Wieviel Verteilungsgerechtigkeit setzen wir durch, um den Grundwert Arbeit für alle praktisch werden zu lassen? Wie engagiert verteidigen wir bedrohte Freiheitsräume in der parlamentarischen Demokratie? Wie können wir überzeugend darstellen, daß die konkrete Regierungspolitik den Handlungsspielraum für solche sozialdemokratische Perspektiven unter den gegebenen politischen

und gesellschaftlichen Verhältnissen erweitert oder voll ausschöpft?

Solidarität als Grundwert heißt Parteilnahme für den Schwächeren. In dem Maße, wie unsere Politik wirklich praktisch solidarische Parteilnahme ist, in demselben Umfang wird auch von Schriftstellern wieder für die SPD Partei ergriffen werden.

Zu 3) „Politik ohne die lästige Assistenz der Intellektuellen hat keine geschichtliche Chance“, so Max Frisch in Hamburg. Lästige Assistenz aus Parteilnahme für den demokratischen Sozialismus, das heißt die konkrete Utopie des Möglichen als Herausforderung gegenüber einer mehr als nur verbesserungswürdigen Wirklichkeit beschreiben: vielleicht auch dolmetschen durch Beschreiben des Inneren und äußeren Bildes unserer Gesellschaft und des einzelnen in ihr, der Entfremdung von Politik und der von Politik Betroffenen. Dies könnten Schriftsteller durch ihre Arbeit leisten.

Das setzt die Abkehr von larmoyanter Selbstbespiegelung voraus, die in selbstgewählter Innerlichkeit darauf wartet, daß andere sich auf den „Schneckenweg der Reform“ machen, um womöglich dann genüßlich deren Scheitern zu beschreiben.

Bernd Jasper: Hessen — oder Es geht wieder aufwärts

Selten haben sich die Analytiker so leicht getan, ein Wahlergebnis zu erklären, wie nach dem Urnengang am 8. Oktober in Hessen. Ob nun die Profis von Infas, Emnid und Allensbach oder die Fliegenbein-Zähler von SPD, CDU und FDP — übereinstimmend stellten sie fest, daß

1. die SPD deswegen Tagessieger wurde, weil es ihr gelungen ist, einen Großteil ihrer bei den vorangegangenen Wahlen „verschollenen“ Wähler wieder ausfindig zu machen und sie an die Urnen zu bringen, daß
2. die CDU in Hessen ihre Schallmauer erreicht hat und daß
3. die FDP für ihr klares Bekenntnis zur sozial-liberalen Koalition honoriert wurde.

Ganze 335 fehlten

Was die SPD angeht, so macht die Statistik eindeutig klar, wie die im Wahlkampf erzeugte Mobilisierungswelle verlaufen ist. Ausgangspunkt für alle Betrachtungen war die Kommunalwahl von 1977, bei der die SPD 350 000 Stimmen weniger erreichte als bei den Bundestagswahlen ein Jahr vorher. Nun wußten die Parteistrategen, daß Bundestagswahlen stets einen „Bonus“ vor allen anderen Wahlen haben, daß also bei Kommunal- und Landtagswahlen nie eine so hohe Wahlbeteiligung zu erwarten ist. Diesen „Bonus“ abgerechnet, setzte sich die SPD das Ziel, etwa 200 000 „verschlafene“ Sympathisanten wieder aufzuwecken. Daß es „nur“ 120 000 wurden, hatte nicht alle Sozialdemokraten glücklich gemacht, immerhin war es ein Fortschritt, der einen Zugewinn von 1,1 Prozent gegenüber den letzten Landtagswahlen und ein zusätzliches Landtagsmandat bescherte. Ganze 335 Stimmen fehlten überdies, um den Christdemokraten ein weiteres Mandat zu entreißen.

Die SPD hatte ihren Wahlkampf vornehmlich mit dem Motto geführt: „Es gibt wieder einen Grund, SPD zu wählen — Holger Börner.“ Hatten viele Beobachter gemutmaßt, daß die Vokabel „wieder“ als ein peinliches Eingeständnis gewertet werden könnte — daß also die Sozialdemokraten die hinter ihnen liegende Zeit (unter Albert Osswald) durchaus als Schwächeperiode verstanden wissen wollten —, so verdeutlichte das Wahlergebnis, daß der Wähler durchaus bereit war, den Gesun-

dungsprozeß der Partei anzuerkennen. Auch die mancherorts geäußerte Sorge, daß ein fast ausschließlich auf die Person Holger Börners abgestellter Wahlkampf nicht durchschlagen würde, erwies sich als (erfreulicher) Irrtum: Börner wirkte so überzeugend, daß auch Skeptiker heute nicht zögern, ihm den Lorbeerkranz aufzusetzen.

Seine im Wahlkampf bevorzugte Rolle als Handlungsreisender in Sachen Hessen-SPD, von manchen als zu unpolitisch abgestempelt, war, wie sich im Nachhinein herausstellte, die richtige Tour. Börner hatte seinen umfangreichen Fahrplan, der ihn von Schulsportfesten bis zu Altenversammlungen führte, ohnehin nach einem festen Grundriß gestaltet: er erschien vornehmlich dort, wo die SPD-Wählerverdrossenheit besonders signifikant war. Das ging zuweilen soweit, daß er kleinen Dörfern vor mittleren Städten den Vorzug gab — immer nach der Devise: wo Mobilisierung not tut, muß der erste Mann der SPD her.

Dregger im Irrtum

Der erste Mann der CDU dagegen, Alfred Dregger, scheint auch nach den Wahlen noch nicht ganz begriffen zu haben, warum seine Partei ihr Ziel verfehlte. Zwar mokierte er sich — nicht zu Unrecht — darüber, daß die politische Großwetterlage nicht eben günstig für die CDU gewesen sei, aber in einem Kernpunkt beharrt Dregger im trotzigen Irrtum: er spricht noch immer davon, daß es schier unmöglich sei, die Festung von „Blockparteien“ zu stürmen. Er verzichtet auf die Mühe, seinen Standpunkt zu revidieren, obwohl das gar nicht so schwierig wäre. Sein Vorwurf an die Adresse der FDP, daß sie sich unlösbar an die SPD angekettet habe und somit von vorneherein eine Wachablösung in Wiesbaden unmöglich gewesen sei, ist nicht nur politisch hinfällig, sondern zugleich eine Mißachtung des freien Wählerwillens. Jeder Wähler in Hessen wußte spätestens seit dem 17. Juni, als sich ein FDP-Sonderparteitag für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition aussprach, daß seine Stimme für die Freien Demokraten zugleich und unweigerlich eine Stimme für das Regierungsbündnis unter Führung von Holger Börner sein würde. Nicht mal ein Rest von Unklarheit konnte darüber bestehen. Wenn der

von diesen Aussichten nicht begeisterte FDP-Wähler dieses Bündnis nicht wollte, hätte er kurzentschlossen die CDU als einzige echte Alternative zur sozial-liberalen Koalition wählen müssen. Daß 6,6 Prozent der Wähler dies nicht taten, sollte Dregger auch als Absage an ihn selbst und an den Kurs seiner Partei bewerten. So gesehen, kann man SPD und FDP allenfalls als einen „Wählerblock zweier selbständiger Parteien“ bezeichnen, nicht jedoch als einheitlich konstruierte Blockparteien, die den Wählerwillen ad absurdum führen würden.

FDP-Landesvorsitzender Ekkehard Gries ging am Tag nach der Wahl sogar so weit, sich gegen den Begriff „Leihstimmen“ zu wehren, obwohl die Analytiker keinen Zweifel daran gelassen haben, daß mindestens 20 000 frühere SPD-Wähler das liberale Lager gestärkt haben — aus dem richtigen Gespür heraus, daß einer auch erheblich verbesserten SPD nicht damit gedient ist, wenn der Koalitionspartner FDP unter der Fünf-Prozent-Hürde verbleiben würde. Gries sprach, scheinbar frei von Selbstzweifeln, von „lobenswertem politischem Bewußtsein“, das alle jene Wähler gezeigt hätten, die ihre SPD-Treue zugunsten der Liberalen überwunden hätten.

Nicht nur Taktik

Daß alles aber nicht nur taktisches Verhalten war, dafür hatte die FDP schon Monate vor den Wahlen gesorgt. Auf dem Kasseler Landesparteitag verabschiedeten die 300 Delegierten seinerzeit ein Aktionsprogramm, das nach Inhalt und Richtung nur zusammen mit der SPD zu verwirklichen war. Manche Beobachter meinten sogar, daß die Vorstellungen der FDP in Fragen der Schul- und Rechtspolitik das (bisher bekannt gewordene) Konzept der SPD noch „links“ überholen würden. Auch dies war dem FDP-Wähler bekannt, und niemand hätte ihn daran hindern können, diesem Programm durch ein Votum für andere Parteien eine Absage zu erteilen. Von Dreggers „Blockpartei“ bleibt also nicht mehr viel übrig als sture Selbsttäuschung.

Was Dregger außerdem geflissentlich übersehen hat, ist das Scheitern seines Versuchs, den Wählern mit seinem Slogan „liberale Erneuerung“ Sand ins Auge zu streuen. Dieses

Versprechen konnte nämlich schon vor dem Wahltag überprüft werden, und zwar überall dort, wo die CDU bei den Kommunalwahlen 1977 Rathäuser und Landratsämter erobert hatte. Während Dregger seine „liberale Erneuerung Hessens“ propagierte, vertrieben seine Leute beispielsweise in Frankfurt Theaterleiter, die ihnen zu progressiv erschienen, versagten sie SPD-Mitgliedern, wie in Hanau geschehen, den Zugang zu Schulleiterstellen, ordneten sie, wie in Wiesbaden geschehen, selbst für Arbeiter im öffentlichen Dienst Kontrollen durch den Verfassungsschutz an.

Dregger selbst geriet in mehrfachen Widerspruch, als er von Wiederherstellung der Schulfreiheit für die Eltern sprach, zugleich aber die Gesamtschule, die nun einfach dazu gehört, wenn man zwischen verschiedenen Schulformen wählen soll, in Bausch und Bogen verdammt. Selbst die Förderstufe, die mittlerweile von 80 Prozent der hessischen Eltern gutgeheißen wird, war von der CDU zu einer bildungspolitischen Todsünde abgestempelt worden. Dreggers Sprüche zur Inneren Sicherheit, die zuweilen einem verbalen Amoklauf gegen liberales Selbstverständnis ähnelten, zerstörten schließlich auch den letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit.

Fingerzeig von Strauß

Zu seinen Schwächen zählte aber auch die falsche Einschätzung des Themas Bundespolitik, das nach allem, was die Analytiker ermittelt haben, bei den hessischen Landtagswahlen eine große Rolle spielte. Während die CDU fest daran glaubte, daß ihre Kampagne gegen „marxistische Schulen, marxistische Schulbücher und marxistische Lehrerbildung“ die Massen mobilisieren würde, hatten SPD und FDP schnell erkannt, daß dieser Stoß ins Leere führen mußte, zumal spätestens seit der Amtsübernahme Holger Börners im Herbst 1976 Ruhe an der Bildungsfront eingetreten war. Ausgerechnet CSU-Chef Franz Josef Strauß war es, der den Koalitionspartnern den Gefallen tat, Bundesrat, Bundesregierung und Bundeskanzler ins Spiel zu bringen. Als er zu Anfang des Wahlkampfes bei einem Auftritt in Hessen düstere Prognosen für die Bonner Koalition im Falle eines CDU-

Siege in Wiesbaden stellte, griffen SPD und FDP diesen Fingerzeig auf — was sie um so lieber taten, als die Großwetterlage günstiger denn je war.

Holger Börner begnügte sich mit dem Hinweis, daß es die hessischen Wähler in der Hand hätten, ob „Helmut Schmidt der Rücken frei gehalten werden kann oder nicht“ — und sie wollten dem Kanzler den Rücken freihalten, wie man am 8. Oktober gesehen hat. Die FDP verlor die eigene Sache nicht aus den Augen und präsentierte „die Regierung Schmidt/Genscher“, die durch einen CDU-Sieg in Hessen gefährdet sei. Als sich dieses Thema zu einem Selbstrenner entwickelte, rückten die Liberalen die Bedeutung des Drei-Parteien-Systems und zuguterletzt auch noch die Popularität des Bundespräsidenten Walter Scheel ins Blickfeld der Wähler. Daß dies nicht ohne positive Wirkung geblieben ist, bezweifeln heute nicht einmal mehr jene Wahlstrategen, die ursprünglich aufs landespolitische Pferd gesetzt hatten.

Absprungbereit

Seit dem 8. Oktober grübelt Alfred Dregger darüber nach, wie er's mit der Vierten Partei, die ihm Franz Josef Strauß vor die Tür setzen will, halten soll. Zwar kann er sich nicht vorstellen, daß ein CSU-Abieger am 8. Oktober die christdemokratischen Chancen zum Sprießen gebracht hätte, aber wenn sich ein Ausweg anbietet — Dregger wird ihn bestimmt gehen, wenn er sich davon Vorteile verspricht. In der Landtagsfraktion der hessischen CDU steht schon ein halbes Dutzend Abgeordneter zum Absprung ins Lager der Vierten Partei bereit. Ob der Spaltpliz, der sich im Mutterboden der CDU bemerkbar macht, eine bessere Ernte garantieren kann, wird allerdings selbst von solchen Kennern des Wählerverhaltens bezweifelt, die sonst keineswegs ihre Sympathien für die CDU verbergen. Der Kieler Professor Kaffeileiter beispielsweise enttäuschte dieser Tage den ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, als er keinen Hehl daraus machte, daß eine Vierte Partei unnütz sei. Schon seine Formulierung war sehr aufschlußreich: „Die Vierte Partei bringt zumindestens nichts“, sagte Kaffeileiter.

Für die CDU war auch ihr Abschneiden in Nordhessen, das wegen seiner traditionellen

SPD-Treue diesmal besonders aktiv von den Christdemokraten beachtet wurde, eine einzige Enttäuschung. Alfred Dregger tröstete sich am Tag nach der Wahl damit, daß er in dieser Region noch nie so viele Zuhörer bei seinen Wahlkampfauftritten gehabt habe. Nur: zuhören und wählen sind offensichtlich zweierlei, denn in Nordhessen gelang die Stabilisierung der SPD noch besser als im Süden des Landes.

„Lahn“ unvergessen

Der einzige schwache Punkt auf der hessischen Landkarte war für SPD und FDP auch diesmal wieder das Gebiet um die Retortenstadt „Lahn“, deren Wähler es den sozial-liberalen Koalitionären offensichtlich noch nicht vergessen haben, daß sie ihnen ihr geliebtes Wetzlar und ihr geliebtes Gießen genommen haben. In Lahn konnte die CDU folglich ihren Stimmenanteil von 1974 noch einmal erhöhen, ohne jedoch an die Rekordergebnisse der Kommunalwahl von 1977 anzuknüpfen.

In den übrigen Großstädten des Landes machte die SPD dagegen durchweg wieder Boden gut. In Frankfurt etwa, das 1974 mit fliegenden Fahnen zur CDU übergelaufen war, wurden zwei Direktmandate zurückerobert und das Anteilsverhältnis wieder so weit verbessert, daß die CDU es schwer haben dürfte, 1981 ihren Kommunalwahlsieg von 1977 zu wiederholen. In Wiesbaden, wo die derzeitige Mehrheitspartei CDU seit Monaten einen innerparteilichen Veitstanz vorführt und durch Personalquereien daran gehindert wird, Wahlversprechungen einzuhalten, konnte die SPD überdurchschnittliche Zugewinne verbuchen. Auch die FDP durfte in der Landeshauptstadt mehr als zufrieden sein, zumal sie selbst im Wahlkreis ihres früheren Innenministers Hanns-Heinz Bielefeld, der seiner Partei kurz vor den Wahlen den Rücken kehrte, zehn Prozent der Stimmen auf ihrem Konto gutschrieb.

Eine der größten Sorgen der hessischen SPD, nämlich das Verhalten der Jungwähler, erledigte sich ebenfalls von selbst: der größte Teil der 18- bis 21-jährigen entschied sich wieder einmal für die Sozialdemokratie, obwohl nicht behauptet werden kann, daß ihnen eine besondere „Anlaufstelle“, etwa in Form systematischer Juso-Arbeit, angeboten wurde.

Die Sorge um die Jungwähler wurde vor allem mit dem Auftauchen der grünen Listen begründet, die diesmal in Hessen mit der GLH sogar einen linksgewirkten Ableger hatten. Doch dürfte der Streit innerhalb der grünen Gruppen erheblich zu ihrer Bedeutungslosigkeit beigetragen haben. Aber das „grüne“ Problem, also ein ernsthaft verstandener Umweltschutz, ist damit nicht in der Versenkung verschwunden. So gesehen, dürfte man sagen, daß die Grünen zwar keine Mandate, aber einen Auftrag hinterlassen haben — nämlich: mit Projekten, die auf Kosten der Lebensqualität gehen, etwas vorsichtiger zu verfahren als bisher.

FDP-Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry scheint als erster die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Kaum war das Wahlergebnis bekannt, schrieb er den vereinigten Umweltschützern in Südhessen einen Brief, in dem er versprach, den Bau neuer Autobahnen und Fernstraßen in Zukunft von „ökologischen Gutachten“ abhängig zu machen. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Beitrag zum Neuanfang, den Ministerpräsident Holger Börner den Hessen in einer Dankadresse nach den Wahlen versprochen hat.

Der grüne Protest scheint schwächer geworden zu sein. Nach den Höhenflügen von Hamburg und Niedersachsen, wo die Grünen Listen nur knapp den Einzug in die Parlamente verfehten, hat der 8. Oktober in Hessen einen deutlichen Rückgang für die Grünen gebracht. So erfreulich die Selbstbehauptung der sozial-liberalen Koalition gegenüber dem Auftreten der Grünen ist, das hessische Ergebnis darf nicht dazu verleiten, vom Ende des grünen Protestes zu sprechen. Selbst Hessen liefert viele Anhaltspunkte für die Zukunft der Grünen als politisches Irritationspotential:

- Trotz Spaltung in „Grüne Liste Hessen“ (GLH) und „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) und erheblicher personeller und sachlicher Streitereien, die vom politischen Programm über Wochen abgelenkt haben, konnten die Grünen zusammen noch 2 Prozent erreichen. Einen solchen Stimmenanteil hat außer der NPD keine neue Partei in Hessen seit den sechziger Jahren erreicht.
- Im Wahlergebnis sind ebenso wie in Niedersachsen regionale und soziale Hochburgen zu erkennen, die Ergebnisse weit über dem Landesdurchschnitt erbracht haben, obwohl ein Kristallisationspunkt wie Göttingen in Hessen fehlt.
- Die in Niedersachsen vorliegenden Wahluntersuchungen beweisen die Vermutung, daß die Grünen in Wählergruppen der SPD eingebrochen sind. Auch Hessen scheint davon keine Ausnahme zu machen.

Wenn der Weg der Grünen am 8. Oktober nicht beendet wurde und ihre Kandidatur bei Wahlen den sozialdemokratischen Erfolg verhindert (Niedersachsen) oder begrenzt (Hamburg, Hessen), dann muß weiterhin nach einer Antwort auf die Herausforderung der Grünen gesucht werden.

Was trägt den grünen Protest?

Auf die Frage „Warum gibt es Grüne Listen?“ sind in der Diskussion der letzten Monate eine Menge zutreffender Antworten geliefert worden, von denen die für mich zutreffendsten hier referiert werden sollen:

Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft, ihre am Fortschritt, an individueller Leistung und wirtschaftlichem Wachstum

orientierten Normen stoßen in Teilen dieser Gesellschaft auf zunehmende Skepsis bis hin zur offenen Ablehnung. Was zunächst ein Außenseiterphänomen gewesen sein mag, hat inzwischen das Bewußtsein vieler Bürger beeinflusst. Vor Jahren noch selbstverständlich akzeptierte Entscheidungen: die Beseitigung von Bäumen und Vorgärten für den vier-spurigen Ausbau einer Straße; die Begrä-digung eines Bachbettes; die Ausweisung eines Industriegebietes usw., lösen heute nicht nur Proteste, sondern sofort organisatorische Maßnahmen aus. Obwohl auch in den Parteien die meisten dieser Entscheidungen durchaus kritisch diskutiert werden, geht ein beachtlicher Teil des Bürgerprotestes an den Parteien vorbei zu politischer Tätigkeit über.

Jede Bürgerinitiative ist ein Signal für nachlassende Integrationsfähigkeit der politi-schen Parteien. Sie ist auch ein Zeichen für das Mißtrauen in die Leistungsfähigkeit der „organisierten Politik“. Dieses Mißtrauen wird in beachtlichem Umfang von der deutschen Anti-Parteien-Tradition geprägt; das Fortleben dieser Tradition reicht als Erklärung aber nicht aus. Hinzutreten scheint, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Enttäuschung über Programm und Programmwirklichkeit – die Glaubwürdigkeitslücke. Es gelingt uns nicht, die Komplexität des demokratischen Prozesses zu vermitteln. Die Handlungsbegrenzungen durch ein kompliziertes Gesetzgebungsverfahren, durch Koalitionskompromisse, durch ge-sellschaftliche Gruppen mögen uns deutlich sein, dem protestierenden Bürger sind sie es offensichtlich nicht. Daran ändert auch der Verweis auf die in den letzten Jahren verbes-serten Informations- und Mitwirkungsrechte des Bürgers nichts, denn auch diese neuen Rechte werden allzu oft als Verschleiерung des tatsächlichen Entscheidungsablaufes empfunden und nicht als Chance zur Einfluß-nahme.

Das Mißtrauen in die „organisierte Politik“ begünstigt auch eine seit Jahren zu beobach-tende zunehmende Distanz der Wähler, ja selbst der Mitglieder, zu ihren Parteien. Trotz größeren Mitgliederzuwachses und erheblicher Stimmenkonzentration scheint die Organisati-onstreue bei allen Parteien nachgelassen zu haben. Die Einbindung in das politische Milieu

ist zurückgegangen und damit die Bereitschaft zum politischen Wechsel gewachsen.

Die soziale Basis der Bürgerinitiativen

Aufbauend auf diesem Trend haben Bürger-initiativen ein Potential organisiert, das zu-nehmend zu einer Massenbewegung wird. Die gemeinsame Idee dieser Bewegung ist zunächst nur, daß etwas anders gemacht werden soll als bisher. Sei es nur der Stopp einer Straßenerweiterung oder, in der entwik-kelten Form der Bewegung, die Suche nach einer Alternative zur Lebensweise der Indu-striegesellschaft. Die zugräftige Idee der Alternative zu dem Bestehenden hat den Bürgerinitiativen eine nicht zu unterschät-zende soziale Basis verschafft. Wenn wir zu den Daten über Bürgerinitiativen die ersten Ergebnisse über die Wählerschaft der Grünen hinzufügen, dann wird diese Bewegung von jungen, qualifiziert ausgebildeten Wählern getragen (eine Befragung an der TU Braun-schweig ergab, daß 41 Prozent der befragten Studenten die GLU gewählt hatten). Soziale Aufsteiger sind ebenso stark darunter vertreten wie Hochschulabsolventen. Unter den Aktivisten gibt es eine deutliche Überreprä-sentanz der Bildungsberufe. Alles Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Grünen in den meinungsbildenden Schichten auf größere Sympathien stoßen. Dieses erklärt auch ihre positive Resonanz in den Massenmedien.

Obwohl die Vorbehalte gegenüber der „organisierten Politik“ das völlige Ein-schwenken der Bürgerinitiativen auf die „Grünen Listen“ noch behindern, so läßt sich doch feststellen, daß die Bürgerinitiativen die Vororganisation der Grünen geworden sind. Das Verhältnis Bürgerinitiativen – Grüne läßt sich mit dem Verhältnis SPD – Gewerk-schaften oder CDU – Katholische Laienorgani-sationen vergleichen: Übereinstimmung im Wollen ohne völlige programmatische und per-sonelle Identität.

Diese Einschätzung von den Bürgerinitiativen als Bewegung und den Grünen als ihrem politischen Arm wird die Grünen nicht sobald von der politischen Bühne verschwinden lassen. Denn Anlässe für neue Bürgerinitiativen wird es unabhängig vom Ausbau der Kernenergie noch genügend geben.

Die Antwort der SPD

Für die CDU, FDP und SPD beantwortet sich die Frage nach der Wirkung dieser Konkurrenz unterschiedlich. Während die CDU kaum betroffen zu sein scheint, trotz der sozialen Schichtung der Bürgerinitiativen, müssen FDP und SPD eine Antwort auf diese Herausforderung suchen. Vor allem die SPD trifft die Konkurrenz der Grünen. Jungwähler und soziale Aufsteiger sind eine Wählergruppe, die in den letzten zehn Jahren wesentlich zu den sozialdemokratischen Wahlerfolgen beigetragen hat, so daß die Verluste an die Grünen, selbst wenn sie nur ein bis zwei Prozent ausmachen, schwer wiegen. Zumal sie unter bestimmten Konstellationen die Regierungsmacht kosten können; nicht nur in Bund und Ländern, sondern auch in den Kommunen.

Die Antwort der SPD darf deshalb nicht lange auf sich warten lassen, und sie muß auf den Kern der Bürgerinitiativbewegung eingehen. Die programmatischen Vorarbeiten des OR '85 und der Grundwerte-Kommission müssen offensiver in die Diskussion mit den Bürgerinitiativen eingebracht werden. Was auch bedeuten kann, daß wir selbst die Frage „Technisch-wissenschaftlicher Fortschritt = Massenwohlfahrt“ einer kritischen Diskussion unterziehen. Der notwendige Dialog mit den Grünen wird auch bei uns Lernprozesse in Gang setzen. Unsere politische Praxis wird im Umweltbereich programmtreuer werden müssen. Dies gilt wesentlich für die Kommunalpolitik, die immer noch zu viele Bürgerinitiativen produziert. Daß Kommunalpolitiker dieses Problem angehen, zeigen einige Initiativen der letzten Wochen. Eine wichtige Aufgabe bleibt in dieser Offensive der SPD die Vermittlung unserer Arbeit. Gelingt es nicht, das Mißtrauen in die organisierte Politik abzubauen, wird vieles den Bürger nicht erreichen. Wir müssen deshalb weg vom vielen gedruckten Papier und die direkte Auseinandersetzung suchen.

Der grüne Protest repräsentiert eine wichtige Tendenz dieser Gesellschaft. Die SPD muß verhindern, daß er zu einer Bewegung an der SPD vorbei wird, weil ihr damit Unterstützung für Reformpolitik verloren ginge.

Von der Arbeitsteilung zur Konfrontation

Gewerkschaften und Bürgerinitiativen schienen eine Zeitlang relativ uninteressiert nebeneinander her zu existieren. Die Bürgerinitiativen, weil sie sich um die nichtorganisierten Interessen im Infrastrukturbereich kümmerten – also um die Lücken, die nicht zuletzt die Gewerkschaften offen gelassen hatten. Kinderläden, kleine Klassen, Randgruppenarbeit, Rettung von Stadtbild und Naherholungsgebieten, lokaler Umweltschutz – das waren die ersten Kristallisationspunkte der Bürgerinitiativen. Ihre Mitglieder kamen vornehmlich aus Mittelschichten, die traditionellerweise wenig Berührung mit Gewerkschaften haben, obwohl häufig, wenn auch vergeblich, Bündnisse angestrebt wurden.

Die Gewerkschaften andererseits schauten von Anfang an skeptisch auf diese spontanen Aktionsgruppen. Deren lose Organisationsform widerstrebte dem traditionellen Organisationsglauben alter Gewerkschafter; in Arbeiterschaft und Betrieb waren Bürgerinitiativen nicht präsent; ihre Aktionsformen – Demonstrationen, Eingaben, Hausbesetzungen, Selbsthilfemaßnahmen – liefen dem Politikverständnis zuwider, das die parlamentarisch-repräsentativen Entscheidungsprozesse der bundesdeutschen Demokratie bis in die Gewerkschaftsgremien selbst fest internalisiert hatte. Dennoch gab es hier und dort auf lokaler Ebene Zusammenarbeit. Bürgerinitiativen wurden in erster Linie als Problem angesehen, mit dem sich Verwaltung und Parteien befassen sollten, und diese selbst sahen hier ebenfalls ihre Hauptadressaten. Eine klare Arbeitsteilung schien dies Nebeneinander zu erleichtern: Aktionsfeld der Gewerkschaften der Produktionsbereich; Aktionsform der Lohnkampf. Aktionsfeld der Bürgerinitiativen der Reproduktionsbereich; die Form: spontane Aktion und politisch-publizistischer Druck.

Dies relativ neutrale arbeitsteilige Verhältnis änderte sich mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage seit 1973/74 zunehmend bis zu dramatischen Zuspitzungen und Zusammenstößen im Konflikt um die Kernenergie 1976/77. Die Erbitterung kulminierte auf der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks von Brokdorf mit dem Vorwurf des „Atomfilzes“ zwischen Gewerkschaften, Kon-

zernen und Politikern. Gewerkschaften warfen den Bürgerinitiativen Nähe zum Terrorismus und mindestens nützliche Idiotie gegenüber Kommunisten und Anarchisten vor. Die Kluft zwischen beiden sozio-politischen Organisationen schien unüberbrückbar.

Die bisherige Diskussion zwischen Bürgerinitiativen und Gewerkschaften krankt daran, entweder auf einem allgemeinen, relativ abstrakten Niveau zu verbleiben oder aus der Sicht einer der beiden Seiten mehr oder weniger polemisch und/oder apologetisch die eigene gute Sache gegen die Borniertheit der anderen zu verteidigen. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde bisher wenig getan, um das differenzierte Verhältnis von Bürgerinitiativen in verschiedenen Regionen, Themenbereichen und Zeitpunkten zu den Gewerkschaften – unterschiedlich nach Mitgliedschaft und Führung, nach Branchen bzw. Einzelgewerkschaften, Regionen und ebenfalls nach Zeitpunkt – aufzuheilen.

Erste Ansätze zu einer derartigen Behandlung existieren nur für den Konflikt von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Kernenergiebereich, was der aktuellen Debatte entspricht. Darüber hinaus wird aber vergessen, daß dies nicht die einzige Schnittstelle ist. Zumindest zwei weitere Berührungsfelder dürfen nicht ausgeklammert werden. Gemeint ist das Verhältnis von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Reproduktionsbereich der Kommunalpolitik (ein Beispiel: der Kampf der Arbeiterinitiativen um Erhalt ihrer Werkwohnungen) und der Bildungssektor.

Gemeinsame Wurzeln?

Die klassische Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften als den gesellschaftlichen Organisationen von Lohnabhängigen im Produktionsbereich gegenüber anderen gesellschaftlich-politischen Vereinigungen im Reproduktionsbereich, d. h. gegenüber den politischen Parteien als Organisationen des allgemeinen politischen Mandats mit Rekrutierungsfunktion des politischen Personals und gegenüber Vereinen, Verbänden bis hin zu Bürgerinitiativen als Organisationen mit begrenztem politisch-gesellschaftlichem Interesse und politischer Lobbyfunktion, diese Arbeitsteilung führt in die Irre. Sie ist nicht erst falsch seit

der Debatte um die Energiepolitik, wo Produktions- und Reproduktionsprobleme deutlich sichtbar überlappen, sondern sie ist auch von der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung und der politischen Parteien und Vereinigungen her generell nicht gerechtfertigt.

Gewerkschaften entstanden als Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter in Betrieben und Branchen. Sie wurden unterdrückt und mußten sich in allen frühen kapitalistischen Staaten – in manchen bis heute – außerhalb der herrschenden Rechtsordnung organisieren. Sie hatten alle ein gemeinsames Ziel: die Lage der Arbeiter entscheidend zu verbessern, wenn auch die Mittel und Wege völlig unterschiedlich waren – von reformistisch bis revolutionär. Die frühen Gewerkschaften waren also spontane Selbstorganisationen zur unmittelbaren Durchsetzung von bestimmten Zielen durch bestimmte soziale Gruppen mittels unorthodoxer bis illegaler Methoden, die aber höhere Legitimität aus humanitär-ethischen Erwägungen beanspruchten.

Es ist leicht erkennbar, daß sich diese Begriffsbestimmung der frühen Gewerkschaften, ja der gesamten Arbeiterbewegung einschließlich der frühen sozialistischen Parteien, in gewisser Hinsicht auf die heutigen Bürgerinitiativen übertragen läßt. Bei allem Streit um eine geeignete Definition von Bürgerinitiativen, der in der Forschung herrscht, kann man sich sicher soweit einigen, daß Bürgerinitiativen spontane kollektive Selbstorganisationen zur unmittelbaren Durchsetzung von bestimmten Zielen durch bestimmte soziale oder regionale Gruppen mittels unorthodoxer und z. T. nicht institutionalisierter Methoden sein können, die besonders im Umweltschutz höhere Legitimität aus humanitär-ethischen Motiven reklamieren.

Natürlich sind humanitäre Motive nicht immer die eigentliche Substanz, sondern es kommen oft ganz unmittelbare materielle Interessen ins Spiel. Die können mehr oder weniger legitim erscheinen – ob Wein- oder Obstbauern gegen befürchtete oder tatsächliche Immissionen vorgehen oder Villenbesitzer gegen eine Abenteuerspielplatzplanung sich verbünden. Aber die Tatsache, daß unter den Bürgerinitiativen nicht wenige begrenzt

materiell Interessierte sind, disqualifiziert die Bürgerinitiativen insgesamt genauso wenig wie enge Interessendurchsetzung von Berufsorganisationen (z. B. Fluglotsen) die Gewerkschaftsbewegung insgesamt.

Eine so umfangreiche und heterogene soziale Bewegung entsteht nicht allein als Modeerscheinung auf den Wogen der großen Verdrossenheit. Sie hat ihre Wurzeln in gesellschaftlichen Problemen fehlender Transparenz, Kommunikation, Responsivität und einseitiger Interessenberücksichtigung. Sie ist wie einst die Arbeiterbewegung Frage und Antwort an gesellschaftliche Repräsentanten, die sich partiell taub stellen für soziale Bedürfnisse breiter Schichten. Manches Vergleichbare soll allerdings nicht dazu verleiten, die Parallelen zu übertreiben.

Die Arbeiterbewegung entstand in allen frühen Industriestaaten unter Bedingungen der massiven und offenen Unterdrückung, der fehlenden wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterschaft. Im deutschen wilhelminischen Obrigkeitsstaat war die Mischung aus Feudalismus und Kapitalismus, die Interessenkoalition aus ostelbischem Großgrundbesitz und Industriebourgeoisie besonders abträglich für die Herausbildung einer demokratischen Gesellschaft, aber durch ihren Druck auch mitverantwortlich für die Entwicklung der organisatorisch so starken und breiten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Wenn Parteien und Verbände die Kinder der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts sind, dann sind die Bürgerinitiativen Kinder der festen Verbindung der etablierten Parteien und Verbände mit demokratisch gewählter Staatsadministration in den hochorganisierten pluralistisch verfestigten Industriegesellschaften. Die Gewerkschaften heute vergleichen sich nicht gern mit Bürgerinitiativen, obwohl sie sich mit dem in der Bevölkerung so populären Etikett auf Feiertagsreden schmücken. So bezeichnete H. O. Vetter einmal den DGB als die größte deutsche Bürgerinitiative, wie dies auch W. Brandt für die SPD reklamierte und selbst Bundespräsident Scheel für seine eigene Position respektive Person.

Im übrigen betonen die Gewerkschaften die Unvergleichbarkeit, zum einen mit dem Argu-

ment der Kontinuität und Verantwortung nach dem Motto: Bürgerinitiativen kommen und gehen, Gewerkschaften aber bleiben und tragen langfristig Verantwortung; zweitens mit dem Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften. Denn die Gewerkschaften hatten von Anfang an eine Doppelrolle: Verbesserung und Veränderung der Arbeitsbedingungen und der Gesellschaft, soziale (Tarif-)Politik in Arbeitskämpfen und soziale Reform bzw. Revolution in Parlament und Staat im Bündnis mit den entsprechenden politischen Kräften.

Statt auf die gesellschaftsändernde Funktion wird heute lieber auf die Gemeinwohlorientierung der Gewerkschaften hingewiesen. Ihre Politik sei gekennzeichnet durch übergreifende Interessenabwägung zwischen Arbeitnehmern einer Branche, einer Region und der Gesamtheit; ihre Legitimation sei durch strenge Wahlordnungen und repräsentativen Aufbau eindeutig, und ihre Aktionsformen zeigten besonders den klaren Trennungsstrich zu den Bürgerinitiativen, „weil sie sich streng an rechtsstaatlichen Methoden orientieren und den parlamentarisch-demokratischen Staat des Grundgesetzes anerkennen, ihn sogar als Voraussetzung für Demokratie auch im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bereich ansehen“. (G. Leminsky) Die Gewerkschaften beanspruchen demnach, sich durch Kontinuität (und dadurch Verantwortlichkeit), Gemeinwohlorientierung und Interessenabwägung und durch Legitimation mittels demokratischer Struktur und demokratischer Methoden von den Bürgerinitiativen abzuheben.

Weder den Bürgerinitiativen noch den Gewerkschaften selbst wird eine solche Gegenüberstellung gerecht. Denn die Gewerkschaften vertreten mit gutem Grund und Recht auch explizite Einzelinteressen der Arbeitnehmer. Im übrigen ist es gerade das Kennzeichen einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft, für die die Gewerkschaften doch kämpfen, daß die Vertretung von Einzelinteressen absolut legitim ist. Zum Problem des Verhältnisses von repräsentativen innerdemokratischen Strukturen gegenüber direktdemokratischem Aufbau und von institutionalisierten Beteiligungsformen gegenüber demonstrativen und spontanen ist viel geschrieben worden in

der demokratietheoretischen Debatte der letzten Jahre, daß hier nur soviel festgehalten werden muß: keine Struktur- und Beteiligungsform kann für sich das Monopol auf das Prädikat demokratisch reklamieren.

Konkurrenz oder Kooperation?

Der Abstand zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen ist also im Grunde nicht so groß. Programmatisch überlappen sich viele Ziele der Gewerkschaften nach Demokratisierung, Lebensqualität, Umweltschutz, Bildungspolitik und genereller Verbesserung des Infrastrukturbereichs mit den Forderungen von Bürgerinitiativen. Historisch ist die spontane Aktionsform der Bürgerinitiativen nicht so weit von den Wurzeln der Gewerkschaften als Arbeiterinitiativen entfernt. Von daher ist verständlich, daß beim Streit um die Kernenergie die Umweltinitiativen bei der Suche nach einem Bündnispartner ihr Hauptaugenmerk anfangs auf die Gewerkschaften gerichtet hatten. Die Hoffnungen der Umweltinitiativen auf Kooperation waren durchaus realistisch, denn die Haltung der Gewerkschaften zur Kernenergie war in den fünfziger und sechziger Jahren offener als heute.

Eine Änderung trat Anfang der siebziger Jahre analog zur Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation ein. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen versuchte jede Gewerkschaft für ihren Zuständigkeitsbereich den Erhalt oder gar die Vermehrung von Arbeitsplätzen durchzusetzen. Dies entsprach sicherlich dem Wunsch der Gewerkschaftsmitglieder. Der tragische Konflikt zwischen kurzfristigen Interessen = Arbeitsplatz und langfristigen Interessen = Lebensqualität durch gesunde Umwelt, der durch die aktuelle ökonomische Entwicklung entstanden war, wurde somit zugunsten der Tagesinteressen entschieden. Ob diese pragmatische Lösung auch positiv, d. h. im Sinne aller Arbeitnehmer, die Zukunft gestaltet, wird sich zeigen müssen.

Obwohl die Haltung der Einzelgewerkschaften zur Kernenergie nicht einheitlich war – sie reichte vom forcierten Engagement für den Ausbau von Kernkraftwerken (IG Bergbau und Energie; IG Bau-Stelle-Erden) bis zu kritischen Stellungnahmen (GEW; IG Druck und Papier) –, entschied sich der DGB in seiner Stellung-

nahme vom November 1977 für eine Nutzung der Kernenergie und gegen einen Baustopp, der noch in der DGB-Aussage vom Frühjahr 1977 anvisiert worden war. Eine andere Haltung könnte nach Ansicht des DGB zu einer Verschlechterung der Beschäftigungssituation und zu einem Abfall des technologischen Standards der kerntechnischen Industrie führen.

Die Diskussion um Kernenergie im DGB und eine mögliche Kooperation mit den Bürgerinitiativen war damit zwar vorläufig entschieden, ist aber nicht abgeschlossen. Das Spannungsverhältnis von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Bereich Umweltschutz bleibt weiter aktuell. Indiz dafür sind die Aktivitäten an der Basis der Gewerkschaften, die sich seit 1977 regen. Es gründeten sich Gruppen wie „Arbeiter gegen Atom“ und „Gewerkschaftsgruppen in den Bürgerinitiativen“ oder ein „Aktionskreis Leben“ als Antipode zum „Aktionskreis Energie“.

So offensichtlich wie im Konflikt um die Kernenergie ist die Beziehung zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im kommunalen Infrastrukturbereich nicht. Das Verhältnis zu den dort agierenden Bürgerinitiativen ist innerhalb der Gewerkschaften und zwischen den Gewerkschaften ungeklärt. So wird bis jetzt über die Beziehung der beiden Organisationsformen kollektiver Interessenvertretung von den Betriebsräten/Belegschaften und Mitgliedern der Bürgerinitiativen jeweils fallspezifisch entschieden, ein strategisches Konzept existiert nicht. Wesentlicher Maßstab der Entscheidung über Zusammenarbeit oder Ablehnung ist für die Gewerkschaftsseite, ob die Ziele der Bürgerinitiativen funktional für das Arbeitnehmerinteresse sind, wobei die oberste Priorität die Sicherung der Arbeitsplätze darstellt. Da aber die Aktionen der Bürgerinitiativen häufig zu zeitbefristeten oder totalen Investitionsstopps führen, die negative arbeitsmarktpolitische Effekte zeitigen, ist die Beziehung zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen eher konfliktträchtig denn kooperativ zu nennen.

Die Kritik der Bürgerinitiativen an den Gewerkschaften

Folgende Charakteristika gewerkschaftlicher

Politik werden von den Bürgerinitiativen besonders moniert:

● Gewerkschaften besitzen eine unkritische, positive Einschätzung der Technikentwicklung. Dabei wird vergessen, daß neue Technologien in ihren Auswirkungen ambivalent sind. Dies muß spätestens seit den Vorgängen bei der Einführung neuer Fertigungstechniken in der Druckindustrie den Gewerkschaften klar sein. Als Lehre daraus müssen die Gewerkschaften in eine grundsätzliche Diskussion über die Technologieentwicklung eintreten und ihre Bewertungskriterien offenlegen. Das derzeitige Vorgehen, eine Technologie aufgrund ihrer kurzfristigen Arbeitsmarkteffekte zu beurteilen, ist unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen verständlich. Aber: Die geringe Tragfähigkeit des Konzepts wird am Beispiel der Kernenergie deutlich, wo zwar kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen werden, auf Dauer jedoch die Lebensqualität aller bedroht ist. Politik der Gewerkschaften darf nicht derart tagesbezogen sein.

● Die Fixierung der Gewerkschaften auf quantitatives Wirtschaftswachstum als Lösungsweg zur Erreichung der Vollbeschäftigung bedeutet zwangsläufig eine reaktive Politik, die nicht gestaltend auf den sozio-technischen Wandel Einfluß nehmen kann.

● Auf einer mehr polemischen Ebene angesiedelt, aber durchaus von Fakten ausgehend, liegen die Vorwürfe der Funktionärswirtschaft, der Erstarrung in festen Organisationsformen mit strenger Hierarchie und bürokratischen Lösungen und der Integration in die etablierten Interessen.

Die Kritik der Gewerkschaften an den Bürgerinitiativen

Faßt man die Kritik von Gewerkschaftsfunktionären an der Bürgerinitiativbewegung zusammen, ergeben sich folgende Schwerpunkte der Argumentation:

● Bürgerinitiativen haben keine Programmatik, sondern betreiben Kirchturmspolitik. Sie versuchen zu verhindern, anstatt gestaltend mitzuwirken. Dies zeigt sich besonders in der Energiepolitik, wo sie sowohl gegen Kohlekraftwerke wie auch gegen Kernkraftwerke sind. Dadurch werden sie unglaubhaft. Die Gewerkschaften können demgegenüber flä-

chendeckende Konzeptionen anbieten und nicht nur das St.-Florians-Prinzip. (H. O. Vetter)

● Die Umweltfrage ist nur der Aufhänger, an dem der Unmut über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik abreagiert wird. Steigende Komplexität und mangelhafte Transparenz und Information lassen den Bürger in zunehmendem Maße seine Ohnmacht gegenüber Verfahrensabläufen in der Wirtschaft, in der Verwaltung und in der Politik spüren. Dieser Unmut darf nicht in seinen Konsequenzen zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

● Bürgerinitiativen sind singuläre egoistische Interessenvertretungen, die das Privatinteresse über das Gemeinwohl stellen. Bei den Bürgerinitiativen besteht die Gefahr, daß ohnehin schon privilegierte Bevölkerungsschichten sich weitere Privilegien sichern und Belastungen auf andere Gruppen abwälzen. (H. O. Vetter)

● „Nicht hinnehmen kann dagegen ein demokratisches Staatswesen wie die Bundesrepublik, wenn selbsternannte Bürgerforen Entscheidungen erzwingen, die den Interessen der Mehrheit der Bürger zuwiderlaufen. In einem parlamentarisch verfaßten Staat müssen politische Entscheidungen von den dazu demokratisch legitimierten Instanzen getroffen werden.“ (H. Kluncker)

● Die Bürgerinitiativen im Umweltbereich haben mit der Herausbildung überregionaler Organisationsformen parteiähnliche Strukturen erreicht. Dies ist jedoch staatspolitisch problematisch, denn: Bürgerinitiativen tragen keine Verantwortung; der interne Willensbildungsprozeß ist nicht geregelt; Mitgliederzahlen existieren nicht, so daß nicht zwischen temporären Sympathisanten und festen Mitgliedern unterschieden werden kann, um das Gewicht der Bürgerinitiativen abschätzen zu können; die Legitimation der Bürgerinitiativsprecher ist strittig; einige Aktionsformen von Bürgerinitiativen verletzen rechtsstaatliche Prinzipien.

Diese Aussagen zeigen deutlich die schematische Perspektive, aus der die Bürgerinitiativbewegung von Gewerkschaftsseite gesehen wird: Ordnung, Repräsentation, Hierarchie, Sachzwang, Vertretungsmonopol aller Arbeitnehmer sind die eingefahrenen Orientierungs-

muster. Dabei wird eine Polarität zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen aufgebaut, die einer genaueren Betrachtung kaum standhält. Gewerkschaften sind kein Monolith, ebensowenig wie die Bürgerinitiativen eine einheitliche Bewegung darstellen. Abgesehen von den völlig heterogenen gewerkschaftlichen Strukturen, Funktionen und Zielen im internationalen Maßstab, zeigen auch die deutschen Gewerkschaften nicht die so oft bewunderte Einheitlichkeit.

Das Bild der Bürgerinitiativen ist bekanntlich noch sehr viel buntscheckiger: es gibt eingetragene Vereine neben spontanen Nachbargruppen, Dachverbände neben Ad-hoc-Aktionen, Progressive, die bestimmte Zustände konservieren wollen, z. B. im Umwelt- und Denkmalschutz, neben Konservativen, die Zustände verändern wollen, z. B. in der Bildungspolitik. Behält man diese Heterogenität sowohl der Gewerkschaften wie auch der Bürgerinitiativen im Auge, so kommt es darauf an zu zeigen, daß es eben nicht um generellen Konflikt, sondern um partielle Bündnisse, Konkurrenzen, Konflikte oder auch völlige Berührungslosigkeit gehen kann.

Die politischen Durchsetzungsstrategien von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen sind höchst heterogen und keinesfalls auf „institutionalisiert und rechtlich einmütig anerkannt versus demonstrativ und rechtlich bedenklich“ festzulegen.

Der Arbeitskampf ist die eigentliche gewerkschaftliche Durchsetzungsform. Die Mittel des Arbeitskampfes — Tarifverhandlung, Schlichtung, Streik, spontaner Streik etc. — sind zwar in der Bundesrepublik stärker als in allen vergleichbaren Staaten rechtlich festgelegt, aber am wenigsten durch Verfassung oder Gesetz, vielmehr durch Richterrecht und hier per saldo nicht gerade zugunsten der Gewerkschaften. Der Streik ist zwar rechtlich klar anerkannt, aber schon bei Warnstreiks und erst recht bei spontanen „wilden“ Streiks wird die Rechtslage für die Gewerkschaften unsicher, ganz zu schweigen von politischen Streiks. Die gemeinsame Aktion von Gewerkschaften und SPD in den fünfziger Jahren „Kampf dem Atomtod“ würde sich heute zweifellos Bürgerinitiative nennen, ebenso der außerparlamentarische Kampf der Gewerk-

schaften gegen die Notstandsgesetze während der Großen Koalition. Da die Rechtsordnung der Bundesrepublik — einschließlich des „gewachsenen“ Richterrechts — den Gewerkschaften in vieler Hinsicht nicht gerade freundlich gesonnen ist (man denke nur an den augenblicklichen Kampf der Gewerkschaften gegen die Aussperrung), haben sie immer, wenn sie es für richtig hielten, diese kritisiert und ihr das Recht der Arbeitnehmer auf volle Gleichberechtigung entgegengestellt.

Ebensowenig wie die gesellschaftlich-politischen Beteiligungsformen der Gewerkschaften sich allein auf rechtlich einmütig anerkannte Formen des Arbeitskampfes oder der parlamentarisch-exekutiven Lobbytätigkeit als Interessenverband reduzieren lassen, ist die Vermutung falsch, die Bürgerinitiativen bewegten sich vornehmlich im rechtsfreien oder gar rechtswidrigen Raum. Die Grundrechte Vereinigungsfreiheit, Petitionsrecht, Demonstrationsrecht etc. sind die konkrete Basis, die pluralistische Gesellschaftstheorie die allgemeine Legitimation ihrer Aktivität.

Die Mittel ihrer Einflußnahme durch Demonstration, Aktivierung der öffentlichen Meinung usw. sind daher absolut legitim und in der Regel transparenter als verdecktes Lobbying von etablierten Interessengruppen in Parlament und Verwaltung. Rechtswidrige Aktionen sind die Ausnahme. Berücksichtigt man noch die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Abwägung von Rechtsgütern bei Aktionen wie „sit-ins“ oder „go-ins“, die widerstrebende Rechtsgüter nur marginal verletzen, so bleibt zwar unzweifelhaft ein harter Kern einiger klarer Rechtsverstöße, die nicht zu rechtfertigen sind und nicht verharmlost werden sollen, aber keineswegs können sie der Bürgerinitiativbewegung insgesamt in die Schuhe geschoben werden.

Schlußthesen

Die Konfrontation zwischen Bürgerinitiativen und Gewerkschaften in der Kernenergiepolitik schadet dem gemeinsamen Ziel besserer Lebensqualität und lenkt von Ansätzen der Kooperation z. B. im Bildungsbereich ab.

Beide Organisationsformen haben gemeinsame Wurzeln als gesellschaftliche Selbstorganisationen zur unmittelbaren Durchset-

Rolf Berger: **Technologiepolitik zwischen Wachstums- hoffnung, Umweltgefährdung und Fortschrittszweifel**

zung von sozio-ökonomischen Zielen gegen vorherrschende Interessen.

Bürgerinitiativen stellen sich ins Abseits, wenn sie das existentielle Interesse der Arbeitnehmer an Arbeitsplatzsicherheit gering schätzen; Gewerkschaften verfehlen aber ihre Aufgabe als solidarische Gesamtvertretung der Arbeitnehmerschaft, wenn sie sich kurzfristigen Brancheninteressen beugen – heute der Kernenergie, morgen der Rüstungsindustrie.

Statt auf Branchen und Konzerne sich zu konzentrieren, müssen die Gewerkschaften verstärkt die gesamte lokale und regionale Infrastruktur eines Bereichs berücksichtigen; damit ergäbe sich notwendigerweise ein Dialog mit den lokalen Bürgerinteressen und -initiativen. Ein wechselseitiges Lernen wäre möglich.

Fortschrittsoptimismus (quantitatives Wachstum = Wohlstand) einerseits und pessimistische Technologie- und Kulturkritik andererseits sind unnötig polarisierte Prüfzonen beider Seiten. Die Warnung der Bürgerinitiativen muß aber die Gewerkschaften erreichen, daß die Gleichung wirtschaftliches Wachstum = Arbeitsplätze in Zukunft mit immer mehr Unbekannten rechnen muß.

Gewerkschaften müssen selbstkritisch realisieren, daß in vielen Bereichen – von Kindergärten, Arbeitersiedlungen, Autobahnschnellen bis zu Atomkraftwerken – Interessen betroffener Bürger auch als Arbeitnehmer von ihnen zu wenig berücksichtigt wurden. Gewerkschaftliche Organisationsformen sind auf die Vertretung der bürgernahen und umfassenden statt nur betrieblichen Interessen der Arbeitnehmerschaft kritisch zu überprüfen.

Der Einsatz neuer Technologien ist wiederholt als Zauberformel für Wachstum und Erhaltung von Arbeitsplätzen strapaziert worden. Bundeskanzler Schmidt hatte die ökonomische Formel „Wachstum durch Investitionen, Investitionen durch neue Technologien“ ausgegeben; der frühere Bundesforschungsminister Matthöfer hatte diese ökonomische Formel durch die soziale ergänzt: „Innovationsinvestitionen durch neue Technologien, Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Innovationsinvestitionen.“

Beide Formeln haben sich bislang nicht als richtig erwiesen. Vielmehr steigt zunehmend der Zweifel, ob die Technologiepolitik, falls man das „laissez faire, laissez innover“ als solche bezeichnen will, die selbst produzierten Folgen noch im Griff hat. Man braucht nur eine Tageszeitung aufzuschlagen, um von chemischen Vergiftungen, Ölpesten, Reaktorunfällen, Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke oder Hochleistungsschnellbahnen, Unternehmensrationalisierung, Warnungen von Wissenschaftlern vor den Folgen der Gen- oder der Gehirntechnologie bis hin zu moraltheologischen Ausführungen zu künstlichen Befruchtungen zu lesen. Die immer gefährlicheren Waffensysteme sind mit dem Schlagwort Neutronenbombe erstmalig nach der Erklärung der Göttinger Professoren gegen eine atomare Bewaffnung wieder aus dem Tabubereich herausgeholt worden. Science-fiction- und Horror-Filme über menschliche Selbstzerstörung, tierische Horrorwesen und technisch überperfektionierte Badman-Wesen sind Zeichen menschlicher Ängste vor einer technisch und human unkontrollierten Zukunft.

Öffentlichkeitsdruck

Der Fortschrittszweifel ist ein bestimmendes Element der Gegenwartsphilosophie und erstmalig über die Wissenschaftswissenschaft in die Selbstreflexion der Forschung gelangt. All diese Erscheinungen werden in der Technokratie, wie die Diskussion um die Kernkraftwerke und neuerdings die Gentechnologie zeigen, solange mit der Geste des aufgeklärten Absolutismus beiseitegeschoben, wie kein Öffentlichkeitsdruck entsteht. Kontrollen, Moratorien, Verbote werden in den Parteien erst diskutiert, seit Bürgerinitiativen scharen-

weise den Parteien den Rücken kehren und neuerdings parteilähnliche Organisationsformen anstreben. Hierzu kommt ein entscheidender Schritt der Gewerkschaften: Erstmalig nach dem Wiederaufbau hat die IG-Metall die Rationalisierungsfolgen zum Gegenstand der Tarifverhandlungen gemacht: es werden „Streiks gegen den technischen Fortschritt“ mobilisiert.

Es wäre falsch, all diese Erscheinungen, die den Fortschrittszweifel ausdrücken, als Wiedergeburt eines Rousseaulismus und Wissenschaftsfeindlichkeit zu deuten. Gewiß sind vordergründig wissenschaftsfeindliche Elemente auch festzustellen. Richtiger scheint mir aber der Ansatz der Betrachtungen, den Bundespräsident Scheel in mehreren Reden – sei es vor der Fraunhofer Gesellschaft 1977 oder auf dem Weltphilosophiekongreß 1978 – deutlich gemacht hat: die politische Verantwortung für die Ergebnisse der Wissenschaft.

Tiefes Mißtrauen

Diese Verantwortung beginnt beim Produzenten von Wissenschaft, dem Wissenschaftler selbst, der sich bewußt werden muß, daß Wissenschaft betreiben als menschliche Arbeit eine auf Veränderung, nämlich gegenüber früher veränderten Erkenntnisstand gerichtete und damit politische Handlung ist; diese Verantwortung trifft die Anwender von Wissenschaft, vor allem die Wirtschaft, die die sozialen Folgen der technologischen Innovationen, gleichgültig ob es sich um Macht-, Arbeitsplatz-, Umwelt- oder andere Folgen handelt, nicht als politische Probleme aus ihrer Verantwortung herausdefinieren und zum politischen Infrastrukturproblem uminterpretieren dürfen; diese Verantwortung hat der Politiker zu übernehmen, vor allem wenn er Technologiepolitik nicht zur Forschungsfinanzierung, wie in den letzten Jahren geschehen, verkommen lassen will. Nicht Wissenschaftsfeindlichkeit drückt sich in den oben aufgezählten Erscheinungen aus, sondern tiefes Mißtrauen gegen die Verantwortungsbereitschaft aller Beteiligten; gedeutet werden müssen diese Erscheinungen als Sinnkrise der politisch-humanen Verantwortung.

Ob berechtigt oder nicht, eine solche Sinnkrise richtet sich primär immer gegen den

Staat als politische Verantwortungsinstanz, von dem „Führung“ als Perspektivleistung erwartet wird und der in aller Regel „Pragmatik“ als Reaktionsleistung erbringt. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß es in der Technologiepolitik-Geschichte der Bundesregierung zwar unzählige Leistungsbilanzen, bis heute aber noch nicht einen Bericht über die Steuerungsmöglichkeiten, -ziele und -defizite, geschweige denn über die Gefährdungen, Verantwortlichkeiten und sozialen Folgen des Einsatzes von Technologien gibt.

Von Anfang an wurden, wie von CDU-geführten Regierungen nicht anders zu erwarten, neue Technologien als Produktivkraft verstanden, ohne die Produktionsverhältnisse in ein Steuerungskonzept der Forschungsförderung einzubeziehen. Wirtschaftliche Machtkonzentrationen, Imperialistische Export- und Investitionsstrategien waren aus der Forschungsförderungspolitik genauso „ausgeblendet“ wie der Verbraucherschutz und damit in Wirklichkeit eindeutig der „Marktfreiheit“ vorbehalten. Diese Politik hat sich bis heute unter SPD-geführten Regierungen nicht geändert. Sie ist bestenfalls verfeinert worden, indem einige Folgeerscheinungen dieser Politik, wie z. B. Umweltschäden, Gesundheitsgefährdungen und Inhumanitäten am Arbeitsplatz, selbst wieder zum Gegenstand dieser Politik gemacht wurden; d. h. durch Absonderung der Folgen des technisch-wirtschaftlichen Wandels wurde einerseits eine Einbeziehung in industrielle Technologieprojekte vermieden und andererseits der Trend fortgesetzt, diese sozialen Folgen des staatlich geförderten und unternehmerisch zu verantwortenden Wandels zu Infrastrukturproblemen zu machen.

Entleerung und Belastung

Dieser Prozeß technologiebedingter Infrastrukturierung kann aber nur zum Teil öffentlich abgefangen werden; er schlägt als Rationalisierung auf die Arbeitsplätze in mehrfacher Weise durch. Er führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen; selbst wenn er an anderer Stelle zu neuen Arbeitsplätzen führt, ist wegen fehlender Vergleichbarkeit des vernichteten und neu geschaffenen Arbeitsplatzes subjektive Arbeitslosigkeit die Folge; darüber hinaus führt dieser Prozeß selbst bei Entlastung von

körperlich belastender Arbeit durch immer weitergreifende Automatisierung des Arbeitsprozesses häufig zur Entleerung von Arbeitsinhalten und damit zu neuen psychischen Belastungen wie Monotonie-, Apathie- und Streßerscheinungen.

Es wäre falsch, aus diesen Erkenntnissen undifferenziert gegen Rationalisierungen zu polemisieren, die aus Wettbewerbsgründen, zur Arbeitsplatzsicherung und zur Beseitigung sowohl körperlicher wie psychischer Belastungen eingesetzt werden können; nur müssen diese Ziele von vornherein in die Technologieentwicklung einbezogen werden. Bisher sind weder die Ökonomen soweit, einfachste Arbeitsplatzbilanzen erstellen zu können, um Rationalisierungseffekte zu messen, geschweige denn, daß sie Indikatoren für Arbeitsplatzinhaltsmessungen entwickelt hätten, noch hat die Forschungsförderung diese Probleme als Förderungsgegenstand in ihre Forschungsprogramme aufgenommen. Denn erst durch solche Maßnahmen — die nicht vereinzelt bleiben dürften — würde staatliche Technologieförderung die Folgen der Technologieentwicklung und damit zugleich die Folgen ihrer Förderung vorausschauend bedenken und von Anfang an vermeiden können; zur Zeit ist sie nur in der Lage, die Folgen einäugigen Handelns als Infrastrukturprobleme aufzugreifen.

Bitter für Sozialdemokraten

Der Lohn dieser staatlichen Infrastrukturleistung ist jedoch nunmehr die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und den Bürgerinitiativen. Diese Auseinandersetzung ist für Sozialdemokraten neu und besonders bitter. War das Ziel der Sozialdemokratie immer, die Interessen der Arbeitnehmer und Unterprivilegierten wahrzunehmen, so befindet sich die Sozialdemokratie in ihrer zu schlichten Wissenschaftsgläubigkeit plötzlich in einem Spannungsfeld mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, Arbeitnehmern und Bürgern. Die wachstumsfetischistische Drehscheibe Technologiepolitik droht wegen mangelnder Steuerung und Vorausschau zur Schleuder zu werden, auf der das klassische Wählerreservoir der SPD ins Schleudern gerät.

War noch vor wenigen Jahren die ökonomische Gefährdung das vorrangige, wenn

nicht gar einzige Thema der Forschungspolitik, so ist heute die soziale und ökologische Gefährdung in den Mittelpunkt gerückt. Auch diese soziale und ökologische Gefährdung muß letztlich auf die ökonomische zurückgeführt werden. Hatte wirtschaftliches Wachstums- und Gewinnstreben die Technologie als Herrschaftsinstrument benutzt und die „Nebenfolgen“ der Wirtschaftskonzentration und internationalen Abhängigkeit teilweise in Kauf genommen, teilweise bewußt als angebliche Steigerung der Leistungskraft gefördert, so ist auch in der Forschungspolitik zugunsten eines wirtschaftlichen Wachstums- und Gewinnstrebens soziale und ökologische Gefährdung in Form von Arbeitsplatzgefährdungen und Umweltbelastungen teilweise übersehen oder bewußt in Kauf genommen worden.

In diese Kette der Gefährdungen fügt sich inzwischen die humane Gefährdung ein, die als Variante der ökologischen, aber auch als eigenständige Dimension technologischer Gefährdungen begriffen werden kann. Gentechnologien, Gehirntechnologien, in den Humanbereich übertragene Befruchtungs- und Züchtungsexperimente lassen neue Gefährdungen entstehen, die nicht ausschließlich auf ökonomische Gefährdungen zurückgeführt werden können. Hier ist ein wissenschaftlicher Wirkungsmechanismus, der Erkenntnisdrang, am Werke, der unabhängig von wirtschaftlicher Verwertbarkeit technologische Gefährdungen produziert.

Ohne Steuerungskonzept

Forschung und Forschungspolitik sind ohne gesellschaftliches und ethisches Steuerungskonzept. Noch nie ist die Hilflosigkeit vor diesem Verantwortungsproblem so deutlich geworden wie zur Zeit in Debatten und Vorschlägen, die mit Experimentierverboten, Anwendungsmoratorien und Versuchskontrollen nicht zufällig an mittelalterliche Diskussionen um Wissenschaftler und wissenschaftliche Ergebnisse erinnern. „Denkverbote“ haben sich schon im Mittelalter als keine der Menschheit und der Tradition des Abendlandes angemessene Behandlung von Problemen erwiesen.

Neu überdacht werden muß angesichts der Ambivalenz technischer Entwicklungen die

Flemming, Jens

Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie

Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925

(Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, herausgegeben von Kurt Klotzbach) 1978. XVI, 367 S. Brosch. 48,- DM

ISBN 3-87831-271-7

Wie stark die ungebrochene Behauptung konservativer Herrschaftsstrukturen auf dem flachen Land einer dauerhaften Konsolidierung der Weimarer Republik entgegengewirkt hat, ist allgemein bekannt. Dennoch hat sich bisher niemand dieses Themas im einzelnen angenommen und die fruchtbaren Ansätze der Konservatismusforschung über das Kaiserreich fortgeführt. Diese Lücke füllt Jens Flemming mit der vorliegenden Arbeit aus. Der Autor versteht seine Studie, die sich auf umfangreiches, größtenteils erstmals ausgewertetes archivalisches und publizistisches Quellenmaterial stützt, als Beitrag zur Kontinuität der preußisch-deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Im Spannungsfeld von ländlicher Gesellschaft, Agrarverbänden und Staat werden – sektoral und regional differenziert – ideologische, organisatorische, sozialpolitische, agrarpolitische und agrarwirtschaftliche Entwicklungen analysiert, die deutlich machen, in welchem Ausmaß großagrarisches bestimmte Interessen die ländlichen Bezirke vor den Einflüssen der Demokratie abschirmen und zu Zentren konservativ-gegenrevolutionärer Bestrebungen ausbauen konnten. Auf diese Weise lassen sich sehr viel präziser als bisher die Radikalisierungstendenzen im Konservatismus der Kriegs- und Nachkriegsjahre ausleuchten. Zugleich werden damit auch Erklärungsmuster geliefert für das frühzeitige Abtriften der ländlichen Wählerschaft in das Fahrwasser der NSDAP.

Der Autor: Jens Flemming, geboren 1944, ist nach dem Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik und seiner Promotion Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Veröffentlichungen: Aufsätze zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Verlag Neue Gesellschaft

Godesberger Allee 143

D-5300 Bonn 2



Verantwortungsfrage. Nutzen und Schaden technischer Entwicklung dürfen nicht länger der traditionellen Dreiteilung folgen, daß die Wissenschaft alles erfinden und entwickeln, die Wirtschaft alles verwerten und die Politik alles verantworten darf. Vielmehr müssen — in konsequenter Anwendung des Verursacherprinzips — Wissenschaft und Wirtschaft voll in die Verantwortung einbezogen werden. Für wissenschaftliche Weiterentwicklungen und wirtschaftliche Verwertungen müßten Standards und Institutionen vor allem von der Wissenschaft selbst entwickelt werden. In diesen Institutionen müßten im Zusammenwirken der Wissenschaft mit den gesellschaftlichen Kräften und Betroffenen für die wissenschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Verwertung z. B. Voraussetzungen für wissenschaftliche Fortentwicklung, Grenzen der Auswirkungen und zeitliche Begrenzungen im Aussetzen konkreter wissenschaftlicher Entwicklungen festgelegt werden.

Sinnfrage

Ein Ombudsgremium für Forschung und Technologie, an dem sich die Wissenschaft maßgeblich beteiligt und das mit seiner „Spruchpraxis“ breite Verantwortung erzeugen und Öffentlichkeit herstellen könnte, wäre eine Möglichkeit, die gesellschaftspolitische und ethische Konzeptions- und Steuerungselastizität zu überwinden. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß die ökonomische, soziale, ökologische und humane Gefährdung „Gesetzmäßigkeiten“ in Bewegung setzt, die jede Steuerungsfähigkeit des Menschen fraglich erscheinen läßt; denn

- Ökologisch scheint der Mensch mit der Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse die Entwicklung der Saurier erreicht zu haben. Das ökologische Gleichgewicht, das der Mensch zunehmend stört, könnte sich nach seinem eigenen Erhaltungsgesetz durch Zusammenbruch, den die Menschheit nicht überlebt, wiederherstellen.
- In sozialer Hinsicht scheint der Mensch vor einer Veränderung des Arbeitsbegriffs und der Arbeitsteilung zu stehen. Durch den Einsatz von Maschinen wird der Mensch zunehmend von körperlicher Arbeit entlastet. Ob durch diese „Reduktion des

Menschen auf den Kopf“ das medizinische Gleichgewicht mit der Folge von geistiger Überforderung und körperlicher Unterforderung durcheinandergebracht wird, ist bislang nicht einmal andiskutiert. Die Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit könnte eine Entwicklung zu großen Steuerungszentralen in allen Lebensbereichen in Gang setzen. Diese Steuerungszentralen könnten dann zu Machtzentralen von Herrschaftseliten werden, die vor Organisationen heutiger Arbeitnehmerinteressen unanfällig wären. Eine solche Unorganisierbarkeit sozialer Interessen würde zu chaotischen Zuständen oder zum Zerfall sozialer Beziehungen führen.

- Die Antwort auf die humane Gefährdung könnte ein wachsender ethischer Rigorismus oder eine sozial-ethische Auswanderung sein. Wo das ethische oder soziale Minimum gefährdet ist oder gefährdet zu sein scheint, wird die Bevölkerung für Heilslehren anfällig. Religiöse Sekten können ebenso wie Bürgerinitiativen als meist eindimensionale Antworten auf die Gefährdung des ethischen oder sozialen Minimums gedeutet werden.

Damit diese Gefahren nicht Wirklichkeit und diese Gefährdungen nicht systematisch als Fragestellungen aus den öffentlichen Förderungsprogrammen verbannt werden, bedarf es einer Technologiepolitik, die an sich selbst die Sinnfrage stellt.

Klaus Traube: Industrialisierungskritik und SPD (II.)

Zur Herrschaft der Eliten

Einer Sozialdemokratie, der das emanzipatorische Ziel entglitten ist, der auf fortschreitender Industrialisierung begründeter „Wohlstand für alle“ zum Endziel wurde – Ziel zudem, das sich eine Zeitlang als sozial produktiv erwies –, der die kapitalistisch geprägte fortschreitende Industrialisierung zur Ideologie geraten mußte, der Regierungsverantwortung täglich Entscheidungen innerhalb des zentralistisch-bürokratischen, auf Perpetuierung abzielenden Sachzwangsystems abfordert, dieser Sozialdemokratie muß es schwer fallen, die längst überschrittene Grenze der Kontraproduktivität der heutigen Industriegesellschaft zu erkennen.

Die Rechte und die traditionelle Linke in der Sozialdemokratie eint nach wie vor das Beharren auf dem Fortschrittsbegriff der Industriegesellschaft. Ihr erscheinen daher die Äußerungen der Protestbewegung als reaktionär, sobald sie sich nicht auf vordergründige Umwelt-Anliegen beschränken, sondern Verbürokratisierung, Großtechnik und Großorganisationen kritisieren, Vereinfachung, Überschaubarkeit, Dezentralisierung anstreben, die Wachstumsgesellschaft angreifen. Solche Begriffe haben sich rasch und längs Kommunikationswegen, die dem in festgefühten Organisationen Denkenden schwer begreiflich sind, in der ökologischen Protestbewegung ausgebreitet, verschaffen den vielfältigen Formen und Angriffszielen des Protestes eine provisorische gemeinsame Grundlage.

Gewiß sind solche Begriffe vieldeutig, eignen sich auch zu populistischer Rattenfängerlei, könnten gar an Blut und Boden gemahnen. Doch es kommt auf den Kontext an, in dem sie benutzt werden; sie schlicht und emsig als Beleg für letztlich reaktionäre, bestenfalls sozialromantische Zielsetzungen der „Grünen“ zu sammeln, wie das neuerdings sozialdemokratische Gewohnheit wurde, ersetzt nicht eine Analyse der Triebkräfte dieser Bewegung, die auch deren besondere Anziehungskraft auf Linke und auf die intellektuelle Jugend erklären müßte.

Die seit dem Wachstumsschub der 60er Jahre abseits der traditionellen gesellschaftswissenschaftlichen Richtungen entwickelte

Kritik der Industriegesellschaft wird recht offensichtlich von der traditionellen SPD-Linke ignoriert, obwohl Bloch, Marcuse, Hannah Arendt zu den Schrittmachern gehören. Diese Kritik wurzelt hauptsächlich in angelsächsischem Schrifttum, knüpft dort an Vordenker wie Aldous Huxley, Lewis Mumford, Paul Goodman an – womit ein nach traditionellen Begriffen inkohärentes, Linkliberale und Marxisten umfassendes, aber eindeutig linkes, „anti-autoritäres“ Spektrum umschrieben ist. Bahros „Alternative“ zeigt an, wie sehr marxistisch geprägtes Denken, wenn es kritisch ist, auch in den östlichen Industriestaaten in die gleiche Richtung weist.

Die auf solche Stammväter zurückgreifende wissenschaftlich-literarische Diskussion, die sich in den letzten Jahren stark ausgebreitet hat und auch in die Bürgerinitiativen eindringt, begreift den Antagonismus in der heutigen Industriegesellschaft nicht nur als den zwischen Kapital und Arbeit, sondern macht eine in der Struktur der zentralistisch-bürokratischen Symbiose von Staat und Wirtschaft angelegte Herrschaft von Eliten, „Experten“ aus Wirtschaft, Staat, Wissenschaft, auch Gewerkschaften dingfest. Diese Elite, obwohl zumeist nicht Kapitaleigner – wie im Osten besonders deutlich wird – betreiben die Kapitalverwertung und damit die Verwandlung der Gesellschaft in eine Warenwelt. Der Fortschritt der Technik, auf dem die Ökonomie beruht, erscheint dem Industrialismuskritiker nicht mehr als autonomer, wertneutraler, die Entwicklung der Produktivkräfte begleitender Prozeß, der anthropologisch in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur angelegt ist, vielmehr als eine die Herrschaft der Eliten stützende Auswahl unter verschiedenen Optionen. Der einhergehende ideologische Überbau hat vorwiegend utilitaristische und szientistische Züge.

Das traditionelle Instrumentarium sozialistischer Wirtschaftspolitik, das auf Macht und Einfluß in der Führung der sozioökonomisch bestimmenden Großindustrie zielt, das von Verstaatlichung über Investitionslenkung und Mitbestimmung bis zu den bescheidenen Strukturritten reicht, erweist sich lediglich als Eindringen an derer Eliten in die Führungs-

spitze, wenn es nur auf Machtausübung innerhalb bestehender Strukturen angelegt ist, nicht auf grundlegende Änderung der Produktionsprozesse und Produkte. Solche Änderungen können aber den auf einen utilitaristisch-scientistischen Fortschrittsbegriff festgelegten nicht in den Sinn kommen; sie erkennen ja (richtig), daß die Großunternehmen den „technischen Fortschritt“ produzieren.

Abgesehen davon, daß dieses traditionelle Instrumentarium sozialistischer Wirtschaftspolitik angesichts der von der Krise der Industriegesellschaft begünstigten restaurativen Tendenzen zunehmend illusorisch wird, wie die Verfemung der Begriffe Verstaatlichung und Investitionslenkung zeigt, beruht es letztlich auf dem vereinfachenden Begriff vom gesellschaftlichen Antagonismus als dem zwischen Kapital und Arbeit. Der mag zu Marxens Zeiten eine angemessene Näherung dargestellt, sich auch als fruchtbare Hypothese zur Gewinnung grundsätzlicher Erkenntnisse erwiesen haben, ist aber unzureichend zur Beschreibung der heutigen Industriegesellschaft. Er verdeckt das Elengewicht der privilegierten Eliten, die von der naturwüchsig hierarchischen Strukturierung großer, vernetzter Organisationen erzeugt werden und zu deren Interesse – sie mögen mit unterschiedlichster Zielsetzung angetreten sein – auch die Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft wird. Rudolf Bahro hat wohl am umfassendsten und überzeugendsten die Gesetze von Elitenherrschaft dokumentiert, die sich unabhängig von den Eigentumsverhältnissen auf zentralistischen Wirtschaftsstrukturen aufbauen, vom archaischen Ägypten bis zu den östlichen Industriestaaten, und von denen kapitalistische Herrschaft nur ein geschichtlicher Sonderfall ist.

In der heutigen westlichen Industriegesellschaft herrscht das Kapital größtenteils anonym; in den sie prägenden Großunternehmen übt eine Kaste von Kapitalverwaltern die eigentliche Verfügungsgewalt aus; und selbst dort, wo Aufsichtsräte diese Verfügungsgewalt beschränken, gehören sie der gleichen Kaste an, sind nur mehr selten Eigentümer. Mitbestimmung erweist sich für Arbeiter und Konsumenten als wenig wirkungsvoll: Einmal üben Aufsichtsräte kaum Einfluß auf Produkte und Produktionsbedingungen aus, zum anderen

werden sie notwendig ebenfalls zu Eliten, die Herrschaft ausüben. Staatliche wie private Elektrizitätsunternehmen erscheinen den Atomgegnern gleichermaßen als Ausdruck kapitalistischer Macht. Für die Kapitalverwalter ist es ziemlich belanglos, ob sie öffentliches oder privates Kapital verwalten – für Arbeiter und Konsumenten auch. Große vernetzte Organisationen entziehen sich partizipatorischer, demokratischer Kontrolle, Wechsel der Herrschaft über sie hat kaum einen emanzipatorischen Effekt. Die antagonistische Klassenstruktur ist in ihre Hierarchie eingebaut.

Die vorherrschende utilitaristisch-scientistische Ideologie der Industriegesellschaft läßt aber die allumfassende, zentralistisch vernetzte Organisation als die Existenzbedingung, das Schicksal einer Gesellschaft erscheinen, die sich vom mühevollen täglichen Kampf mit den Naturgewalten befreit hat und nicht wieder zurück zur Natur will und kann. Diese Ideologie sichert so die Herrschaft der Eliten, schützt das schicksalhafte Bild durch gestaffelte Verteidigungslinien: durch Mythen, die einerseits menschliche Bedürfnisse und andererseits die Technik betreffen und schließlich durch die ständige Beschwörung der Apokalypse organisatorischer Vernetzung der weltumspannenden Zusammenhänge.

Mythen der Industriegesellschaft

Die teils unbezweifelbaren Segnungen der Industriegesellschaft werden mittels einfacher Verdrängungen glorifiziert. Während der Utilitarismus, die Erhebung der Nützlichkeit zum Prinzip des Lebens, Arbeits-Leistung zum Wert an sich erhoben hat, sorgt der Scientismus, die positivistische Botschaft von der objektiven Lösbarkeit aller Probleme durch Wissenschaft, für eine Verherrlichung der Humanität der Reproduktionsbedingungen in der Industriegesellschaft. Wer weiß schon, daß während des Mittelalters die Anzahl offizieller Feiertage die Arbeit auf etwa die Hälfte der Tage im Jahr beschränkte – daß wir uns erst „wieder einem halbwegs normalen und erträglichen Maß (der Arbeitszeit) nähern“ (Hannah Arendt, *Vita activa*).

Der Trick ist, den Fortschritt der Industriegesellschaft an den wahrhaft menschenunwürdigen Zuständen zu messen, den gerade diese

Industriegesellschaft in ihren Anfangsstadien hervorbrachte. Ähnlich scharfsichtig nehmen wir das Elend in den Entwicklungsländern wahr als Resultat ihrer industriellen Unterentwicklung, verdrängen kurzerhand, daß seine wesentlichste Ursache die kolonialistische Zerstörung traditioneller Ökonomien war und daß die neokolonialistische Form der Industrialisierung dieses Elend weiter verstärkt und mit Wachstumsraten verkleistert, die nur einheimischen Eliten und den mit ihnen kooperierenden Unternehmen der Industriestaaten nützen.

Zudem: so offenkundig die meisten Produkte der heutigen Industriegesellschaft symbolische, kompensatorische Bedürfnisse befriedigen — man studiere nur die Werte, an die die Werbung appelliert —, die utilitaristische Brille läßt selbst ein sozial so zerstörerisches Produkt wie das individuelle Auto als wenigstens für den Benutzer nützlich erscheinen. Angesichts der Macht dieser Ideologie bedurfte es eines Ivan Illich, um die simple, von jedermann aufgrund eigener Erfahrungen nachvollziehbare Überschlagsrechnung auf- und publik zu machen, nach der die durchschnittlich mit dem Auto erreichte Stunden-geschwindigkeit — errechnet als gefahrene Wegstrecke dividiert durch die im Auto und für Erwerb, Betrieb und Erhaltung aufgebraachte Zeit — kaum höher als die Geschwindigkeit des Fußgängers ist, jedenfalls geringer als die des Radfahrers, wie verfeinerte Rechnungen ergaben. Natürlich fährt der Arbeiter, der mehr Arbeitszeit auf Erwerb und Unterhalt seines Autos (oder Geschirrspülers etc., die Reihe läßt sich fortsetzen) zubringt, noch langsamer als der Privilegierte.

Abgesehen davon, daß die bestehenden Bedürfnisse utilitaristisch verklärt sind, gaukelt der Szientismus vor, daß sie nur durch immer abstraktere, aufwendigere Technik befriedigt werden, eben durch jenen bekannten, autonomen, unaufhaltsamen Fortschritt der Technik, den nur das Heer von Wissenschaftlern und Ingenieuren, über das Mammutunternehmen verfügen, betreiben, nur deren Finanzkraft kommerzialisieren kann. Der „Effizienz“ dieser multinationalen Geschäftsführer des Fortschritts gilt die unheimliche Bewunderung sozialdemokratischer Strukturpolitiker. Großunternehmen fließt — als Fördermittel oder

indirekt durch unterstützende staatliche Forschung — fast der gesamte Etat des Forschungsministeriums zu, gebiert und erhält dabei großenteils Projekte und Branchen, die selbst den kurzatmigen Anforderungen des Marktes nicht genügen.

Großunternehmen schaffen die heilige „Basisinnovation“, die zum operativen Synonym für Fortschritt geworden ist, worin sich die Zielrichtung des Fortschritts ausdrückt: Die Innovation, die neue Bedürfnisse weckt, ist der Antriebsmotor der Wachstumswirtschaft. Verdrängt wird, daß verbrauchen, wegwerfen die Kehrseite der Innovation ist, daß sie daher die den Menschen überdauernde Welt von Gegenständen vernichtet, mit der er sich eine abgegrenzte Heimat innerhalb der Natur einrichtet.

Der Szientismus läßt keine grundlegenden Zweifel am wissenschaftlich-technischen-wirtschaftlichen Fortschritt zu. Wo der Fortschritt allzu greifbare soziale Schäden hinterläßt, kann das nicht als Fehlschlag des historischen Versuchs, alle sozialen Probleme mittels Wissenschaft und Technik zu lösen, gewertet werden; es ist lediglich die objektiv „richtige“ Lösung für die jeweilige Situation noch nicht gefunden worden. Krankmachende Krankenhäuser erfordern die Entwicklung besserer Methoden und Ausrüstungen, eine steckende Autolawne verweist auf die Notwendigkeit von mehr, breiteren, geraderen Straßen, die Öde der „Freizeit“ wird durch ein verbessertes Freizeitangebot behoben, technologische Arbeitslosigkeit durch noch mehr technische Innovation, umweltzerstörende Industrie ruft nach industriellem Wachstum, um durch technischen Umweltschutz die Dinge ins Lot zu bringen. Die endgültige Lösung der Umweltprobleme ist die Dienstleistungsgesellschaft, in der nur noch Blaupausen für die Dritte Welt produziert werden.

Die Technik-Kritik, zentraler Bestandteil der Kritik der Industriegesellschaft, hat bloßgelegt, daß die Umwelterstörung bereits in der Descartischen Trennung von Subjekt und Objekt angelegt ist: die Natur wird durch Objektivierung zur Beherrschung und Vergewaltigung freigegeben. Andere Kulturen haben die Menschen als Teil der Natur begriffen und sie durch Mythen vor zerstörerischem Gebrauch

von Technik geschützt. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Umweltzerstörung hat die Protestler zwangsläufig zum Begriff von der Kooperation mit der Natur geführt, sie mußten in Gegensatz zur scientistischen Ideologie geraten. Hier liegt die Wurzel der Unüberbrückbarkeiten des Konfliktes zwischen Bürgerinitiativen und Institutionen; sie sprechen inzwischen verschiedene Sprachen. Der Konflikt ist nicht auf die Umweltproblematik zu begrenzen.

Zum Mythos der Neutralität der Technik

Dem scientistischen Denken erscheint das verrufene „zurück zur Natur“ als einzige Alternative zu seinem Fortschritts-Begriff. Zu diesem bequemen, weil undiskutablen Begriff von Alternative verhilft ihm der Mythos vom wertneutralen, autonomen Gesetzen folgenden Fortschritt der Technik, der eine *andere* Technik ausschließt. David Dickson hat jüngst in einer technik-geschichtlichen Untersuchung erdrückende Evidenz gegen dieses Dogma zusammengetragen (Alternative Technologie, Strategien der technischen Veränderung, Trikont). Er zeigt, wie technische Entwicklung keineswegs nur zur Stelgerung der Produktivität, sondern gleichermaßen zur Stützung hierarchischer Strukturen betrieben wurde, daß Technik stets materiell wie ideologisch eine politische Funktion hatte, die eng mit der Verteilung der Macht und der Ausübung sozialer Kontrolle verbunden ist, daß die im Kapitalismus entstandene Technik dessen Wertesystem reflektiert, in ihre Produkte die Erzeugung bestimmter sozialer Erwartungen eingebaut ist.

Die Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbegriff erweist ihre Aktualität am Vordringen des Konzeptes alternativer Technologie, die den scientistischen Mythos von der Neutralität und Autonomie technischer Entwicklung augenfällig ad absurdum führt. Alternative Technik ist in das Zentrum der Gegenentwürfe zur heutigen Industriegesellschaft gerückt. Sie erwächst nicht aus einer Konstruktionsanleitung, sondern aus einem Satz emanzipatorischer Kriterien, in deren Mittelpunkt die Selbstverwirklichung der Menschen in überschaubaren Gemeinschaften steht, ihre möglichste Autonomie gegenüber den Zwän-

gen der Produktion und ihrer Produkte. Umweltschutz ist weniger ein übergeordnetes Kriterium, sondern ergibt sich zwangsläufig aus der — zumindest sozialistischen — Setzung von Kooperation anstelle von Herrschaft und Konkurrenz, angewendet auf die Beziehungen der Menschen nicht nur untereinander, sondern auch zur Natur.

Das angesichts der scientistischen Widerstände überraschende Vordringen alternativer Technik innerhalb weniger Jahre in Medizin, Landwirtschaft, als „mittlere Technologie“ in Entwicklungsländern, selbst im kompromißbeladenen Begriff „Humanisierung der Arbeitswelt“, zeigt ihre soziale und auch ökonomische Bedeutung an, die am Beispiel der Energiefrage exemplifiziert werden mag.

Ein in Kürze in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Sanfte Energie“ (Rowohlt) erscheinendes Buch von A. B. Lovins hat seit seinem Erscheinen im letzten Jahr zunächst in den USA, dann weltweit Furore gemacht. Der Autor, ein der ökologischen Bewegung verpflichteter Naturwissenschaftler, stellt am Beispiel der USA detailliert eine alternative, langfristige Energiepolitik dar, die auf den Ersatz des versiegenden Erdöls durch die großtechnischen Zukunftsenergien, Alaska- und Meeresöl, Kernenergiestrom, Triebstoffsynthese mittels Kernenergie oder zentrale Sonnenenergieanlagen verzichtet — bei gleichem Niveau energetischer Funktionen wie heute, also ohne „Einbuße an Lebensstandard“. Dabei werden langfristig nur regenerierbare Energiequellen eingesetzt, die zudem bis auf einen Teil der auf ihre notwendigen Funktionen (z. B. Antrieb von Motoren, Beleuchtung, Elektronik) beschränkten Elektrizitätserzeugung durchwegs dezentral sind, hauptsächlich Sonnenkollektoren auf Hausdächern zur Heizung, Biogas weitgehend aus Abfällen der Land- und Forstwirtschaft als Treibstoff. Energiesparende Maßnahmen wie Hausisolierung und Wärmepumpen flankieren das Programm. Lovins unternimmt es zu zeigen, daß der Plan nicht nur technisch durchführbar ist, sondern im klassischen ökonomischen Sinn billiger als ein äquivalenter großtechnischer Plan, ohne den Bonus für verringerte ökologische und soziale Folgekosten in Anspruch zu nehmen. Die sozialen Folgen können gratis eingeholmt werden:

Die Technologien sind einfach, durchschaubar, jeder kann sie verstehen. Sie sind auf vielfache Weise dezentral: Die Energie entsteht am Ort des Verbrauches, es bedarf keines umfangreichen Verteilungsnetzes, keiner Sicherung durch Diplomatie und Streitkräfte, keiner Sicherung gegen Sabotage durch Polizei und Verfassungsschutz. Zur Entwicklung und Lieferung der Technik bedarf es keiner zentralen Großindustrie, zur Planung und Installation keiner Entscheidungen zentraler Behörden. Militärisch ist die Technik bodenlos unnütz, sie eignet sich — oh Graus — nicht einmal für den Export; Entwicklungsländer könnten sehr bald ihre eigene Kapazität aufbauen. Kurz, sie verschafft dem Benutzer ein Stück Autonomie, und sie ist überdies ökologisch harmlos.

Lovins' sorgfältige Studie ist die Synthese der Arbeit einiger Handvoll der ökologischen Bewegung nahestehender alternativer Wissenschaftler, die, über informelle Kanäle außerhalb der Institutionen, zumeist im angelsächsischen Raum, kommunizierend, Grundlagen erarbeiteten — vorwiegend mit privaten Mitteln oder den Mitgliedsbeiträgen ökologischer Bewegungen. Seit der Verstärkung des Druckes der Bürgerinitiativen durch die sogenannte Ölkrise wurde zwar immerhin die auch von diesen alternativen Wissenschaftlern entwickelte Sonnenheizung hoffähig und erfuhr bescheidene staatliche Unterstützung, aber unter der Prämisse, daß sie nur einen geringeren Beitrag zur Energieversorgung erbringen könne.

Es ist schwer, keine Satire auf den szientistischen Fortschrittsbegriff zu schreiben. Er sorgte dafür, daß ein Heer von Wissenschaftlern und Ingenieuren in öffentlich finanzierter Forschung und in der effizienten, zukunfts-trächtigen Großindustrie ein Vierteljahrhundert lang Summen in die Entwicklung der Kernenergie stecken konnte, die ein Vielfaches der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt ausmachen; während dessen wurde die so nahe-liegende, wenig aufwendige kleintechnische Energie-Entwicklung schlicht ignoriert. Mit dem Resultat, daß ein kerntechnisches Spitzenland wie die Bundesrepublik heute ganze 1,2 Prozent seines Energieverbrauches mit Kernenergie deckt und sich dabei erstrangige

innen- und außenpolitische Konflikte eingehandelt hat. Die gleichen Summen, während dieses Vierteljahrhunderts als Subvention in simple Sonnenheizung und begleitende Maßnahmen wie Hausisolierung und Wärmepumpen gesteckt, hätten ein Vielfaches dieser 1,2 Prozent an Energieeinsparung gebracht. Sie hätten die Kernenergie wahrlich überflüssig gemacht; allerdings auch das Heer von Experten, Garanten unserer Blaupausen-Zukunft.

Diese Experten wie auch die wissenschafts-intensive Großindustrie haben ein feines Gespür dafür, wann Technik aufhört, „neutral“ zu sein, subversiv wird, Privilegien bedroht. Lovins' Darstellung hat eine Flut von Gegen-darstellungen der Fachwelt hervorgerufen, in deren „seriösen“, von den krausesten Beiträgen vollgestopften Publikationen alternative Technik sonst nicht existiert. Siemens hat gar ein Anti-Lovins-Buch herausgebracht, ehe Lovins noch ins Deutsche übersetzt war; es ist verzweifelt dilettantisch. Aber man suche nach einem Lehrstuhl oder Institut für alternative Technik in den Universitäten — nicht einmal die Homöopathie ist dort als Fach anerkannt.

Der szientistische Glaube an die Lösung aller sozialen Probleme durch eine zu immer abstrakteren Ufern vordringende, unvermittelbare, nur hochspezialisierten und daher borierten Experten zugängliche instrumentale Wissenschaft und Technik, gestützt vom Mythos der neutralen, nach autonomen Gesetzen fortschreitenden Technik, ist das Rückgrat der Legitimation der Wachstums-Industriegesellschaft. In ihr hat jeder Produzent von Gütern und Dienstleistungen mehr als einen — höherbezahlten — Experten, Bürokraten oder Wissenschaftler zu reproduzieren; dorthin, in den „overhead“, wie ihn englische Buchhalter so treffend nennen, weit mehr als in die Kapitalrendite, fließt sein Mehrprodukt. Deshalb versagt der Begriff vom gesellschaftlichen Antagonismus als nur dem von Kapital und Arbeit den emanzipatorischen Dienst.

(Folgt Teil III)

Gerhard Mensch: Die Rolle der Rationalisierung im Wandel des Wandels

Wer es sich zur Aufgabe macht, die Wechselwirkungen zwischen dem Technikwandel, dem Bedarfswandel und dem Marktstrukturwandel zu untersuchen und dabei auch die mutmaßlichen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Verhalten der Tarifparteien sowie die Rückwirkungen auf Art und Tempo des Strukturwandels eruiert, stellt fest, daß diese Wechselwirkungen bislang meist sehr verkürzt erforscht wurden:

- teils wegen methodischer Hilflosigkeit (mit Fragebogenaktionen kann man keine mikro-ökonomischen Informationen über Innovationspläne bekommen, weil die Unternehmen verständliche einzel- und konkurrenzwirtschaftliche Gründe haben, die interessierenden Aspekte dieser Pläne nicht zu offenbaren; und mit der Input-Output-Rechnung kann man die makro-ökonomische Gesamtwirkung des technischen Wandels nicht schon im Frühstadium neuer Entwicklungen ausrechnen, weil die quantitativen Effekte des qualitativen Wandels erst in einem fortgerückten Stadium rechnerisch fühlbar werden);
- teils wegen methodischer Mängel (Branchenanalysen blenden meistens die „mesoökonomischen“ Verbundeffekte aus, durch die die technologische Substitution branchenübergreifende „Marktverbünde“ verändern).

Deshalb liegen praktisch erst auf Teilfragen zum Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang durchforschte Teilantworten vor. Generell wird die Frage nach Fernwirkungen von unterschiedlichen Arten des Wandels kaum professionell gestellt, so daß Kausalketten außer acht bleiben, die auf absehbare Zeit zu Trendumbrüchen führen müssen.

Es ist erstaunlich, wie stark der Faktor Technik teils unter-, teils überschätzt wird. Nach unseren Erkenntnissen ist der Faktor Technik nur selten der bedeutendste Faktor in der konkurrenzwirtschaftlichen Innovationspraxis, denn über seinen Einsatz (die Technik ist meistens viel früher bekannt) und seine sozio-ökonomische Reichweite entscheiden andere Markt- und Machtfaktoren. Die Prüfung des Gültigkeitsbereichs der nachstehenden Hypothesen, die Abschätzung der sich daraus ergebenden Möglichkeiten und die Evaluation

von einzelwirtschaftlichen bzw. Industrie- oder regionalpolitischen Strategien setzt die Entwicklung von Technik- und Marktindikatoren voraus, die Informationen verwenden, die weder das unternehmerische Rechnungswesen noch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert.

Für den nunmehr angezeigten Übergang vom Krisenmanagement zum Chancenmanagement, welches nötig ist, um die Kluft zwischen der Produktionsstruktur und der gewandelten Bedarfsstruktur zu überbrücken, fehlt es an Informationsverarbeitungskapazität. Informationen darüber, „wo es lang geht“, sind vorhanden; es fehlt an geeigneter Aufbereitung und Übersetzung in das Entscheidungsmilieu der privatwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe und der Eigenbetriebe der Gebietskörperschaften. Gerade der kommunale Bedarf wird wenig zum Zwecke der Entwicklung von prototypischen Einrichtungen und technisch-organisatorischen Musterlösungen genutzt, die wegen der Fernabsatzchancen einen Investitions- und Einkommensmultiplikator bewirken können.

Kernthesen

1. Die Hauptstoßrichtung der technologischen Substitutionen der letzten zehn Jahre war die Personalkostensenkung. Als Nebenwirkung war dieses Motiv auch meistens bei den neuen Techniken zugegen, wo der Produkt- oder Produktionswandel primär bedarfsinduziert, material- und energiesparend oder export/importorientiert war oder wo es auf andere Hauptzwecke zielte. Das nenne ich den **Rationalisierungs-Bias**.

In vielen Produktbereichen wechselt aber die Richtung der Rationalisierung: Bei vielen traditionellen Produkten (Farben, Fasern, Nahrungsmitteln u. a.) ist der Materialkostenblock als Ergebnis der stattgefundenen Rationalisierung zum Hauptkostenfaktor geworden, so daß die Rationalisierung in Zukunft stärker darauf abzielen wird. Das führt zu einer stärkeren Durchrationalisierung des Zuliefersystems und damit zu erheblichen Abkoppelungen von lange eingefahrenen Lieferbeziehungen vieler Zulieferer.

2. Die globalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind hinlänglich bekannt. Wenig



durchforscht sind die Schneeball-Effekte in den sektoralen Arbeitsmärkten (Überwälzung des Freisetzungseffektes von den Vorreitern im technischen Wandel auf die nachhinkenden Konkurrenzunternehmen) und die Ziehharmonika-Effekte in den regionalen Arbeitsmärkten (Überwälzung des konjunkturbedingten Zwangs zum Personalab- und -aufbau auf die Zulieferfirmen in selektiver Weise: Interregional und intersektoral gezielt).

3. Obwohl nun – trotz spektakulärer Gegenbeispiele (Stichwort: Mikroprozessor) – einige Anzeichen dafür sprechen, daß die Rationalisierungsspielräume in der Mehrheit der Betriebe weitgehend ausgeschöpft sind, muß damit gerechnet werden, daß die Rationalisierung in einer Reihe von Teilbranchen ganz neue (überbetriebliche) Wege findet, die mit einer überraschenden Umstrukturierung der Produktions- und Absatzverhältnisse in intersektoralen Marktverbünden einhergehen und Sonderkonjunkturen auslösen. Diese gehen zum guten Teil vom Weltmarkt aus. Wir brauchen Forschungskapazitäten, um diese Gefahren und Chancen besser und früher erkunden zu können.

4. Die Änderung der Industriellen Organisation in Marktverbünden durch die überbetriebliche Rationalisierung könnte im Verein mit weiteren technischen Änderungen bewirken, daß der im vergangenen Jahrzehnt verlangsamte Strukturwandel wieder stärker in Bewegung kommt. Die damit verbundenen Umbrüche im mikro-, makro- und mesoökonomischen (sektoralen, regionalen) Bereich würden den Forderungen nach sozialinnovatorischen Kompensationsmaßnahmen (Arbeitszeitverkürzung, Besitzstandsklauseln), aber auch dem Ruf nach Protektionismus weitere Nahrung geben.

5. Die Wirtschaft wird instabiler durch „strukturelle Bereitschaft zu Sprunginvestitionen“. Während der Kapitalmarkt tendenziell auf Sprunginvestitionen drängt (Auswechseln ganzer Betriebsstätten und Betriebsgrößenvariationen, um die Konkurrenz durch Quantitätssprünge abzuschütteln, und Basisinnovationen, um durch Qualitätssprünge in konkurrenzfreie Bereiche vorzudringen), drängt der Arbeitsmarkt auf kompensatorische Sozialinnovationen defensiver (Besitzstandsklauseln)

und offensiver (Arbeitszeitverkürzung) Natur. Diese Tendenzen kommen einander im „Schumpeterschen Wettbewerb“ teilweise förderlich entgegen:

6. Mehrere Beispiele und marktstrukturelle Gründe sprechen für die These der gespaltenen Märkte, nämlich dafür, daß partikuläre Interessen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in den sich wandelnden Märkten sowohl diesem Hang zu organisatorisch-technischen als auch dem Hang zu sozialinnovatorischen Veränderungen entgegenkommen. Beispiele für das Entgegenkommen der Arbeitgeber in Teilbereichen von Branchen sind bereits vorhanden: Bei Teilfunktionen in Branchen (Zeitungsdruck/Druckindustrie; Zigarettenindustrie/Nahrung und Genuß) wurden Besitzstandsklauseln und Kürzungsmöglichkeiten der Arbeitszeit älterer Arbeitnehmer vereinbart, und in regional besonders gelagerten Umständen (Stuttgarter Raum) Besitzstandsklauseln in der Metall-Industrie. Voraussetzung für solche Sonderabschlüsse sind Interessengegensätze auf Arbeitgeberseite und Tarifvielfalt: Für die 250 000 Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten gelten rund 600 Lohn- und Gehaltstarife; aber nur 35 davon bundesweit. Regionale Besonderheiten sind bedeutungsvoll, in Sonderheit, wenn gewisse Teilfunktionen eines Wirtschaftszweiges in der Region besonders verdichtet sind bzw. ausgedünnt sind. Und der Stand der Technik (Automatisierungsgrad, Durchrationalisierungsgrad) bei den Teilfunktionen spielt eine Rolle.

7. In Teilbereichen von Branchen, wo die technologischen Voraussetzungen (Stand der Durchrationalisierung bei den Vorreitern) und die marktorganisatorischen Verhältnisse (Anpassungszwang bei den Nachzüglern) gegeben sind, können die Vorreiter ihre Wettbewerbsvorsprünge vor den Nachzüglern durch Eingehen auf die gewerkschaftlichen Forderungen ausbauen (Dualität der Interessen), weil die Nachteile dieser Vereinbarungen hauptsächlich nur die Nachzügler im Wandel tragen müssen. Dieser wettbewerbswirtschaftliche Handlungsspielraum könnte in Zukunft stärker von Marktführern genutzt werden.

8. Diese „Dualitätsthese“ läßt eine Be-

schleunigung der Innovationsgeschwindigkeit und des Strukturwandels und eine Intensivierung des Nicht-Preis-Wettbewerbs erwarten – Im Gegensatz zu der für andere Produktionszweige sicherlich auch zutreffenden „Distributionstheorie“, die besagt, daß die Besitzstandsklauseln den Einkommensverlust nur im Arbeitsmarkt umverteilen würden (Lastenüberwälzung), während sich die Arbeitszeit nicht umverteilen ließe (keine Breitenwirkung der Vorteile).

9. Der Netto-Effekt der simultanen Kostensenkungen und Kostensteigerungen in den gespaltenen Märkten hängt von mehreren Faktoren ab. Jedenfalls besteht keine eindeutige, dauerhafte Tendenz zur gesamtwirtschaftlichen Kostensteigerung bzw. Beschneidung der Kostensenkungspotentiale in der Gesamtwirtschaft durch die genannten sozialinnovatorischen Kompensationsstrategien der Tarifpartner.

10. Die Tendenz des Übergangs von Formen der betrieblichen Rationalisierung auf Formen der überbetrieblichen Rationalisierung („strukturelle Berechtigung für Sprunginvestitionen“) wird von den Kompensationsstrategien der Arbeitnehmervertreter eher gefördert als gebremst. Diese beschleunigende Wechselwirkung zwischen technischen und sozialen Innovationen kann ich mir nicht ohne weitere Auswirkungen auf das institutionelle Gefüge der Tarifparteien vorstellen.

Ausblick

Wenn wir nun schon mit der Eventualität rechnen müssen, daß eine Reihe von Marktverbundsystemen in den kommenden Jahren Turbulenz erleben wird, die durch den Versuch der Abblockung noch vergrößert wird, dann kommt es ganz wesentlich darauf an, die im Strukturwandel angelegten Chancen zu erkennen und zu ergreifen.

Am Beispiel der USA kann man verfolgen, daß diese industrielle Turbulenz der vergangenen zehn Jahre eine deutliche Parallele in der Wirtschaftsgeschichte hat: Der Strukturwandel hat sich in der Zeit von 1900 bis 1932 in ähnlicher Weise gewandelt wie in der Zeit von 1950 bis heute; die spiralförmigen Verschiebungen im langfristigen Trend des Ar-

beitsstunden- und Kapitaleinsatzes haben ein Grundmuster. Dieses haben wir auch in anderen Industrieländern wiedergefunden, etwa in der britischen, japanischen, niederländischen Industrie; und natürlich auch in der deutschen.

Der Wandel in der Richtung des Strukturwandels hat folgende drei markante Wendemarken: 1. Nach 1950 hat in den Industrieländern ein expansiver, arbeitsplatzschaffender, markterschließender Strukturwandel vorgeherrschet. 2. Ab Anfang der sechziger Jahre hat der Rationalisierungs-Blas mit seiner per Saldo rezessiven Tendenz den organisatorisch-technischen Wandel in der Industrie gelenkt; mit hohem Kapitalaufwand ist damit der Arbeitsstundeneinsatz 1978 wieder auf das Einsatzniveau von 1950 gesunken – mit den allgemein bekannten Sonnen- und Schattenseiten für Freizeit und Freisetzung.

3. Die Industrieländer stehen nun, nachdem die etablierten Betriebe weitgehend durch-rationalisiert sind, an einer neuerlichen Wendemarke. Es gilt nun, die latente Nachfrage durch bessere Verfahren und geeignete Angebote preiswerter und bedarfsgerechter zu bedienen. Das erfordert eine hohe Innovationsrate im bedarfsorientierten Sinne; auch oder gerade bei den öffentlichen Betrieben und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen.

Weil die Wirtschaft strukturell bereit ist für Sprunginvestitionen, die entweder unter dem anhaltenden Rationalisierungsdruck als Quantensprünge (mit erheblichen Freisetzungseffekten im Konkurrenzgefüge) oder unter dem Aspekt der gewandelten Bedürfnisse und Problemlagen als Qualitätssprünge (Basisinnovationen) erfolgen können, gilt es, letztere zu ermutigen.

Der Gastarbeiter als Konsument

Segmentspezifische Analyse des Konsumentenverhaltens ausländischer Arbeitnehmer in einer westdeutschen Großstadt

Von Dipl.-Kfm. Margarete Hefner, unter Mitarbeit von Dipl.-Kfm. Manfred Schöler und Dipl.-Psych. Klaus Grabicke.

1978. VIII/126 Seiten. Kartoniert. 24,— DM. ISBN 3-509-01070-1

Die Probleme ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland sind auch in der jetzigen gesamtwirtschaftlichen Situation nach wie vor brennend; denn auch in Zukunft ist mit einer beträchtlichen Zahl von „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen.

Die Arbeit setzt sich mit der Konsum-Situation der ausländischen Arbeitnehmer auseinander. Ziel dieser Untersuchung ist es, über eine reine Situationsanalyse ausländischer Arbeitnehmer hinauszugehen. Zum einen werden ausländische Arbeitnehmer nicht global als Gesamtheit betrachtet, zum anderen versuchen die Autoren, auf der Grundlage sozialpsychologischer und kommunikationstheoretischer Konzepte, Erklärungen für die Besonderheiten der Konsum-Situation von Gastarbeitern zu geben.



Verlag Otto Schwartz & Co., 3400 Göttingen

Heinz Hawrelluk: Die Aufgaben der Gewerkschafts- Jugend heute und in Zukunft

Vorab ein paar „technische Daten“ zur DGB-Gewerkschaftsjugend: Jedes Gewerkschaftsmitglied bis zu 25 Jahren ist Teil der Gewerkschaftsjugend, das sind derzeit 1,2 Millionen Jugendliche, und es werden jährlich mehr. Besonders positiv ist dabei die ständig steigende Bereitschaft junger Frauen und Mädchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Grundsätze und Aufgaben

der DGB-Gewerkschaftsjugend wurden in den „Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend“ 1970 wie folgt beschrieben:

- Die Gewerkschaftsjugend versteht sich als demokratische und politische Jugend in der Gesamtorganisation. Sie vertritt auf der Grundlage der Satzung, des DGB-Grundsatzprogramms und -Aktionsprogramms sowie der Beschlüsse der DGB-Örgane gewerkschaftliche und politische Forderungen.
- Gewerkschaftliche Jugendarbeit soll die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Standort zu erkennen, und sie zum selbständigen politischen Denken und Handeln befähigen.
- In diesem Sinne wird die Jugend zum gewerkschaftlichen und politischen Engagement aufgefordert.
- Aus diesem Selbstverständnis ergeben sich vordringlich folgende Aufgaben:
 - Junge Arbeitnehmer für die gewerkschaftlichen Aufgaben zu interessieren, sie als Mitglieder und Mitarbeiter zu gewinnen.
 - Durchführung politischer und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit nach fortschrittlichen Erkenntnissen, die junge Arbeitnehmer in die Lage versetzt, für ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen zu kämpfen.
 - Vertretung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der arbeitenden Jugend durch Stellungnahmen und Aktivitäten im gesamten gesellschaftlichen Bereich, vor allem in Betrieb, Verwaltung und Bildungseinrichtung.
 - Pflege weltweiter Solidarität und Förderung internationaler Jugendbegegnungen, die der Völkerverständigung dienen.
 - Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften, insbesondere mit

- Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden.
- Kampf für die Verwirklichung und gegen die Aushöhlung von Grundrechten; gegen antidemokratische Kräfte.
- Kampf für eine demokratische Gesellschaft.
- Aus diesen Zielen, die auf den ersten Blick hoch und hehr erscheinen mögen, entwickelt sich die tägliche Arbeit der Gewerkschaftsjugend auf allen Ebenen.

Prioritäten

Dabei werden natürlich Prioritäten gesetzt, die sich aus den Problemen der arbeitenden Jugend ergeben; und davon gibt es wahrlich genug. Bereits seit Jahren führt die Gewerkschaftsjugend den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit mit ständig steigender Intensität.

Die vom DGB-Bundesjugendausschuss initiierte Aktion „STOP Jugendarbeitslosigkeit“ ist Nr. 1 auf der Prioritätenliste gewerkschaftlicher Jugendarbeit und wird es auch bleiben, denn der entschlossene Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist notwendiger denn je. Dabei ist klar, daß es sich nicht etwa um ein Generationenproblem handelt. Kapitalistische Profitinteressen treffen jung und alt gleichermaßen. Deshalb ist es Aufgabe auch und gerade der Gewerkschaftsjugend, eine wirtschaftliche Ordnung zu erkämpfen, in der jeder seinen Arbeitsplatz und seinen Ausbildungsplatz gesichert bekommt. Alle praktischen Maßnahmen der Gewerkschaftsjugend heute sind Schritte auf dem Weg der Realisierung des DGB-Grundsatzprogramms.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bleibt der Kampf um die Reform der beruflichen Bildung, den die Gewerkschaftsjugend gemeinsam mit der Gesamtorganisation zu führen hat. Es ist ein Kampf ohne Illusionen, denn hier wird es keine schnellen Lösungen geben. Eine Reform der Berufsbildung, wie sie der DGB als zwingend notwendig erachtet, bedeutet harte Auseinandersetzung mit unternehmerischer Macht. Betriebliche, tarifpolitische Aktivitäten und Forderungen an den Gesetzgeber sind hier gleichermaßen notwendig. Denn die Stärkung gewerkschaftlichen Kampfpotentials schafft eine wesentliche Voraussetzung, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis auch für eine gesetzliche Reform zu verbessern. Dabei

können und wollen wir die politisch Verantwortlichen aus dieser Verantwortung nicht entlassen.

Ein drittes Arbeitsfeld der Gewerkschaftsjugend ist der Kampf gegen den Abbau bereits errungener Rechte am Arbeitsplatz in der Ausbildung. Unter dem Stichwort sogenannter „ausbildungshemmender Vorschriften“ führen die Arbeitgeber und ihre politischen Helfer Angriffe auf den erkämpften Besitzstand der Arbeiterbewegung und ihrer Jugend. Das bedeutet für uns eine massive Herausforderung, denn Rechte und ihre Verwirklichung können und dürfen nicht von Konjunkturzyklen abhängig sein.

Demontage

Versuche, am Arbeitsplatz von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Erkanntes „zurückzudrehen“, gehen Hand in Hand mit der derzeitigen versuchten Demontage von Grundrechten in unserer Gesellschaft. Da gibt es die üble Praxis des Radikalerlasses, die mancherorts der politischen Bespitzelung sozusagen von der Wiege bis zur Bahre Tür und Tor geöffnet hat. Die tägliche betriebliche Praxis zeigt, daß dies nicht allein das Problem der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist. Es sind die aktiven Gewerkschafter in den Betrieben, die „aus betrieblichen Gründen“ an schlechtere Arbeitsplätze versetzt oder „wegrationalisiert“ werden, die mit dem Hinweis auf lange Wartelisten für Ausbildungsplätze von einer Kandidatur zur Jugendvertretung abgebracht werden sollen. Die Beispiele sind so vielfältig wie die Kontakte zwischen dem Verfassungsschutz und einigen Firmenleitungen. Alles nach dem Motto: „Wer mehr Demokratie wagt, der hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben.“

Ein solches Klima ist dazu angetan, Angst, Unsicherheit und Vereinzelung zu schaffen. So ist es denn auch nur folgerichtig, wenn in diesem Klima rechtsradikale, neofaschistische Gruppen Zulauf erhalten und sich immer dreister an das Licht der Öffentlichkeit wagen.

Auch hier ist die Gewerkschaftsjugend hellwach. Gewerkschaftliches Handeln beschränkt sich nicht auf Gegendemonstrationen. Wir wissen: Es ist wichtig, rechtsradikaler Argumentation den Nährboden zu entziehen, indem

man sich am Arbeits- und Ausbildungsplatz nicht gegeneinander ausspielen läßt, indem man erkämpfte Rechte verteidigt, indem man Solidarität übt. Das ist nicht immer leicht, denn die täglichen Probleme türmen sich haushoch.

Rückbesinnung

Hier hilft oft eine Rückbesinnung auf Traditionen und Kämpfe in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Unsere Väter und Großväter haben noch unter ganz anderen Bedingungen Kämpfe geführt und Forderungen durchgesetzt. Das ist Ansporn, gerade für junge Gewerkschafter, die wirtschaftliche Krise mit allen ihren gesellschaftspolitischen Folgen nicht als unabwendbares Schicksal hinzunehmen und auf den nächsten warmen Konjunkturregen zu warten. Der Schritt zu dieser Erkenntnis ist nicht leicht gewesen für eine Generation, die im relativen Wohlstand und in erschreckender Geschichtslosigkeit aufgewachsen ist. Doch der aktive Teil der Gewerkschaftsjugend hat diesen Schritt getan. Nie zuvor war das Interesse an geschichtlichen Zusammenhängen so groß wie heute, ebenso die Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen und Angriffe abzuwehren, die geeignet sind, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen.

Mit solchen Aktivitäten bietet die Gewerkschaftsjugend eine Alternative für alle jene Jugendlichen, die mutlos geworden sind im Kampf um gute Schulnoten, um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, die diesen Staat nur noch zum Kotzen finden und nicht einmal mehr die Kraft aufbringen, für ihre Rechte, geschweige denn für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Hier hat sich die Gewerkschaftsjugend eine große gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe gestellt, die ein hohes Maß an Mut, Entschlossenheit, Solidarität und Ausdauer erfordert.

Viele der angesprochenen Aufgaben können nur mit Hilfe der Gesamtorganisation DGB bewältigt werden. Aber: Nur allzuoft hat es die Gewerkschaftsjugend in der Vergangenheit versäumt, den älteren Kolleginnen und Kollegen die speziellen Probleme der Jugendlichen am Arbeits- und Ausbildungsplatz zu verdeutlichen und sie in betriebliche Aktionen einzubeziehen. Auf der anderen Seite werden

Initiativen der Gewerkschaftsjugend von den Älteren oft schon wegen ihres unorthodoxen Charakters abgeblockt. Hier gilt es auf beiden Seiten, viele Mißverständnisse auszuräumen, um ein besseres Zusammenwirken zu erreichen.

Unterschiedliche Gegenliebe

Ihre Rolle im Spektrum der politischen Jugendverbände nimmt die Gewerkschaftsjugend schon seit Jahren aktiv wahr. Sie tut dies, indem sie Meinungen und Positionen zur Diskussion stellt, gewerkschaftliche Antworten auf politische Fragen sucht und schließlich gemeinsame Positionen und Ausgangspunkte für gewerkschaftliches Handeln findet. Das Maß der Gegenliebe, auf das sie damit stößt, ist sehr unterschiedlich.

Lange Zeit hat es den Jungsozialisten in der SPD ausgereicht, aktive Gewerkschafter in ihre Vorstände zu wählen, ohne gleichzeitig vor Ort den Kontakt zur Gewerkschaftsjugend herzustellen. Die Bemühungen, das jetzt zu ändern, sind vielfältig und auch erfolgversprechend. Bei regelmäßig stattfindenden Gesprächen kann immer wieder Übereinstimmung in zentralen gewerkschaftspolitischen Fragen festgestellt werden. Ähnlich ist es um die Kontakte mit den Jungdemokraten bestellt, deren Schwerpunkt allerdings mehr bei der akademischen Jugend liegen dürfte. Kontakte zur Jungen Union bestehen bislang noch nicht. Meinungsäußerungen, die von der Jungen Union publiziert werden, sind leider nicht dazu angetan, ihre Attraktivität als Gesprächspartner der Gewerkschaftsjugend zu forcieren. Die Belange der arbeitenden Jugend sind wohl für die Junge Union kein zentraler Arbeitsschwerpunkt. Ganz anders sieht das bei der Jungen Arbeitnehmerschaft der CDU-Sozialausschüsse und bei der Christlichen Arbeiterjugend aus, zu denen es regelmäßige Kontakte gibt.

Selbstverständlich pflegt die Gewerkschaftsjugend eine Reihe weiterer Kontakte mit Verbänden des Deutschen Bundesjugendrings, in dem sie ja vertreten ist und in den sie ständig Lösungsvorschläge für die Probleme der arbeitenden Jugend einbringt.

Weit gespannt sind auch die internationalen Kontakte der Gewerkschaftsjugend, die sich

beileibe nicht auf den Slogan „Hoch die internationale Solidarität“ beschränken. Ständig werden bilaterale Fachseminare von hoher Qualität mit nahezu allen relevanten westeuropäischen Gewerkschaften auf der Jugendebene durchgeführt. Dazu kommt der regelmäßige Meinungsaustausch mit osteuropäischen Gewerkschaftern sowie mit der Jugendorganisation des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut. Sehr praktische Solidarität übte und übt die Gewerkschaftsjugend auch in Form von Spendenaktionen etwa für die politisch verfolgten chilenischen Gewerkschafter, für den Wiederaufbau der spanischen Brudergewerkschaft UGT nach dem Franco-Faschismus und im Rahmen einer Kampagne des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften mit einem Solidaritätskonzert zum Kampf der schwarzen Bevölkerung im südlichen Afrika. Die Gewerkschaftsjugend hat immer wieder – zuletzt als Teilnehmer der 11. Weltjugendfestspiele in Havanna – unter Beweis gestellt, daß für sie Solidarität nicht teilbar ist. Wir sind weder bereit das linke noch das rechte Auge zuzudrücken, wenn es um Einschränkung von Menschenrechten geht, die immer und überall eine Einschränkung der Rechte arbeitender Menschen ist.

In diesem Sinne ist die Gewerkschaftsjugend ebenfalls engagiert, wenn es um den Kampf für Abrüstung in der ganzen Welt geht. Seit den ersten Nachkriegsjahren begehrt sie den inzwischen schon zur Tradition gewordenen Antikriegstag jeweils am 1. September jeden Jahres, dem Tag des Überfalls durch deutsche Truppen in Polen. Die Gewerkschaftsjugend hat in der Vergangenheit ihren Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker in Ost und West geleistet. Sie wird das auch in Zukunft tun. Damit erneuert sie den Schwur, den eine zertretene, sich erst allmählich wieder formierende Arbeiterbewegung nach dem Ende der Nazi-Herrschaft tat: „Nie wieder Krieg. – Nie wieder Faschismus.“

Hochgürtel, Gerhard / Stiegler, Barbara

Die Aufgaben des DGB an der Basis

Zum Berufsbild des DGB-Sekretärs

(Reihe: Arbeit, herausgegeben von Werner Fricke) 1978. 236 S. Brosch.

42,- DM

ISBN 3-87831-279-2

Die Aufgaben des DGB haben sich seit seiner Gründung im Jahre 1949 in einigen Punkten gewandelt. Nach wie vor bleiben ihm jedoch drei wesentliche Funktionen: die Vertretung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen gegenüber der Öffentlichkeit, die Koordinierung der Arbeit der Einzelgewerkschaften sowie ihre Vertretung und Unterstützung in verschiedenen Bereichen. Diese Aufgaben erfüllen die einzelnen Organisationsebenen des DGB – Kreis, Landesbezirk und Bund – in je spezifischer Weise.

Die Basis bilden die Kreisvorstände; die in den Kreisen geplante Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit wird u. a. von den hauptamtlichen Sekretären in die Praxis umgesetzt. Arbeit, Arbeitsformen und -bedingungen dieser Sekretäre werden in der vorliegenden Studie erstmals empirisch untersucht. Es erweist sich, daß für die Arbeitssituation der Sekretäre, die prinzipiell für eigene Gestaltung sehr offen ist, vor allem die Strukturen der jeweiligen DGB-Kreise, ihre Position und ihre Befugnisse im Rahmen der Gesamtorganisation und die Erwartungen und Anforderungen der Gewerkschaftsmitglieder von Bedeutung sind. Die Autoren beschreiben auf dem Hintergrund der konkreten Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsstrukturen sowie der Handlungsmöglichkeiten das Berufsbild des DGB-Sekretärs. Darüber hinaus werden Folgerungen für die Organisation der Gewerkschaftsarbeit mit dem Ziel der Stärkung ihrer demokratischen Struktur diskutiert.

Die Ergebnisse basieren auf einer im Auftrag des DGB-Bundesvorstands durchgeführten empirischen Untersuchung, die alle DGB-Kreise in der Bundesrepublik erfaßte. Die Einzelergebnisse sind in einem umfangreichen Tabellenteil dargestellt. Das Buch wendet sich an alle, die eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort anstreben.

Verlag Neue Gesellschaft

Godesberger Allee 143

D-5300 Bonn 2



Werner Lichtwark: Schwerpunkte und Trends in der konfessionellen Jugendarbeit

Evangelische wie katholische Jugendarbeit erfreuen sich seit einiger Zeit wieder eines regen Zulaufs und steigender Mitgliederzahlen. Nachdem in den Jahren 1968–1975 das Interesse der Jugendlichen an der konfessionellen Jugendarbeit hier und da stagnierte und in großstädtischen Gebieten sogar zurückzugehen schien, steigt seit 1976 das Interesse gerade an traditionellen Formen kirchlicher Jugendarbeit beachtlich. Dies hat seine Ursachen nicht etwa in neuen Formen und Konzeptionen, in einer Erweiterung des Angebots der konfessionellen Jugendorganisationen, sondern in der sozialen und politischen Situation, in der sich Jugendliche heute befinden.

Es muß zu denken geben, daß der Zuspruch zur Jugendarbeit der Kirchen und die Erwartungen, die damit verknüpft werden, von den Kirchenleitungen allzu schnell als Ausdruck einer neuen, unkritischen Kirchlichkeit der Jugend interpretiert werden. Dies wird zumindest den Jugendgruppenleitern und Jugendarbeitern, die kirchliche Jugendarbeit in ihrer gesellschaftskritischen und emanzipatorischen Aufgabe und Funktion zu leben versucht haben, entgegengehalten.

Zu denken geben muß einem dieser Trend insbesondere deshalb, weil andere Formen der Jugendarbeit einen noch größeren Zuwachs verbuchen konnten. Hier sind nicht nur die Pfadfinder zu nennen, deren gesellschaftspolitisches Engagement bei den „Neuzugängen“ oft auf Ablehnung stößt. Hier ist vor allen Dingen auf Formen autoritären Zugriffs auf Jugendliche hinzuweisen, die sich bewußt als anti-emanzipatorisch, individualistisch und konservativ verstehen: die neuen Jugendreligionen und Sekten, bei denen oft nicht mehr zwischen „reaktionär“ und „kriminell“ unterschieden werden kann.

Faschistische Tendenzen

Wir sehen die Gefahr, einen Teil der jungen Generation an fragwürdige Subkulturen zu verlieren. Der äußere Konkurrenzdruck in Schule, Berufswahl, Ausbildung und am Arbeitsplatz sowie die Isolierung der Berufs- und Ausbildungsnot in der Öffentlichkeit als vermeintlich persönliches Versagen und eigene Schuld führen zu Formen „innerer Emigration“

und Desinteresse an Politik und Gesellschaftsveränderung ebenso wie zum Glauben an autoritäre Modelle und Personen, wie sie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno bereits vor 1933 als konstitutiv für faschistische Tendenzen beschrieben haben.

In der Arbeit mit solchermaßen benachteiligten Jugendlichen begegnet einem immer häufiger ein Klima der Wortlosigkeit und des Opportunismus. Es begegnen einem Resignation angesichts der eigenen Lebensperspektive, ambivalente Verweigerungshaltungen zwischen Anpassung und unpolitischem Widerstand. Zwanghafte „Befreiung“ aus alten in neue Autoritätsverhältnisse und Abhängigkeiten, sei es bei Sekten oder durch Alkohol- bzw. Drogenkonsum, ist als Ausbruchversuch zu verstehen, der insbesondere die Jugendlichen, die die gegenwärtige Krise besonders benachteiligt, nämlich die, die sich als nicht „konkurrenzfähig“ erweisen, in Fremd- oder auch Selbstzerstörung treibt.

Will konfessionelle Jugendarbeit ihren selbst formulierten Anspruch einlösen, nämlich durch „personale Verwirklichung“ die Nachfolge Jesu zu ermöglichen, so muß sie an den Ursachen und derzeitigen Rahmenbedingungen, durch die Jugendliche fremdbestimmt werden, ansetzen. Dabei tun sich die konfessionellen Organisationen aufgrund ihrer lange Zeit eher mittel- und Oberschichtorientierten Ausrichtung im Zugehen auf auszubildende, arbeitende und arbeitslose Jugendliche nicht leicht. Gerade einer der wichtigsten Zweige evangelischer Arbeit nach dem Kriege, die Industrie- und Sozialarbeit, hat sehr lange benötigt, um auf der einen Seite den Verantwortlichen in der Kirche die Angst zu nehmen, sie wolle einen klassenkämpferischen Spalt in die „Einheit des Christenvolkes“ treiben, und auf der anderen Seite die Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß hier weder eine Konkurrenz aufgebaut, noch gewerkschaftliche Jugendarbeit „religiös unterwandert“ wird. Das Wort eines Gewerkschaftsfunktionärs an die konfessionellen Jugendverbände: „Ihr habt im Betrieb nichts zu suchen, wir teilen ja auch keine Sakramente aus!“ ist heute immer noch nicht überall überwunden. Dies trägt nicht gerade zur Ermutigung bei.



Transformieren, überprüfen!

Hinzu kommt, daß Arbeit und Ausbildung bisher zu wenig Bestandteil kirchlicher Reflexion gewesen sind. Auch spiegelt sich in den Kirchen noch allzu oft ein Diskussionsstand wider, der individuelle Haltungen bevorzugt. Gerade die Jugendarbeit hat hier erkannt, daß arbeitsweltbezogene Erfahrungen in die Kirchenpolitik transformiert werden müssen und herkömmliche sozial-ethische Ansätze anhand der heutigen Arbeitswirklichkeit und Arbeitsethik zu überprüfen sind.

Konfessionelle Jugendarbeit leidet darunter, daß die Ausbildung von Mitarbeitern die spezifische Lebens- und Erfahrungswelt auszubildender, arbeitender und arbeitsloser Jugendlicher zu wenig berücksichtigt. Die Gewerkschaften sind noch zu wenig bereit, auch in der Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern mit konfessionellen Gruppen zusammenzuarbeiten.

Ansprech- und Versammlungsformen konfessioneller Jugendarbeit, die der beschriebenen Zielgruppe entsprechen würden, haben bisher nur in Randbereichen der Arbeit der Kirchengemeinden Zulassung gefunden. Offene Formen der Arbeit mit arbeitenden Jugendlichen, wie z. B. selbstverwaltete Jugendzentren, werden nicht nur in ihrer Legitimität im Hinblick auf den Verkündigungsauftrag der Kirchen angezweifelt, sondern sind auch von kirchlicher Bauplanung und vom Raumangebot der Gemeinden oft ausgeschlossen. Ersatz wird von den Kommunen kaum zur Verfügung gestellt. Das Verhältnis vieler Stadträte und Kommunalpolitiker zu offenen Formen der Jugendarbeit, insbesondere zu selbstverwalteten Jugendzentren, ist ein bekannt schlechtes. Wo trotz dieser Hindernisse und Zweifel offene Formen von Jugendarbeit eingerichtet werden, müssen sich die Verantwortlichen vorher über die Konfliktträchtigkeit solcher Vorhaben einig sein und damit auch politisch leben lernen, damit ein mögliches Scheitern nicht die totale Abkehr von der Arbeit mit diesen Jugendlichen zur Folge hat.

Mittelschicht-orientiert

Konfessionelle Jugendarbeit lebt in starkem Maße von der Mitarbeit Ehrenamtlicher. Ehrenamtliche, die mit auszubildenden, arbeiten-

den und arbeitslosen Jugendlichen arbeiten, sind wie die hauptamtlichen Mitarbeiter eher mittelschicht-orientiert. In den letzten Jahren konnten gerade in der evangelischen Jugendarbeit viele Mitarbeiter aus dem Kreis der „Betroffenen“ gewonnen werden. Ausbildung von Ehrenamtlichen orientiert sich hier nicht mehr an der traditionellen Form des Gruppenleiters. Es kommt vielmehr darauf an, Formen der Selbstorganisation anzuregen, zu begleiten, zu stabilisieren, den Ehrenamtlichen Erfahrungsraum zu geben und Aktionsfelder zu eröffnen. Kirchliche und staatliche Jugendpläne ermutigen nicht gerade, in dieser Richtung zu arbeiten.

Das Problem der Berufsnot Jugendlicher wird sich entgegen der Beteuerung vieler Politiker in den nächsten zehn Jahren noch ausweiten. Durch die geburtenstarken Jahrgänge wird eine höhere Anzahl Schulentlassener keine oder nur verspätet eine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend, der Zusammenschluß aller evangelischer Jugendarbeit auf Bundesebene, hat deswegen im vergangenen Jahr einstimmig beschlossen, die Jugendarbeit schwerpunktmäßig auf diese Zielgruppe auszurichten. So sollen neue Ausbildungsangebote für Mitarbeiter im Bereich dieser Zielgruppen geschaffen werden. Die Kirchen wurden aufgefordert, Stellen zu schaffen oder Mitarbeiter für diese Arbeit freizustellen.

Große Erwartungen werden von den Mitarbeitern an den Ausbau der Kooperation mit anderen Trägern der Jugendpflege, Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe auf überregionaler, regionaler und örtlicher Ebene gestellt. Insbesondere wünscht man sich eine gute Kooperation mit der Gewerkschaftsjugend und den DGB-Gewerkschaften. Gegenüber den Jungsozialisten in der SPD ist man gerade in der Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche leider zunehmend zurückhaltender geworden. Ihnen wird vorgeworfen, daß sich ihre Interessen und politischen Aktionen eher an „Kaschmir und Shaba“ orientieren, während die Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen am Ort allenfalls in sich widerstreitenden Theorien auf „Vordiplom-Ebene“ vorkommt.

Defizite bearbeiten

Kirchliche Jugendarbeit wird durch die Situation der arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen zunehmend in die Rolle gedrängt, Defizite zu bearbeiten, abzumildern und aufzufangen, die in anderen Sozialisationsbereichen entstehen. Auch staatliche Stellen sehen in solchen Arbeitsbereichen der Jugendhilfe ein Potential, das kompensatorische Qualitäten freisetzen kann, statt die Ursachen anzugehen.

Die Lösung der Probleme, mit denen Jugendarbeit konfrontiert wird, entzieht sich weitgehend der Kompetenz von Jugendarbeit. Gerade konfessionelle Jugendarbeit sollte deshalb diese Zuweisung von kompensatorischen Funktionen nicht hinnehmen, ohne ihrerseits die Ursachen dieser Defizite in anderen Sozialisationsbereichen hervorzuheben und auf Änderung zu drängen.

So tritt die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugendverbände (AEJ) u. a. für eine Reform der Sekundarstufe I (Hauptschule) ein, die auf einen Abbau individualisierender Auslesemechanismen und auf die Schaffung sozialer Lernsituationen zielt. Arbeitslehre im Sinne einer realistischen und kritischen Vorbereitung auf die von Verwertung von Arbeitskraft ausgerichtete Berufswelt und Vorbereitung zur Berufswahl als umfassende Einführung in gesellschaftlich notwendige Berufsfelder mit Zukunft sollten als zentrale Bestandteile der Rahmenlehrpläne abgesichert werden. Das 10. Schuljahr sollte als Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr ausgebaut werden.

Wo die Privatwirtschaft sich nicht in der Lage sieht — oder sich nicht sehen will —, eine qualifizierte Berufsausbildung zu garantieren, muß sie vom Staat übernommen werden. Die Forderung nach vollzeitschulischer Berufsausbildung und überbetrieblichen Ausbildungsstätten wird auch bei den Kirchen lauter.

Das von Unternehmenseite zu hörende Argument, daß nicht der Mangel an Ausbildungsplätzen, sondern die mangelhafte Eignung und Motivation der Jugendlichen das wirkliche Problem sei, lastet den Jugendlichen die Mängel des Bildungs- und Ausbildungs-

systems an und verkehrt Ursache und Wirkung. Durch das Angebot der privaten Wirtschaft, 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, hat die Bundesregierung sich gegen den Protest nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der evangelischen Jugendarbeit veranlaßt gesehen, die Abgabe aufgrund des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes nicht zu erheben. Eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze wird unerlässlich.

Neue Gruppen

Angeichts der Tendenz zur Verkürzung von Ausbildungsgängen (Stufenausbildung) entsteht zunehmend die Gefahr der verstärkten Polarisierung des Qualitätsniveaus der Arbeitskräfte und für viele Jugendliche ein Auslesedruck, der ihre persönliche wie berufliche Entfaltung und damit ihre Lebenschancen und Lebensqualität mindert. So steigt – entgegen den Zielen des Bildungsgesamtplans – nicht nur der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, sondern es bildet sich eine neue Gruppe „gering Qualifizierter“. Beide Gruppen sind darüber hinaus besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Aus unseren Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen resultiert die strikte Ablehnung von Ausbildungsgängen, die nur auf unmittelbare „Verwertbarkeit“ abzielen.

Mit der DGB-Jugend wie mit allen verantwortlichen Jugendorganisationen ist sich die AEJ einig, daß gerade sozialdemokratische Politik sich noch entschiedener gegen die Ausnutzung der Situation zum Abbau bisheriger Rechte, wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes oder der Bildungsurlaubsgesetze, wenden muß.

Die Probleme der Berufs- und Ausbildungsnot Jugendlicher werden erst in den kommenden Jahren ihre schärfste Zuspitzung erfahren. Von daher müssen sich schon heute alle engagierten Jugendorganisationen auf diese Probleme konzentrieren. Die Evangelische Jugend hat sich deshalb im September auf einem groß angelegten Forum aller Träger evangelischer Jugendarbeit speziell mit diesen Problemen beschäftigt und wird ihre Aktivitäten der kommenden Jahre danach ausrichten versuchen.

Beide großen Kirchen betonen immer wieder,

daß sie sich in gesellschaftspolitischer Mitverantwortung für die Ausbildungs- und Lebenschancen der jungen Generation wiesen. Bildungspolitik hat in den kirchlichen Verlautbarungen der letzten Jahre einen bedeutenden Stellenwert erhalten. Angesichts der eskalierenden Berufs- und Ausbildungsnot Jugendlicher muß der bildungspolitische Aspekt jedoch in Relation zum wirtschafts- und beschäftigungspolitischen neu durchdacht werden. Dabei sollte den Kirchen einmal mehr die Aufgabe zufallen, nicht Beschwichtigendes, sondern das politisch Notwendige auszusprechen.

Erk Betterman: **Die Situation der internationalen Jugendarbeit**

Auch an die internationale Jugendarbeit tritt eine neue, in Wirklichkeit jedoch alte Herausforderung heran, die aufgrund der gewachsenen Zusammenarbeit heute nicht mehr national oder lokal einer Lösung nähergebracht werden kann: eine krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung, die verbunden ist mit der Suche nach geistiger und politischer Orientierung.

Wovon ist die Rede? Seit in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern die Medien von Arbeitslosigkeit berichten, seit gerade in der jungen Generation verstärkt defizitäre Situationen sich ausprägen, seitdem die hoffnungsvolle Politik des „Mehr-Demokratie-Wagens“ von ihren Initiatoren nur noch mit reduziertem Engagement betreiben und von ihren Gegnern offensiv bekämpft wird, seitdem Geschäftemacher mit neofaschistischen Schriften und Veröffentlichungen manchen jungen Menschen wieder durch nationalsozialistisches Gedankengut irreleiten wollen, seitdem verbrecherische Elemente unter dem Alibi linker Ideologie die junge Generation verblenden wollen, spätestens seit diesem Zeitpunkt muß jedem im Bereich der Jugendarbeit Tätigen bewußt sein, daß es nur durch eine breite Zusammenarbeit der demokratischen Kinder- und Jugendorganisationen auf nationaler wie auf übernationaler Ebene gelingen wird, die obengenannten Probleme effektiv anzugehen.

„Wechselwirkungen“

Das Bundesjugendkuratorium hat diesen Ansatz als Begründung und Lernziel internationaler Jugendarbeit wie folgt formuliert: „Ein an den Problemen unserer Zeit gewachsenenes politisches Bewußtsein kann seine Inhalte nicht allein aus Gegebenheiten und Problemen des eigenen Landes beziehen. Wohl und Wehe der eigenen Gesellschaft hängen in zunehmendem Maße von weltweiten internationalen Bedingungen, Prozessen und Wechselwirkungen ab, wie umgekehrt die Verantwortung des eigenen Landes für die Erhaltung des Weltfriedens und seine gerechte Ausgestaltung ständig zunimmt.“

Diese Aufgabe, die Probleme nationaler und internationaler Politik in ihrer gegenseitigen Verschränkung zu sehen und Wege zu ihrer friedlichen Lösung zu suchen und zu gehen,

muß jede neu heranwachsende Generation lernen und einüben.“

Die bisherigen Funktionen der internationalen Jugendarbeit, wie z. B. die Versöhnungs- und Verständigungsfunktionen, behalten damit zwar ihre Gültigkeit, reichen aber angesichts der tatsächlichen Probleme der internationalen Arbeit (u. a. multinationale Unternehmen, Ausbeutung der Dritten Welt, Zerstörung der Umwelt) und aufgrund der fortschreitenden Integration nicht mehr aus. Damit kann die inhaltliche Bestimmung von internationaler Jugendverbandsarbeit nicht die politische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland zum ausschließlichen Maßstab nehmen und nach dem Modell der Außenpolitik auf den internationalen Bereich verlängern, sondern sie muß unter Respektierung und Berücksichtigung der Handlungsbedingungen von Jugendarbeit in anderen Ländern erfolgen. Internationale Jugendpolitik ist dann auch nicht die sozialpolitische Vertretung einer bestimmten Altersgruppe, sondern die Gesamtheit aller Versuche der jungen Generation, ihre politische und soziale Umwelt zu verstehen und zu gestalten. Da die Bedingungen der internationalen Welt den Alltag des einzelnen direkt beeinflussen, ist internationale Jugendarbeit zu verstehen als übergreifendes Lern- und Aktionsprinzip auf allen Ebenen der Jugendarbeit, wie es der Deutsche Bundesjugendring in einer Erklärung aus dem Jahre 1976 formuliert hat.

Hierzu dienen konkret der Austausch von Delegationen, Studienreisen, Seminare zu fachspezifischen Themen, Fachtagungen, internationale Begegnungen und Ferienlager u. a. m. In allen diesen Arbeitsformen sollen gemeinsame Probleme erkannt, der eigene Standort analysiert und alternative Möglichkeiten zur Lösung von Konflikten gesucht werden. Internationale Jugendarbeit dient damit der Einübung solidarischer Denk- und Verhaltensweisen auch über den eigenen Lebensbereich hinaus.

Über nationalen Egoismus hinaus

Die Jugendorganisationen haben unter Zurendelegung dieser generellen Leitlinien bereits zu einem frühen Zeitpunkt versucht, internationale Entscheidungsstrukturen zu schaffen, um in der selbstorganisierten Form den na-

tionalen Egoismus abzubauen und zu klar strukturierten internationalen Handlungsfeldern zu gelangen. Hier sind einmal die europäischen Verbindungen der parteipolitischen Jugendorganisationen, der gewerkschaftlichen, aber auch vieler anderer Jugendorganisationen hervorzuheben. Diese internationalen selbstorganisierten Entscheidungsebenen sind natürlich nach wie vor in der Gefahr, von ihren Mitgliedern als Summe nationaler Überlegungen angesehen zu werden; mit zunehmender Bewußtseinsbildung für grenzenüberschreitende Lösungen von Konflikten werden sie echte internationale Interessenvertretungen.

Die internationalen Jugendorganisationen haben sich auf europäischer Ebene zusammengeschlossen im Europäischen Koordinierungsbüro der internationalen Jugendorganisationen. In diesem Gremium soll versucht werden, über die Unterschiedlichkeit gesellschaftlicher Analysen und den unterschiedlichen ideologischen Ansatz den berühmten Minimalkonsens zur gemeinsamen Vertretung von Positionen in gemeinsam als richtig erkannten Problemstellungen zu finden. Auf europäischer Ebene gilt es ferner, den Zusammenschluß der verschiedenen nationalen Jugendringe in 16 Ländern des Europarates, den Europäischen Jugendrat GENYC, zu nennen. Auch wenn in diesem Gremium der nationale Aspekt stärker zum Tragen kommt, so ist doch auch hier der Versuch unternommen worden, durch Jugendorganisationen eine Struktur zu schaffen, die auf der einen Seite der Tatsache noch Rechnung trägt, daß europäische internationale Politik der Regierungen nach wie vor die Summe nationaler Entscheidungsprozesse ist, daß andererseits aber bereits die Jugendorganisationen in einem international zusammengesetzten Gremium darauf reagieren. Die Jugendorganisationen selbst werden darüber nachzudenken haben, wie sie die beiden genannten Strukturen langfristig stärker zur Kooperation zwingen und gegebenenfalls in ein gemeinsames Gremium der Interessenvertretung überführen.

Erstmals Parität

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich auch wichtig, die bereits geschaffenen zwischenstaatlichen Gremien zu erwähnen, die

die internationale Jugendpolitik durch Förderungsprogramme oder Mitwirkungsrechte prägen. Es sind dies das Europäische Jugendzentrum in Straßburg wie auch das Gremium zur Förderung internationaler Jugendarbeit, das Europäische Jugendwerk beim Europarat. In den Entscheidungsgremien beider Institutionen ist es erstmalig gelungen, eine paritätische Besetzung zwischen Vertretern der Regierung und der Jugendorganisationen zu erreichen. Es wird die Aufgabe aller Beteiligten sein, beide Institutionen weiter auszubauen und sie finanziell und organisatorisch so auszustatten, daß sie nicht nur eine Komplementärfunktion zur nationalen Jugendpolitik haben, sondern Gremien sind, die ihre eigenständige Rolle zur Entwicklung und Bewältigung internationaler Jugendpolitik spielen können. Bei Bewertung der politischen Situation in Europa ist es sicherlich einleuchtend, daß internationale Jugendarbeit getragen wird durch zwei Systeme: Einmal durch ein Geflecht von bilateralen Begegnungs- und Austauschprogrammen und zum anderen durch die Stärkung multilateraler Begegnungsfelder.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld ist die Einflußnahme auf die Jugendpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Auch wenn die Jugendorganisationen der Bundesrepublik Deutschland immer wieder deutlich gemacht haben, daß ihre Konzeption von der europäischen Integration über die neun Länder der EG hinausgeht, so darf doch nicht vernachlässigt werden, daß die politische Realität der zunehmenden Zusammenarbeit im Rahmen der EG jugendpolitisch eminente Auswirkungen hat. Die Forderung nach Mitwirkung von Jugendorganisationen ist damit einmal als Chance zum Beginn einer Integration, aber auch als Herausforderung, weitergehende politische Lösungen offenzuhalten, anzusehen. Das zur Zeit in der Diskussion befindliche Jugendforum der Europäischen Gemeinschaften kann vom Ansatz der Jugendorganisationen her nur mitgetragen werden, wenn die Instanzen der EG (Ministerrat, Parlament, Kommissionen) diesem Gremium klare Kooperationsstrukturen mit Initiativ- und Anhörungsmöglichkeiten einräumen. Nur so können wir unsere Option offenhalten, die Interessen junger Menschen im Verlauf wachsender wirt-

schaftlicher Zusammenarbeit zu vertreten, das Verständnis für Solidarität im Rahmen der EG und in den anderen europäischen Ländern auszubauen und damit zur allumfassenden europäischen Kooperation bei der Lösung von Konflikten beizutragen.

In den folgenden Feldern scheint eine internationale Form der Konfliktlösung die einzige Alternative zu sein: In der Verstärkung der Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Ebene zur Sicherung des Friedens in Europa, dem verstärkten Bemühen um die Beteiligung von Jugendlichen und deren Organisationen aus den südeuropäischen und peripheren Ländern und in dem gemeinsamen Engagement für die Kooperation zwischen allen industrialisierten Ländern und der sogenannten Dritten Welt.

Zukunftsaufgaben

Wo liegen nun die Zukunftsaufgaben der Jugendverbände? Im innenpolitischen Raum gilt es zunächst, die Friedenserziehung auszubauen, Spannungs- und Konfliktfelder bewußt zu machen und Informationen über andere Gesellschaftssysteme zu beschaffen bzw. zu vermitteln. Natürlich darf man sich dabei nicht nur auf den gesamtpolitischen Bereich konzentrieren, sondern muß konkret gesellschaftliche Teilfelder untersuchen. Im außenpolitischen Bereich ist das Gespräch miteinander der entscheidende Ansatz. Dabei muß jedoch allen bewußt sein, daß Entspannung und Kooperation nicht nur für politisch Verantwortliche erreicht werden sollen, sondern gerade auch für den einzelnen Jugendlichen. Gerade im Verhältnis zwischen den ost- und westeuropäischen Organisationen gilt es, weitere konkrete Schritte zu entwickeln, wie z. B. die Schaffung von Finanzierung zur Durchführung gesamteuropäischer Jugendbegegnungen.

Die Idee einer gesamteuropäischen Jugendstruktur, wie sie von den Signatarstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorgeschlagen wurde, muß durch konkrete Vorschläge der betroffenen Jugendorganisationen selber ihrer Verwirklichung nähergebracht werden. Auch die Errichtung eines gesamteuropäischen Jugendzentrums, wie es von den Jugendorganisationen der Bundesrepublik Deutschland schon mehrfach

vorgeschlagen wurde, scheint ein Schritt in die Richtung zu sein, die entwickelte Zusammenarbeit aus dem Stadium der Zufälligkeit in konkrete Kooperationsformen zu überführen. Diese vorgeschlagenen Institutionen auf gesamteuropäischer Ebene haben aber nur dann Sinn, wenn sie nicht zum Selbstzweck für eine abgehobene Form der Kooperation zwischen politisch Verantwortlichen werden, sondern nationale wie internationale Repräsentanz der Jugendorganisationen ebenso sichern wie die konkrete Auswirkung von Beschlüssen dieser gesamteuropäischen Jugendstrukturen auf die praktische Arbeit in der internationalen Jugendarbeit.

Der Aufbau der Integration Westeuropas muß für die Jugendorganisationen ein wichtiges Teilziel sein, das aber von Fall zu Fall daraufhin überprüft werden muß, inwieweit es die europäische Integration insgesamt behindert oder fördert. In einem künftig direkt gewählten Parlament wird es deshalb auch darauf ankommen, Jugendpolitik im europäischen Maßstab zu formulieren und zu vertreten.

Die Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist gerade für die Jugend Europas von entscheidender Bedeutung. Das Eintreten für eine gerechte neue Weltwirtschaftsordnung ist damit ebenso Kriterium für die politischen Forderungen wie das Engagement für eine weltweite ausgewogene Abrüstung. Nur so können ökonomische Ressourcen frei werden für die Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Notlagen für die Jugend in der gesamten Welt. Das Engagement für die Verwirklichung sozialer, kultureller, religiöser und anderer Grundrechte in allen Staaten kann nur oberstes Ziel der Jugendarbeit sein, wenn sie auch international den Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen verwirklichen will, der wie folgt lautet: „Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.“

Die Sozialdemokraten lehnen es ab, für Europa Monopolansprüche zu erheben oder Feindverhältnisse zu begründen.

Willy Brandt

Allmählich beginnt der Wahlkampf für die im Frühjahr des nächsten Jahres anstehende Direktbestellung des Europäischen Parlamentes, das eigentlich nur eine „Versammlung“ ist, wie die Römischen Verträge schreiben. Die Programm- und Materialflut, die sich auf das Wahlvolk zuwälzt, ist mittlerweile beachtlich. Nähme man diese Papier-schwemme beim Wort, es stünde nicht nur in Brüssel, sondern auch sonst mit Europa alles zum Besten.

Erstaunlicherweise ist das aber nicht der Eindruck, den man gewinnt, wenn man — um ein beliebtes Politikerwort zu verwenden — „vor Ort“ dem Bürger jenes Europa schmackhaft machen will, das sich in Brüssel als „Eurokratie“ eingespielt hat. Trotz der relativ günstigen Brüsseler Hofberichte, „Euro-Barometer“ genannt, will Europa und/oder die EG niemanden recht euphorisch stimmen.

Die Gründe der Verdrossenheit

Diese Europamüdigkeit so dicht vor den Wahlen hat ihre Gründe, bedenkenswerte Gründe, die nicht nur die SPD in ihrem Kampf um Stimmen ernst nehmen sollte. Überall wird heute — ob nostalgisch oder nicht — wieder nach überschaubaren und „bürgernahen“ Umwelten gesucht: Europa scheint jedoch noch der inzwischen unmodernen Phase großräumiger Zentralsierungsvorhaben anzugehören. Aber damit allein ist die allgemeine Europa-Verdrossenheit nicht erklärt. Andere Momente kommen hinzu:

1. Ernüchternd hat sich fraglos ausgewirkt, daß die seit 1974 laufende Depression auch auf der transnationalen Ebene keineswegs besser zu bekämpfen war als im nationalstaatlichen Rahmen, wo kaum etwas anschlug. Nicht erst seit es sechs Millionen Euro-Arbeitslose gibt, ist daher der Verdacht auf-gekommen, daß jenes „Vertragseuropa“ von 1957/1958 ein „soziales Europa“ nicht notwendig nach sich zieht. Und schaut man sich die Ausgabenverteilung in Brüssel an, dann sieht die EG wahrlich eher wie ein Schutzverband der Bauern denn wie eine Solidargemeinschaft aller europäischen Arbeitnehmer aus.

2. Der Wahlbevölkerung muß auch die Kompetenz-zuteilung innerhalb der EG unklar bleiben. Keine der bestehenden Institutionen ist bislang irgendwie befugt, für die Europäer oder für Europa zu sprechen. Entsprechend betreffen die Beschlüsse Brüssels die Bürger auch nur über mancherlei Umwege. Und, um gleich die Direktwahlen anzu-

sprechen: Auch die beabsichtigte unmittelbare Legitimierung des „Parlamentes“ in Straßburg, so müssen die Wähler erkennen, scheint an dieser vordemokratischen Lage kaum etwas ändern zu können. Kein Wunder, daß man nicht besonders begeistert ist.

Nach der eingefahrenen Machtverteilung in der EG verwaltet diese Instanz ja nur Bruchteilkompetenzen. Woher sollen also die Rechte des „neuen“ Parlamentes kommen? Das herrschende „Europa der Regierungen“ kann daher, so steht eigentlich zu vermuten, einer aufmüpfigen, sich mit historischem Feuereifer etwa à la 1789 zur „Assemblée transnationale“ erklärenden Abgeordnetenversammlung mit einiger Gelassenheit ins Auge sehen. Die Machtverteilung ist eine Machtfrage, und Macht hat Straßburg eben nicht, dieses Stiefkind der EG. Wo nichts ist, so scheint es, nutzen die schönen Forderungen gar nichts.

3. Abnüchternd stimmt auch die Tatsache, daß im Rahmen der Direktwahlen so etwas wie ein „europäischer Wahlkampf“ um den weiteren Weg Europas gar nicht stattfinden wird. Wir wählen für Europa noch überall provinziell, obschon allein das Zustandekommen des Wahltermins als ein Fort-Schritt in und für Europa angesehen werden muß. Europa löst sich ja noch immer auf in nationale und damit — am eigentlichen Ziel gemessen — eben auch provinzielle Aspekte, was sich nicht nur ablesen läßt an der ausschließlich innenpolitischen Orientierung des Wahlkampfes für Europa in Frankreich, England oder auch hierzulande, sondern was sich auch daraus erehen läßt, daß die Programme der wett-streitenden politischen Blöcke die Kompromißformeln nationaler Bedürfnisse und Konflikte eher spiegeln als einen kommunitären Gesamtsinn.

Überdies herrschen auch innerhalb der jeweiligen Parteilagerungen derart abweichende Ansichten über Europa vor, daß ein Konsens über die weitere europäische Einigung bereits auf Parteebene fehlt. Folglich existieren auch keine parteilichen Druckgruppen für Europa, die außerhalb oder gar gegen ihre nationalen Mutterorganisationen das notwendige Maß an Macht für ein Europa der Bürger in die Waagschale werfen könnten.

4. Die zähflüssige Entwicklung der europäischen Einigung selbst hat auf die hochfliegenden Hoffnungen für ein einiges Europa sehr dämpfend gewirkt. Nach der europäischen Agonie zu Anfang der 70er Jahre erstarrte jeder gute Wille zu bloß sonntäglichen Erinnerungen, was daraus alles hätte werden können. Noch der Erfolg der in den Römischen Verträgen vorgesehenen Direktwahlen, die nach unendlichen Mühen — so Gott und vor allem die englische Labourparty will — nächsten stattfinden, kann jede weitere Anteilnahme an Europa

abkühlen, falls auch dabei wieder nur Stellvertreter-akte herauskommen.

5. Ernüchternd wirkt auch das immer lauter vernehmbare „Knirschen im Gebälk der EG“ (Wehner). Solche Reibungsverluste ergeben sich dabei nicht zuletzt aus der Tatsache, daß entgegen allen Erwartungen der Römischen Vertragspartner eine „harmonische Entwicklung“ ausgeblieben ist. Sozial-ökonomisch wie -strukturell entwickeln sich die Mitgliedstaaten eher auseinander. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an das Nord-Süd-Gefälle in der EG selbst, das mit den begrenzten Mitteln des Regionalfonds wohl kaum zu beheben sein dürfte. Wenn man so will, hat dabei die europäische Dimension der Politik der Mitgliedsländer die europäischen Bürger überhaupt erst darauf aufmerksam gemacht, wie groß die Unterschiede in der Gemeinschaft der Neun sind und was für gemeinsame Anstrengungen und Opfer verlangt werden, um die Hinterhöfe in Europa zu sanieren. Europa hat in diesem Lernprozeß seinen mythischen Charakter verloren, der in den 50er Jahren so groß war. Die blaue Blume des romantischen Europas hat sich in Zänkereien über Verkehrsregelungen, über die Bierzusätze oder um innergemeinschaftliche Weinquoten veralltäglicht, um vom Herlingestreit ganz zu schweigen.

Die Gründe für ein Engagement

Man gewinnt in Diskussionen über Europa heute oft den Eindruck, als ob inzwischen die Problem-schwemme, die mit dem europäischen Einigungswerk verbunden ist, nicht nur die schon geleisteten Erfolge der EG überdeckt, sondern auch vergessen macht, daß die „politische Finalität“ (Dohnanyi) Europas eine Resignation der Parteien gar nicht mehr erlaubt. Wenn, etwa von sozialdemokratischer Seite, nicht für Europa mobilisiert würde, dann bliebe das, was am Ende dabei herauspringen mag, eben ohne sozialdemokratische Weihen. Gründe für das europäische Engagement angesichts der Direktwahlen gibt es also bei aller Kritik genug:

1. Erfolge werden schnell vergessen. Das Erreichte gilt bald als selbstverständlich. Dabei ist es eigentlich ganz und gar nicht selbstverständlich, sondern bleibt eine politische Daueraufgabe, daß in einer der bislang kriegsreichsten Zonen der Weltgeschichte seit nun bald 35 Jahren Aussöhnung zwischen den Nachbarn herrscht. In der Vergangenheit etwa hätte eine ökonomische Krise, wie wir sie nun schon seit längerem erleiden, ganz ohne Zweifel auch zu außenpolitischen Spannungen in Westeuropa geführt. Zwar ist in Gesamt Europa der Frieden noch keineswegs gesichert, gleichwohl ist eine Konfliktzone beseitigt worden. Leicht wird auch übersehen, wenn die Kosten der landwirtschaftlichen

Oberproduktion im Zusammenhang der europäischen Politik beklagt werden, daß Überschuß allemal besser als Mangel ist. Unbeschadet notwendiger Umstrukturierungen der Brüsseler Agrar-Politik bleibt doch die gar nicht genug zu würdigende Leistung hervorzuheben, daß nur in Westeuropa und Nordamerika kein Hunger herrscht.

2. Wenn ein einiges Europa gleichgültig ist, der sollte sich immer vor Augen halten, was ein ja durchaus möglicher Rückfall in die nationalstaatliche Neoklassik besonders für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten würde:

a) Angesichts der ungelösten nationalen Frage, die über kurz oder lang verstärkt in den Vordergrund rücken wird, weil sie ständig neue Probleme schafft, müßte der Verfall der EG Bonn dazu zwingen, sich anderswo den Rücken zu stärken. Voraussehbar ist eine transatlantische Sonderallianz mit Washington, wodurch die Bundesrepublik nicht nur in die von der französischen Linken schon jetzt angeprangerte Rolle eines amerikanischen Hilfsheerführers gedrängt würde, sondern wodurch auch die Spannungen im Ost-West-Glacié zunehmen müßten.

Zwar stellte das europäische Einigungsangebot durch die Westmächte der Nachkriegszeit unter anderem auch den Versuch dar, Deutschland „einzubinden“ und von der nationalen Wiedervereinigung „abzulenken“; nicht zuletzt deswegen hat ja auch die SPD so lange gezögert, sich auf den Kurs der „Westintegration“ einzulassen, der ja unweigerlich erst einmal von der Einigung Deutschlands wegführen mußte. Wie es die SPD schon zu Anfang der 50er Jahre voraussagte, konnte dadurch nur die Zementierung der ideologischen Fronten in starren Militärblöcken festgeschrieben werden.

Allein: Allen EG-Mitgliedern steht vor Augen, daß die Wiedervereinigung als Ziel vielleicht aufgeschoben sein mag, nicht aber aufgegeben ist und daß sie eine kardinale Absicht aller Bonner Politiker sein wird, eine Absicht, die auch die sozialdemokratische Ostpolitik geleitet hat. Eingebunden in die europäische Realität wird die deutsche Politik in diesem Bereich aber völlig andere Züge tragen als im Alleingang.

b) Angesichts der Teilung Deutschlands und dadurch bedingter politischer Allergien sowie auch angesichts gewisser obrigkeitstaatlicher Belastungen der deutschen Geschichte, die sich z. B. hundert Jahre nach dem Sozialistengesetz von 1878 in der christ-sozialen „Sozialdemokratenfurcht“ noch immer als antidemokratische Hypothek auswirken, muß die fortschreitende Einbindung der Bundesrepublik in die allgemeine demokratische Tradition Westeuropas als Sicherung für unser eigenes politisches Verhaltensrepertoire gewertet werden. Je dichter die rechtliche Verbindlichkeit europäischer Normen und Vor-

Schmitz, Kurt Thomas

Deutsche Einheit und Europäische Integration

Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei

(Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, herausgegeben von Kurt Klotzbach) 1978.

215 S. Brosch. 48,- DM

ISBN 3-87831-277-6

Die Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Forderungen nach der Schaffung eines integrierten Europas beherrschten die Diskussionen in und zwischen den Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen und waren vorrangiges Thema von Wahlkämpfen im Nachkriegsdeutschland und in der Bundesrepublik. In der vorliegenden Studie werden die Bemühungen der BRD um diese Ziele in den Jahren 1949 bis 1965/66 aus der Sicht der sozialdemokratischen Opposition untersucht. Einleitend wird zum besseren Verständnis die Entwicklung der sozialdemokratischen Positionen in den Jahren 1945 bis 1949 skizziert. Bei der Untersuchung der Außenpolitik der SPD werden systematische und historische Aspekte miteinander verbunden: der Wandel der Deutschland- und Europapolitik der sozialdemokratischen Opposition wird im Kontext der Entwicklung der Bundesrepublik analysiert.

Im dargestellten Zeitraum treten bei der SPD in der Deutschland- und Europapolitik an die Stelle der in den vierziger und fünfziger Jahren verfochtenen positionellen und programmatischen Gesamtalternativen später Bemühungen der Partei, sich stärker in das zunächst nur mit Vorbehalten akzeptierte System der BRD zu integrieren, indem sie vor allem in der Wirtschafts- und Außenpolitik die von den Regierungsparteien entwickelten Grundlagen ausdrücklich bejahte. In der Folge erarbeitete die SPD eine Reihe von Vorschlägen zur Umgestaltung der Gesellschafts-, Sozial-, Bildungs- und auch Außenpolitik, die sie in den sechziger Jahren angesichts der zunehmenden Schwäche der bürgerlichen Regierungen zur konzeptionell und politisch stärksten Kraft in der BRD werden ließen. Kurt Thomas Schmitz, früherer Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, ist heute Wissenschaftlicher Assistent im Fach Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Bonn.

Verlag Neue Gesellschaft

Godesberger Allee 143

D-5300 Bonn 2



Karl Kühne: Europäische Währungspläne — eine Hoffnung

stellungen, um so besser für uns. Was sich ereignen könnte, wenn wir aus diesem Lern- und Kontrollzusammenhang entlassen wären, mag sich jeder selbst bei der Lektüre der Sonthofen-Rede ausmalen.

3. Wer vorbringt, bislang habe Brüssel nur dem Kapital genutzt, mag seine Gründe haben. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften ebenso wie die sozialistischen Organisationen in Europa, obschon sie doch in vielen nationalen Regierungen und somit auch in den eigentlichen europäischen Entscheidungsgremien vertreten sind, nur wenig getan haben, um der Beweglichkeit des Kapitals angepaßte rechtliche Bestimmungen einzuführen.

Warum aber hat die Kapitaleite mehr Vorteile aus dem Einigungsprozeß gewonnen? Den internen Unstimmigkeiten der europäischen Gewerkschaften ist es unter anderem zuzuschreiben, daß keine entsprechenden Gegengewichte entstanden sind und daß etwa der 1973 gegründete Europäische Gewerkschaftsbund einer machtpolitischen Totgeburt gleicht, obschon er doch dem Namen nach 17 Gewerkschaftsverbände mit rund 29 Millionen Mitgliedern vertritt. Hier hilft also nur Selbstkritik, keinesfalls aber Jeremiaden über ein „Europa des Kapitals“, für das man keinen Finger rühren wolle. Wer ein Europa der Arbeitnehmer anstrebt, muß sich, bitte schön, dafür einsetzen. Sonst bleibt in Brüssel alles beim alten.

Mißmut hilft nicht weiter

Es mag vielleicht sein, daß auf Dauer nur ein sozialdemokratisches Europa auch ein unabhängiges Europa sein wird, das für seine Bürger, die sich dann umfassend am europäischen Willensbildungsprozeß beteiligen müßten, Sicherheit und Frieden stiften kann. Um das zu erreichen, helfen freilich Mißmut und Untätigkeit nicht weiter. Die sozialdemokratischen Baupläne für Europa müssen sich in der ideologischen wie auch in der machtpolitischen Konkurrenz behaupten. Untätigkeit, weil alles nicht so ist, wie man es sich wünscht, heißt nur, Europa denen zu überlassen, die schon jetzt eher das Sagen in Brüssel haben.

Die bisherige Debatte um die Währungspläne Helmut Schmidts und Giscard d'Estaings hat recht viele skeptische und negative Stimmen lautwerden lassen: Zu Unrecht, wie wir meinen. Indessen ist der Kritik nur selten eine nüchterne Analyse entgegengesetzt worden, die über die breit diskutierten technischen Einzelheiten hinaus eindeutig, klar und übersichtlich diejenigen Ziele und Vorteile herausarbeitet, die eine Annäherung der europäischen Währungen haben würde. Allerdings krankt die Debatte daran, daß drei Klippen zu umsteuern sind:

- Da ist erstens die allgemeine Überzeugung, Voraussetzung für eine Währungsannäherung bzw. ein Wiederaufleben der „Schlange“ im größeren Maßstab wäre eine Koinkidenz der Inflationsraten, und diese würden, jedenfalls in West- und Südeuropa, ständig den deutschen Raten davonlaufen, womit die „Schlange“ schließlich wieder gesprengt würde.
- Zweitens ist die Öffentlichkeit meist nicht in der Lage, sich ein klares Bild von den „technischen“ Einzelheiten zu machen und deren Konsequenzen voll zu beurteilen, womit die Diskussion auf die Fachleute beschränkt und zur Geheimwissenschaft degradiert zu werden droht.
- Drittens besteht die Tendenz, die Vorteile dieser Pläne auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet zu unterschätzen oder gar zu negieren; zudem legt man sich nicht die Frage vor, wie denn die Alternative aussieht: Was würde geschehen, wenn man auf dem Währungsgebiet gar nichts tut und das gegenwärtige Chaos so weiterwuchern läßt?

Für den Sozialisten muß dieser dritte Aspekt der bedeutsamste sein: Die französische Situation vor den letzten Wahlen wie auch die italienischen Wahlen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, daß der intelligente Wähler, der die wahlentscheidende „floating vote“ repräsentiert, sich heute vor jeder Wahl die Frage vorlegen muß: Was passiert mit dem Franken bzw. der Lira, wenn ich links wähle? Er ist fast gezwungen, in letzter Minute seine politischen Sympathien zu korrigieren, weil seine Stimmabgabe zum währungspolitischen Votum wird. Diese Umfunktionierung der angeblich freien politischen Entscheidung zum Devisenkursvotum kann für die politische Demokratie verhängnisvoll werden. Und dem liberalen Anhänger des Gemeinsamen Marktes sei es ins Stammbuch geschrieben, daß dieser haushohe Ab- und Aufwertungen nicht lange überleben dürfte, weil insbesondere erstere wie die abgeschafften Zölle wirken.

Die These von der Prädestination der Inflationsunterschiede

Man kann die Ansicht vertreten, daß die Bundes-

republik in der Erinnerung an die Schrecken der offenen galoppierenden Inflation von 1920 bis 1923, in der der deutsche Mittelstand sein Vermögen verlor, die Arbeiterrealöhne schließlich auf 60 Prozent und weniger absackten und die Besitzer Industrieller und anderer Sachwerte reich wurden auf Kosten ihrer enteigneten Gläubiger, und im Rückblick auf die „verdeckte“ Inflation der Jahre in und nach dem Zweiten Weltkrieg ganz besonders Inflationsbesorgt ist und für die Bremsung von Preissteigerungen weitaus größeres Opfer zu bringen bereit ist, selbst in Form gedrosselter Wachstumsraten, als andere Länder. Aber wer ist „die Bundesrepublik“ in diesem Sinne?: Vor allem der gehobene Mittelstand – denn die Schichten darunter haben sicher erheblich mehr unter Arbeitslosigkeit und gedrückter Einkommensentwicklung zu leiden, als sie zu leiden hätten, wenn etwa die Preissteigerungsrate einen Punkt höher ausfiele.

Wenn wir somit unterstellen, die Bundesrepublik habe eine besonders niedrige „nationale Inflationsneigung“ oder eine besondere Präferenz für die Niedrighaltung von Preissteigerungen; dann kommt man allerdings zu der Schlußfolgerung, daß eine Währungsintegration nur möglich ist, wenn entweder die Bundesrepublik inflationärte oder die anderen Länder Deflation trieben. Indessen ist eine solche Ansicht vorschnell und jedenfalls nur auf ein Land bezogen: Denn bei den übrigen europäischen Ländern läßt sich eine solche „angeborene“ Inflationsneigung keineswegs feststellen – sie haben alle Zeiten gehabt, zu denen sie exemplarisch niedrige Preissteigerungen hatten, und Zeiten, in denen ihnen die Preise davonliefen. Man kann auch den Verdacht äußern, daß die niedrigen Inflationsraten der Bundesrepublik heuer vielleicht vor allem einer langfristigen Spekulation auf ihr Aufwertungs-Verdächtigsein zu verdanken sind, einer Antizipation, die sich selbst rechtfertigte, weil die Flucht aus dem Dollar ja schließlich zu irgendwelchen Fluchtwährungen führen muß. Ständige Aufwertung aber senkt die Importpreise und dämpft damit den Anstieg des ganzen Preisniveaus, so daß also nicht die geringe Inflation die Ursache, sondern die Wirkung des Weltwährungschaos' ist – wie das auch für die Schweiz und neuerdings sogar für den früher Inflationsverdächtigen Yen gilt.

Dessen ungeachtet wird die Ansicht vertreten, eine permanente Inflation sei in Ländern wie Italien und Großbritannien gewissermaßen institutionell in die Erwartungen von Geschäftsleuten und Gewerkschaften eingebaut, und diese könnten nur damit gebrochen werden, daß für eine längere Übergangsperiode Massenarbeitslosigkeit eintreten oder künstlich produziert würde.

Daraus wird dann von konservativer Feder – so

etwa von Walter Kannengießer in der „Frankfurter Allgemeinen“ (15. 7. 78, „Sprengsatz für Europa“) – die Schlußfolgerung abgeleitet: „Wir werden also zahlen und inflationieren müssen, bis entweder Frankreich abwertet oder wir aufwerten oder bis das Inflationstempo angeglichen oder das Geld im Reservefonds verbraucht ist“. Andersherum gesagt: Das Projekt muß scheitern, weil die Deutschen eben nicht zur Inflation und die anderen nicht zur Deflation bereit seien und kein Währungsfonds so unerschöpfliche Reserven haben und einsetzen könne, um das Auseinanderklaffen der Wechselkurse zwischen Ländern mit stark unterschiedlichen Inflationsraten auf die Dauer zu verhindern.

Nun hat diese Argumentation aber verschiedene Haken: Erstens stimmt die These, manche Länder seien eben Inflationsprädestiniert, nicht mit den Tatsachen überein. Ende 1977 hat der britische Spitzenjournalist Samuel Brittan bereits festgestellt, daß „die Unterschiede (in den Inflationsraten) in ein und demselben Land zwischen verschiedenen Jahren, die gar nicht weit auseinanderzuliegen brauchen, viel größer sind als die Unterschiede zwischen einem Land und den anderen“ (Financial Times, 22. 12. 1977, „Second thoughts on a Euro-Currency“).

Das stimmt ohne Zweifel: Italien hatte von 1955 bis 1960 und wieder von 1965 bis 1971 die gleiche (im letztgenannten Zeitraum sogar etwas niedrigere!) Preissteigerungsrate wie die Bundesrepublik, nämlich jeweils etwas unter zwei bzw. unter vier Prozent. Die Preissteigerungsrate Großbritanniens war von 1955 bis 1960 und von 1960 bis 1965 nur um Bruchteile eines Prozentes höher als die der Bundesrepublik. Die Rate Belgiens war in beiden Zeiträumen fast genau so hoch wie die deutsche.

Für einen weitergespannten Zeitraum hat die First National City Bank (vgl. Bericht in „Mondo Economico“, Nr. 37, 20. 9. 1969, S. 12 ff.) berechnet, daß von 1958 bis 1968 – also etwa von der Überwindung der ersten größeren Nachkriegsrezession bis zu der Periode, die durch den Beginn des Vietnamkriegs und damit der Inflation gekennzeichnet war – die jährliche Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik und Belgien/Luxemburg mit 2,2 und 2,3 Prozent ungefähr gleich war. Großbritannien lag mit 2,9 Prozent nur um zwei Drittel eines Prozentes darüber, Irland, die Niederlande und Italien (3,1 bis 3,2 Prozent) um rund ein Prozent. Nur Frankreich, das mit den Auswirkungen des Algerienkrieges zu kämpfen hatte und dessen Regierung der fast revolutionären Arbeiterschaft des Jahres 1968 den Sieg um das Linsengericht einer exorbitanten Lohnerhöhung abkaufte, lag mit 3,8 Prozent bei nicht ganz dem Doppelten der belgisch-deutschen Preissteigerungsrate.

Die langfristigen Preissteigerungsraten klappten also vor dem Ausbruch der vietnambedingten, von den USA ausgehenden Weltinflation gar nicht so weit auseinander. Vieles spricht dafür, daß sie sich heute wieder dieser Situation nähern. Das scheint auch die Annahme zu sein, von der Bundeskanzler Schmidt ausgeht. Hand aufs Herz: wenn wirklich das Währungsschema darauf hinausläufe, daß die langfristige Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik von damals zwei Prozent auf das damalige Niveau Großbritannien und Italiens von drei Prozent angehoben würde – wäre dies nicht die Erbschaft einer gleichmäßigen Wachstumsrate von vier bis fünf Prozent, wie sie damals herrschte, wert?

Es geht eben gar nicht darum, ein Währungssystem wie ein Prokrustesbett einem Bündel auseinanderstrebender Inflationsraten überzustülpen – vielmehr soll es dazu dienen, bereits konvergierende Preissteigerungsraten einander noch näher zu bringen, womit die Währungsunion schließlich möglich würde.

Ein Währungsfonds als kurzfristiges Stabilisierungselement

Sicherlich kann kein Währungsfonds auf die Dauer breit auseinandergefächerte Inflationsraten finanzieren. Aber das ist auch gar nicht seine Aufgabe. Wohl aber kann ein solcher Fonds die wilden spekulationsbedingten Ausschläge der Kurse mildern, die in den letzten Jahren gang und gäbe waren. Diese Schwankungen waren in keiner Weise allein oder auch nur hauptsächlich mit Inflationserfahrungen und -erwartungen zu erklären: „Das Abgleiten des Pfundes und der Lira ... spiegelt zwar weitgehend höhere Inflationsraten wider. Aber das Auf und Ab der Kurse von Dollar und D-Mark ... läßt sich nicht so leicht erklären. (Von 1971 bis 1976) stieg die D-Mark manchmal um 10 bis 15 Prozent gegenüber dem Dollar in 6 Monaten, um dann wieder zu sinken. Die durchschnittlichen Tageskurse änderten sich manchmal monatelang um mehr als 1 Prozent ... Daß sie dann wieder umschlugen, zeigt, wie oberflächlich die Erwartungen zukünftiger Änderungen fundiert sind; solche Erwartungen können anscheinend ganz leicht durch vorübergehende Einflüsse umgestoßen werden ...“ Das schrieb der „Economist“ am 18. 12. 1976 (S. 29: „Five years since Smithsonian“). Seither sind die Ausschläge eher noch wilder geworden.

Man komme uns nicht mit der Ehrenrettung der Spekulanten, die zeitweilig versucht wird, wenn man darauf hinweist, die multinationalen Firmen müßten eben ihre riesigen liquiden Kassenmittel so anlegen, wie das ein guter Hausvater auch tun müsse. Der Schweizer Ökonom Emil Küng hat berechnet, daß „die OPEC-Länder selbst 1978 noch jährlich rund

40 Milliarden Dollar zur Verfügung haben, die sie beim besten Willen nicht zur Bezahlung von Importgeldern einsetzen können und deshalb auf den Finanzmärkten anlegen müssen“, wobei diese je nach Gerüchtlage „aus abwertungsverdächtigen Währungen herausgezogen und in aufwertungsverdächtige Währungen investiert werden“ (im „Wirtschaftsdienst“, IV/1978, S. 177).

Der gleiche Autor hat auch in seinem Beitrag zum „Wirtschaftsdienst-Zeitgespräch“ vom April 1978 „das schmutzige Floaten und seine Folgen“ behandelt: Viele Argumente, die sich für ein System flexibler Wechselkurse anführen lassen, sind eben mit der Tatsache, daß alle Zentralbanken irgendwie in den Devisenmarkt eingreifen, hinfällig geworden. Noch ehe diese Tendenz allgemein einsetzte, hat eine Autorität zu internationalen Währungsfragen wie Herbert G. Grubel („The International Monetary System, Harmondsworth 1969, S. 109) seine warnende Stimme erhoben und gesagt, daß „ein hybrides System ... viele der unerwünschten Eigenschaften beider Systeme hat und daß nahezu alle üblichen Einwendungen gegen vollständig flexible Kurse dafür Geltung bekommen“. Das ist aber das System, das wir heute haben.

Fazit: Wenn sowieso schon „schmutzig“ gefloated wird, dann ist es besser, wenn das koordiniert geschieht im Rahmen eines europäischen Währungssystems, statt daß jede Zentralbank macht, was ihr paßt, und alle zusammen dadurch noch mehr zu dem durch die Spekulation bereits bedingten Chaos beitragen ... Tatsächlich spricht Küng in seinem Beitrag von „offenkundiger Überbewertung der D-Mark und des Schweizer Franken“ sowie davon, daß „Vertreter der Behörden wie der Privatwirtschaft den Eindruck haben, die flexiblen Wechselkurse führten zu Ergebnissen, die sich nicht vertreten ließen – also beispielsweise zu einer Kurshöhe, die entschieden von jener abwich, die aufgrund der Kaufkraftparitäten zu erwarten wären“.

Die Antwort an Kannengießer und die anderen Kritiker der Schmidtschen Pläne muß also lauten: Kein Mensch will und kann mit einem europäischen Währungsfonds die Kurse, die den Kaufkraftparitäten entsprechen, auf die Dauer verhindern wollen – wohl aber geht es darum zu vermeiden, daß die Spekulation in „Anlagewährungen“ eben auf längere Sicht zu Verzerrungen der Wechselkurse gerade im Verhältnis zu solchen Kaufkraftparitäten führt.

Es geht hier nicht darum, das System der flexiblen Wechselkurse als solches in Frage zu stellen, wie wohl es diesem System nicht gelang, die Hoffnungen zu verwirklichen, die seine monetaristischen und neoliberalen Befürworter damit verknüpft hatten: Die Zahlungsbilanzungleichgewichte sind nicht verschwunden, und manche Autoren meinen sogar, daß

das allgemeine „Floaten“ die Inflationstendenzen auf Weitebene verstärkt hat. Dennoch wird man zwischen großen Währungsräumen wie Europa und Amerika auf flexible Kurse mit ihren glatten Anpassungsmöglichkeiten an die Preisentwicklung nicht verzichten können. Die Frage ist nur, ob sie innerhalb des integrierten Europas auf die Dauer am Platze sind – oder anders herum gesagt, welche Währungsräume in diesem Europa „optimal“ sind.

Das Problem des „optimalen Währungsraums“

Schon 1970 hat Robert A. Mundell auf der Madrider Währungskonferenz zu solchen optimalen Währungszone festgestellt: wenn man einsähe, daß die ganze Welt zusammengekommen keine solche optimale Zone darstelle, dann dürfte man nicht vorschnell zu der Folgerung weiterhüpfen, jede Nation für sich – gleichgültig, wie eng ihre Grenzen gezogen sind – sei automatisch eine Optimalzone. Und Mundell fügte hinzu: „Wenn Schlachtschiff und Kreuzer nicht beisammen bleiben können“ – gemeint sind die USA und die großen europäischen Länder –, „so ist das noch kein Grund dafür, daß die ganze Flotte auseinanderfährt!“ (Nachzulesen in: „L'unification monétaire européenne“, hrsg. v. P. Salin, Paris 1974, S. 194).

Wenn also die USA nicht mehr das Flaggschiff sein können, so ist das andererseits noch kein Grund, der Bundesrepublik allein – neben der Schweiz – die Bürde einer neuen Reservewährung zuzumuten.

Man kann natürlich Zweifel hegen, ob die europäische Gemeinschaft noch oder schon eine solche optimale Währungszone darstellt. Luxemburg jedenfalls hat schon seit langem entschieden, daß es keine solche Zone sein kann, und sich mit Belgien zur monetären Union zusammengeschlossen. Eine optimale Zone soll diejenige sein, in der entweder eine einheitliche, in sich komplementäre Produktionsstruktur gegeben ist oder aber vollkommene Mobilität der Produktionsfaktoren besteht. Nun bewegen sich die Arbeitskräfte selbst innerhalb der großen europäischen Länder anerkanntermaßen schwer, und die Gastarbeiter sind das flexibelste Element. Aber auch die Kapitalströme sind allen möglichen Hemmnissen ausgesetzt; die Währungsintegration könnte mit weitgehender Ausschaltung des Wechselkursrisikos gerade die Kapitalmobilität bringen, die notwendig wäre, um das generelle Investitionsniveau in Europa zu heben.

Paradox ist, daß jedenfalls die bisherigen Beteiligten an der „Schlange“, obwohl sie über den Gemeinsamen Markt hinausragt, der Ansicht waren, diese Zone sei für sie optimal, während im Gemeinsamen Markt selbst, der doch eine gewisse Mobilität der Faktoren und sicherlich der Erzeugnisse gebracht

hat, diese Überzeugung noch nicht zum Tragen kam. Sollten hier nicht nationale Vorurteile ein wesentliches Hindernis für die Erreichung einer teilweise schon vorprogrammierten Optimalität darstellen? Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Länder der Gemeinschaft von vornherein einer solchen Zone angehören müßten. Wohl aber stellt der Kern, der sich um das Herz Europas – das Rheintal – gruppiert, potentiell eine solche Basis dar.

Wir können an dieser Stelle nicht generell die Vor- und Nachteile flexibler und fester Wechselkurse innerhalb Europas bzw. in der Welt erörtern; das sprengt den Rahmen dieses Artikels und muß einer späteren Publikation vorbehalten bleiben.

Das Problem der Methodik:

Schlange kontra Währungskorb

Der Öffentlichkeit wurde als Hauptstreitpunkt die Frage präsentiert, ob es bei dem in der bisherigen „Währungsschlange“ praktizierten System des „Parity Grid“ bleiben sollte oder ob man die Schwankungen der Währungseinheiten im Verhältnis zueinander an einem Mittelwert messen sollte, der zudem noch (nach Anteilen am Handel überhaupt, am Devisenhandel oder nach den Sozialprodukten?) gewogen würde. Für die Lösung des sogenannten „Währungskorbes“ waren ursprünglich Frankreich und Italien; auch Großbritannien, das dem ganzen Währungsprojekt von Anfang an skeptisch gegenübergestanden hatte, neigte diesem System zu. Die Bundesrepublik und die kleineren Länder (außer den Niederlanden) traten dagegen für das „Parity Grid“ ein, d. h. praktisch die Methodik der bisherigen Währungsschlange. Den Niederlanden endlich sagte man nach, sie hielten den ganzen Währungsplan letztlich für ein Manöver, um den französischen Franken wieder in die „Schlange“ hineinzubringen; und die Holländer verbanden damit die Befürchtung, das könne eben die bisherige Schlange – das monetäre Kleinsteuropa mit außergemeinschaftlichen Anhängseln – regelrecht ruinieren.

Inzwischen hat sich nun Helmut Schmidt mit Giscard d'Estaing in Aachen darauf geeinigt, eine Art Kompromißlösung anzunehmen, die in Wirklichkeit keine ist: Denn praktisch haben die Franzosen die Mechanik der „Schlange“ für die Alltagsoperationen akzeptiert, und das breitere Band, das sich aus einem Währungskorb nach Maßgabe der europäischen Währungseinheit ergeben hätte, soll als eine Art Vorwarnsystem dienen. Abgesehen von der diplomatischen Problematik – die anderen Länder werden sich für ein deutsch-französisches Diktat eventuell nicht gerade begeistern – wird damit den Wünschen vor allem der Deutschen Bundesbank Rechnung getragen.

Zweifelloso handelt es sich hier nicht nur um ein „technisches“ Problem. Die Bundesbank hatte sehr viel Interesse daran, die Annahme des Währungskorbsystems zu vermeiden: Denn die stärkeren Währungen wären damit erheblich mehr belastet worden. Die Bundesbank hätte unter Umständen allein zu intervenieren und D-Mark zu verkaufen, wenn diese allein eine Aufwertung gegenüber dem Bündel der anderen Währungen erfahren würde. Die D-Mark würde dann gewissermaßen durch den „Rücken“ einer Schlange mit durchlässiger Haut gedrückt, ohne daß die anderen Währungen auf den Bauch der Schlange heruntergittern. Zwar machte die D-Mark rund 30 Prozent des europäischen Währungskorbes aus, und dieser – der sogenannte „écu“ oder „Taler“ – würde durch dieses Gewicht mit hochgezogen; dennoch würde die D-Mark zweimal schneller aufgewertet werden.

Mit diesem stärkeren Zwang zur Intervention für „harte“ Währungen würde das Währungskorbsystem von vornherein die europäische Solidarität unterminieren. Ferner würden die Bundesbank oder der von ihr alimentierte Währungsfonds ständig D-Mark zur Aufwertungsverhinderung auf den Markt werfen müssen, womit ein gewisser Geldvermehrungsdrill in den Mechanismus eingebaut wäre.

Auf der anderen Seite ist zu befürchten, daß die bloße Beibehaltung der bisherigen „Schlangen“-Methodik Länder mit schwächeren Währungen zur Restriktion, sprich: Deflation anhalten würde. Wenn diese Tendenz genau so stark würde wie unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds, würden diese Länder vom Regen in die Traufe kommen.

Es nützt auch nicht viel, wenn man die Bandbreiten weiter spannt, also die bisherige Schlange gewissermaßen „andickt“. Kommt man wieder zu einem Auseinanderspreizen der Inflationsraten, würden so hohe Währungsfondsreserven auf die Dauer natürlich die Marktkräfte, die z. B. französische Franken verkaufen wollen, nicht eindämmen können. Soll man deshalb nun verzweifeln? Nein!

Das „Andorra-Problem“

Man wird sich daher doch noch einiges einfallen lassen müssen: Mit dem oft als Geheimwissenschaft getarnten Streit um die Bandbreiten ist es nicht getan. Zum Beispiel spricht manches dafür, die Bandbreiten für große und kleine Länder unterschiedlich anzusetzen. Das ergibt sich aus dem Stichwort „volkswirtschaftliches Gesamtgewicht“, das bei der Wägung nach dem Warenkorb eine Rolle gespielt hätte. Und davon sollte man ein Quentchen in das neue System hinüberretten.

In der Literatur ist dies Problem als das „Andorra-Syndrom“ bekannt. Wenn zum Beispiel Kapital von

den USA in die Zwergrepublik Andorra fließt, so ist klar, daß das den Marktwert des Dollars überhaupt nicht beeinflußt. Aber der Kurs der andorranischen Währung wird im Steilstart nach oben getrieben. Analog ist das auch der Fall, wenn beispielsweise deutsches Kapital nach Belgien fließt. In gewissem Umfange gilt das aber auch für bevölkerungsmäßig gleich starke, aber einkommens- und währungsmäßig schwächere Länder wie Italien und Großbritannien. Also erscheint es sinnvoll, wenn man bei starken Ländern eine schmalere Bandbreite einsetzt, bei schwachen und kleineren aber, sagen wir, eine anderthalb mal so große. Das hieße teilweise Anerkennung des Warenkorbsystems. Noch ist es nicht zu spät dafür: Das könnte vielleicht Großbritannien an den Tisch zurückbringen und Italien bei der Stange halten.

Sicher ist eines: Das Währungsschema kann keinen Freibrief für ungehemmte Inflations- oder Deflationstendenzen ausstellen. Wer nach der einen oder anderen Seite hin übertreibt, dessen Währung wird früher oder später nach oben oder unten hin durch die Schlangenhaut getrieben, mag die Schlange auch noch so dick sein. Das bedeutet in erster Linie, daß man in West- und Südeuropa die Inflation im Zaum halten muß, aber es bedeutet auch, daß wir Deutschen es uns nicht leisten können, unser Wachstum allzu stark zu dämpfen. Man muß sich in einer gesunden Mitte treffen.

Geschleht das nicht, kommt es zu Auf- und Abwertungen innerhalb der Schlange oder zum regelrechten Ausscheiden aus dieser, also zu ihrer erneuten Amputation bzw. zum Scheitern des ganzen Systems. Aber auch die Auf- und Abwertungen wären schlimm: Sie würden das ganze Erwartungs-Spekulationsklima aus der Zeit vor dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Festkursystems wieder aufleben lassen.

Ein Heilmittel: Der „Crawling-Peg“

Will man beide Gefahren vermeiden, dann bietet sich dazu eine Methodik an, die bisher gar nicht diskutiert worden ist: Nämlich der „Crawling-Peg“-der „kriechende Festpunkt“, eine stufenweise Neubewertung der Währungen innerhalb der Schlange in regelmäßigen, nicht zu langen Abständen, nach Maßgabe der Entwicklung der Preisniveaus. Damit würden Überraschungseffekte, Schwankungen in den Erwartungen und Spekulationsübertreibungen im Keime erstickt. Zwar bestünde – wie etwa Küng warnend betont hat – die Gefahr, daß breite internationale Finanzkreise ihre Gelder dann eben in einer periodisch aufgewerteten Währung wie der D-Mark anlegen und daraus eine Reservewährung machen. Dem kann man aber erstens durch gezielte Zinssenkungs- und Geldpolitik begegnen – die freie

Schweiz hat sich dabei sehr erfindert in dirigistischen Maßnahmen gezeigt – zweitens durch eine bewußte Wachstumsanheizung (dafür ist diese Reservewährungsgefahr vielleicht gerade der richtige Antrieb, der sonst bei Überschußländern fehlt), und drittens kann man dem durch systematischen Kapitalexport großen Stills begegnen, wobei hier dann vielleicht ein Antrieb zur Anhebung unserer bejammernswerten Quote in der Entwicklungshilfe läge.

Im übrigen braucht das keine so divergierenden Ausmaße anzunehmen: Wenn man weiß, daß beispielsweise – wie 1958/1968 – drei Gruppen von Ländern mit jeweils einer langfristigen Inflationsrate von zwei, drei und vier Prozent gegeben sind, so lassen sich doch auf die Dauer alle drei Raten im Schlangenteil unterbringen, wenn eine laufende Anpassung der Kursrelationen innerhalb der Schlange in glattem, allmählichem Übergang erfolgt.

Das kann z. B. an Schwellenwerte gebunden werden: Wenn beispielsweise eine Währung drei Monate hindurch am Bauch der Schlange hängen bleibt und gestützt werden muß, so kann eine automatische Anpassung durch, sagen wir, 2,5 Prozent Abwertung vorgesehen werden – nach weiteren drei Monaten wiederum usw. Das Gegenteil würde der Fall sein, wenn eine höherbewertete Währung auf dem Rücken der Schlange verbleibt – sie wäre stufenweise aufzuwerten. Mit einer solchen Automatik wäre aber – und das ist vielleicht das Entscheidende – der entstabilisierende Spekulation das Genick gebrochen!

Eines erscheint jedenfalls als sicher: Wenn man gar nichts Neues unternimmt und nur die alte „Schlange“ zur Boa umzubauen gedenkt, läuft man tatsächlich Gefahr, an den Klippen zu scheitern, die vorgestern den Franken Giscard aus der Schlange trieben. Hingegen könnte man mit dem neuen System „kriechender Anpassungen“ nicht nur der Spekulation das Wasser abgraben, weil sie gewissermaßen vorprogrammiert wird, sondern auch die Währungen allmählich besser zusammenführen.

Was wäre die Alternative?

Versuchen wir kurz eine weitere Frage zu beantworten: Was würde geschehen, wenn es nicht zur Währungsharmonisierung käme?

Zunächst würde es von Zeit zu Zeit immer wieder plötzliche und scharfe Ent- und Aufwertungen von Währungen geben, teils infolge endogener inflationärer Vorgänge, teils wegen politisch bedingter Kapitalfluchtpanik. Vor allem die Entwertungen würden entstabilisierend wirken, speziell über die steigenden Importpreise in diesen Ländern, die die Inflation kumulativ anheizen und Sozialkonflikte heraufbeschwören, die unlösbar zu werden drohen;

der Stimulus für die Exporte kann das nicht kompensieren.

Oft ist auch die Exportstruktur der betroffenen Länder nicht flexibel genug, um die entsprechende Produktionssteigerung vornehmen zu können, die man durchführen muß, weil man mehr Güter des Inlands für weniger Güter des Auslands hingeben muß – denn das ist schließlich die reale Folge einer Währungsentwertung. Zudem wirkt der Währungsverfall für die Europäische Gemeinschaft wie ein Importzoll – und droht damit die mühselig zustandegebrachte EWG-Zollunion wieder zunichte zu machen, ganz zu schweigen von den ähnlichen Effekten für das „grüne“ Agrareuropa. Darin liegt der eigentliche Sprengsatz für Europa, den Kannengießer Helmut Schmidts Währungsplänen zuschieben wollte (s. o.)!

Es sind vor allem beschäftigungspolitische Sorgen, die die Regierungen der bisherigen Abwertungsländer gegen die neuen Währungspläne auftreten lassen. Sie glauben, daß das neue Schema sie zu stärkerer Deflationspolitik zwingen könnte, und erhoffen sich das Heil von flexiblen Wechselkursen.

Indessen haben Studien wie die Mundells schon 1961 nachgewiesen, daß flexible Wechselkurse international gesehen weder Arbeitslosigkeit noch Inflation kurieren. Heute muß man sogar annehmen, daß die flexiblen Kurse eher die Inflationstendenz verstärkt haben; jedenfalls lief beides parallel. Vielleicht liegt es auch daran, daß in diesem System keine Zahlungsbilanzkrisen mehr auftreten, die früher den Regierungen die Entschuldigung dafür lieferten, Antinflationmaßnahmen treffen zu müssen, die schmerzten.

Flexible Kurse können nur dann Arbeitslosigkeit und Inflation wirklich dämpfen – so wies Mundell nach –, wenn jede in sich homogen geschlossene Region ihre eigene Währung hätte. Das hieße aber Rückkehr zu mittelalterlichen Zuständen und Zwergstaaten! Außerdem würde mit diesen kleinen Währungsräumen die Spekulation Fangball spielen: Sie wären bald Opfer des „Mokkataseneffektes“ – so genannt, weil beispielsweise ein Zustrom von Kapital nach den USA wie das Zuschütten von Kaffee in eine Riesenkaffe wirkt, also nichts überlaufen läßt, während der gleiche Zustrom in die winzige „Mokkatasse“ der Schweiz sofortiges Überlaufen bewirkt.

Endlich basiert die klassische monetaristische These der flexiblen Wechselkurse noch auf der Annahme, daß die betreffenden Wirtschaftsräume und -kreise Veränderungen ihres Realeinkommensniveaus beispielsweise in Form von Prei- und Lohnerhöhungen direkter Art nicht hinnehmen, wohl aber indirekt über Wechselkursänderungen. Letztlich ist das eine neue Form der „Geldillusion“ –

auf diese hatte seinerzeit Keynes seine Hoffnungen gegründet, und auf diese neue Form gründen nun seine Gegner paradoxerweise die Ihrige. Wenn aber Wechselkursänderungen kleine Länder mit hohem Importanteil treffen, so wird hier ziemlich rasch klar, daß beides auf dasselbe hinausläuft. Diese besonders „Geldillusion“ funktioniert also nur, wenn der Währungsraum groß genug ist. Ist das eine Chance für die europäischen Währungsunionenpläne? Sicher ist eines: Das Kleinhalten der Währungsräume ist keinesfalls eine Alternative.

Offene Fragen und Themen für vertiefte Untersuchungen

Das alles soll nicht heißen, daß die Schmidtschen Pläne alle Probleme lösen würden. Vielmehr taucht eine ganze Reihe weiterer Fragen auf, wenn es gelänge, wieder einigermaßen feste Wechselkursrelationen zwischen europäischen Ländern herzustellen. Vielleicht würden damit Investitionen über die Grenzen hinweg wieder intensiver, und das gesamteuropäische Wachstum würde somit angeregt.

Unter flexiblen Wechselkursen war die Geldpolitik konjunkturell wieder wirksamer, die Fiskalpolitik schwächer geworden: ein Haushaltsdefizit konnte von Einfuhrüberschüssen mattgesetzt werden, wenn die Geldmenge konstant gehalten wurde. Nur wenn dies nicht geschah, gewann auch die Fiskalpolitik unter flexiblen Wechselkursen an Kraft. Insoweit moderne Sozialisten keynesianische Fiskalpolitik befürworten, mag bei der Rückkehr zu festen Kursen innerhalb der EWG die sozialistische Konzeption der Konjunkturpolitik gestärkt werden, während die oft beklagte Macht der Zentralbanken abnehme. Die Fiskalpolitik gewänne einen direkten Einfluß auf die Geldmenge.

Paradoxerweise hatte die Handelspolitik (also Kontingentierung und Exportsubvention) unter flexiblen Wechselkursen gar keinen Einfluß mehr: Insofern sind die Ratschläge der sogenannten Cambridge-Schule Wynne Godlays und anderer in Großbritannien verwunderlich, weil diese Schule solche Handelspolitik empfiehlt, aber gleichzeitig monetären Alleingang mit flexiblen Kursen predigt. Für neoliberale Anhänger des Gemeinsamen Marktes dagegen wird es ein Schock sein, wenn sie erfahren, daß ausgerechnet die neuen Währungsstabilisierungspläne handelspolitische Methoden zur Wiederabschaffung vom Gemeinsamen Markt erneut wirksamer machen.

Die relative Schwächung der Geldpolitik kann andererseits der Inflation in Europa neuen Auftrieb geben. Man wird jedoch auch berücksichtigen müssen, daß damit konservativen Zentralbanktendenzen ein Riegel vorgeschoben wird und daß dort, wo die Unabhängigkeit vielleicht etwas über-

trieben wurde, eine Art Zweitreglerung beseitigt wird, die konjunkturpolitisch ungut gewirkt hat. In föderativen Gebieten wie der Bundesrepublik geben die Schmidtschen Währungspläne der Regierung vielleicht auch konjunkturpolitisch teilweise wieder das Heft in die Hand, gewissermaßen als unbemerkte Nebenwirkung. Allerdings wird man bedenken müssen, daß das hier Gesagte nur teilweise zutrifft: Denn außerhalb der neuen Währungsgemeinschaft hätte man es ja nach wie vor mit einem System flexibler Wechselkurse, sei es auch zwischen großen Blöcken, zu tun. Trotzdem bleibt ein Fazit: Die neuen Währungspläne repräsentieren nicht nur eine Hoffnung – sie repräsentieren handfeste Vorteile und werden vielleicht dazu beitragen, Europa einen Teil seines alten Ranges in der Welt zurückzugewinnen – und nebenbei fortschrittlichere Kräfte in der Konjunkturpolitik innerhalb der Gemeinschaft zur Geltung bringen.

Zeitschrift europäische Ideen 1978

Heft 38 Erziehung zur Würde

Havemann, Nollau, Bahro, H. Brandt, W. Leonhard, J. Becker, E. Pohl, Kolakowski, Wirpsza, Böll, Kundera, Jentzsch, Grass/Kaiser, Röhmke, Heinrichs.

Heft 39 Anarchismus, Faschismus

Augustin Souchy Tilo Medek, E. Hilsenrath, E. Sommer, Heinrichs, Heynicks, Sonka

Heft 40 Terror oder Demokratie?

G. Zwerenz, R. Giordano, H. Jäckel, Drewitz, Blenck, Reinfrank, H. Kasten, Pohl, Stöbs, Heynicks

Heft 41 John H. Herz zum 70. Geburtstag

Oesip K. Flechthelm, J. Agnoli, P. v. Oertzen, Almond, Brahm/Karls, Czempliel, Duchacek, Edinger, von Eynem, Hendel, Hula, Kirchheimer, Morgenthau, Wengler, Wolfers

Heft 42 Briefe

Heft 43 Altern/Tod, Mühsam-Umfrage

Kurt Heynicks, Bruno Frei, Günter Dallmann, Augustin Souchy, Karl Retzlau, Carl Meffert, Gabriela Tergit, Kurt Hiller, Horst H. W. Müller, Sonka, Erich Fried, H. G. Adler, S. Szende. Witold Wirpsza zum 60. Geb.: Karl Decksius

pro Heft 5,— DM, Abo 78, 6 Hefte, 27,— DM plus Versand

Augustin Souchy, *Reise nach Rußland (1920). Über Arbeiter, Bauern und Bolschewisten*, Berlin 1920. 140 S. Koproduktion mit Guhl. Nachwort Souchys nach 58 Jahren. DM 10,—

Ernst Sommer, *Revolte der Heiligen*. Reprint. Gewidmet den Helden des Warschauer Gettos, zuerst erschienen 1944 in Mexiko. Ca. 240 Seiten. Mit Pressestimmen und einem Nachsatz von Vera Riegerova. Koproduktion mit LitPol. DM 15,—.

Arthur Silbergleit, *Der ewige Tag*. Gedichte. Hrg. von der Künstlergilde der Jüdischen Gemeinde zu Berlin 1935, 40 Seiten. Neu hrg. und mit einem Nachwort versehen von Horst Blenck. DM 9,—.

Gerald K. Zschorsch, *Schattenstadt*. Lyrik, Prosa, Funke-Zählung. Ca. 100 Seiten. Koproduktion mit Guhl. DM 8,—.

Walter Kolbenhoff, *Untermenschen*. Reprint. Kopenhagen 1933. Mit einem Nachwort und Pressestimmen. Ca. 250 Seiten. Koproduktion mit Guhl. DM 12,—.

Kurt Hiller, *Geist werde Herr*. Berlin 1920. DM 10,—.

Kurt Hiller, *Rote Ritter*. Erlebnisse mit deutschen Kommunisten. Gelsenkirchen 1951. Beide Titel im Reprint, Nachworte von Horst H. W. Müller. DM 10,—.

Verlag europäische Ideen

PF 246, 1000 Berlin 37

Eckhard Linnenkohl: Entspannung und Technologie transfer

Welche Beziehungen bestehen eigentlich zwischen Entspannung, Technologie, Sicherheit und westlicher Außenwirtschaftspolitik? Diese Frage wurde im Juli 1978 nach ein paar Jahren relativ ungetrübter ökonomischer Ost-West-Beziehungen für kurze Zeit ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gebracht. US-Präsident Carter reagierte auf Prozesse gegen sowjetische Dissidenten mit dem Lieferungsverbot für einen von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS geordneten Computer und mit Beschränkungen für den Export von Erdölbohrgeräten. In seiner entspannungspolitischen Dimension war das Ausfuhrverbot Carters insofern von Bedeutung, als erstmalig in den 70er Jahren die Technologie eines westlichen Entspannungspartners aufgrund innergesellschaftlicher Vorgänge im Lande des östlichen Technologieempfängers beschränkt und der politische Rahmen intersystemarer Wirtschaftsbeziehungen verdeutlicht wurde.

Oberdies erinnerten die ergriffenen, zum Teil wieder aufgehobenen embargo politischen Maßnahmen an die Diskussion der Effizienz embargo politischer Instrumente der USA in den 50er und 60er Jahren. Gleichzeitig wurde sichtbar, daß die UdSSR aufgrund ihres niedrigen technologischen Niveaus weiterhin bestimmte Güter im westlichen Ausland erwerben muß, dabei aber die Konkurrenz privater Unternehmen ökonomisch und politisch nutzen kann. Die sicherheitspolitische Komponente der konkreten embargo politischen Maßnahme Carters trat nicht in Erscheinung, da ihr Motiv nicht in der Absicht begründet lag, dem Ausbau des sowjetischen Rüstungspotentials durch Technologieverweigerung zu begegnen. Vielmehr wurde auf repressive Tendenzen in der sowjetischen Gesellschaft in einer materiell faßbaren Form geantwortet, die über den verbalen Protest hinausging.

Die Tatsache, daß ein Land durch handelspolitische Instrumente der Technologieverweigerung getroffen werden soll, setzt aber offenbar eine ökonomisch-technologische Verwundbarkeit voraus, die dem Technologieleferanten als Systemmerkmal bekannt ist. Und in der Tat sind die Probleme technischen Fortschritts und industrieller Innovation für die Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gravierender als für Länder mit kapitalistischem Marktsystem. Die Frage, wie Entspannung mit diskriminierenden handelspolitischen Akten vereinbar ist, ist mit der Frage, wie „strategische“ Güter dem potentiellen militärischen Gegner vorenthalten werden können, nicht direkt verbunden. Grundsätzlich unterscheiden sich beide Fragen gegenwärtig dadurch, daß mit dem „moralischen“ Embargo eine politische Einflußnahme in der Gesellschaft des Entspannungspartners intendiert ist, bei der aktuellen Liste der

verschiedenen Exportrestriktionen unterworfenen Güter mit militärischen Verwendungsmöglichkeiten aber das sicherheitspolitische Ziel militärisch-technologischer Überlegenheit vorrangig ist.

Technologie und Sicherheit

Technologieverweigerung aus militärischen Motiven heraus beschränkt sich in den USA zur Zeit auf hochentwickelte Produkte, die 1972 vom Equal Export Opportunity Act erfaßt wurden (vgl. Marshall I. Goldman, *Détente and Dollars. Doing Business with the Soviets*, New York 1975, S. 50 f.). Dieses Gesetz bestimmt zwar weiterhin Ausfuhrkontrollen, hebt sie aber faktisch für alle Güter auf, die RGW-Staaten bei anderen westlichen Handelspartnern erwerben können. Letztlich demonstrieren die noch vorhandenen Regelungen, daß der west-östliche Außenwirtschaftsverkehr durch die internationale Konkurrenz privater Unternehmen bestimmt wird, deren Marktinteressen mit nationalen Sicherheitszielen abgewogen werden müssen.

Unter den Ökonomen, die sich mit dem Export westlicher Technologien in zentral-administrativ gesteuerte Volkswirtschaften befassen, beschäftigen sich nur wenige mit der sicherheits- oder entspannungspolitischen Seite. Tun sie es trotzdem, wird der Fortgang der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in düsteren Farben gemalt und für die westlichen Handelsnationen gar die Überlebensfrage gestellt. So glaubt der amerikanische Ökonom Sutton, „daß der Handel mit der Sowjetunion von 1917 bis heute der westlichen offenen Gesellschaft einen Feind erster Größe aufgebaut hat“ (Antony C. Sutton, *Der seltsame Selbstmord. Amerikas Militärhilfe an Moskau*, Bern 1978, S. 44). Hier begründen kommerzielle Beziehungen eine kausale Beziehung zwischen sowjetischer Aufrüstung und westlichem Technologietransfer. Das Beispiel sowjetischer Waffenlieferungen während des Vietnamkrieges soll demonstrieren: „Im Falle der Sowjetunion haben sich die steigenden Importe technisch fortgeschrittener Güter und Kenntnisse aus dem Westen in erhöhter Feindseligkeit und erfolgreicherer militärischen Operationen niedergeschlagen“ (Sutton, S. 45).

Diese Schlußfolgerungen widersprechen der Annahme einer Frieden fördernden Funktion zwischen gesellschaftlichen Technologietransfers. Die von Sutton angenommenen Folgen westlicher Technologie in Osteuropa sind vielfältig: Über die Erhaltung der technologischen Lebensfähigkeit hinaus wird angeblich die UdSSR in ihrer Aufgabe, als ideologisches Leitbild für revolutionäre Kräfte in aller Welt zu dienen, unterstützt.

Nicht weit von dieser Sichtweise ist die Argumentation des Marburger Nationalökonom Röpke angesiedelt, der ausgehend von einer dezidiert „liberalen“ Haltung zu dem Ergebnis kommt, daß die

RGW-Staaten mit dem Import westlicher Güter eben auf jene inneren Reformen verzichten, die zur Eigenproduktion nötig wären (vgl. Jochen Röpke, Der importierte Fortschritt. Neuerungsimport zentral-koordinierter Systeme, in: „ORDO“, Band 27 [1976], S. 237 ff.). Auf diese Weise erhalten zentral-koo-ordinierte Systeme „Überlebenshilfe“, wird Liberalisierung angeblich durch „Evolutionimport“ ersetzt.

All diese Interpretationen sind durch eine Reihe von Mängeln gekennzeichnet. Der Ambivalenzcharakter jedes ökonomischen Austausches mit RGW-Ländern, der durch die Gleichzeitigkeit von Nutzen und Risiken unterschiedlicher ökonomischer und politischer Effekte zum Ausdruck kommt, wird vollkommen ignoriert (vgl. zum Ambivalenzcharakter der Entspannungspolitik Friedemann Müller, Sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, in: Jost Delbrück u. a. [Hrsg.], Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, Köln 1977, S. 274 ff.). Für den west-östlichen Technologiestrom heißt das, daß dieser zwar Wachstumsimpulse für die osteuropäischen Volkswirtschaften bringt, daß mit diesem Fluß aber auch Ansätze zu einem zwischen-gesellschaftlichen Kommunikationsnetz entstehen, die östliche Abschirmungsbemühungen durchkreuzen.

Die Transferkritiker konzentrieren sich in ihrer Analyse auf das betriebswirtschaftliche Gewinnmotiv der privaten Unternehmer, das prinzipiell ja befürwortet wird, und appellieren an die Kapitaleigner, sich der militärischen Konsequenzen ihrer Ostexporte bewußt zu sein. Es mutet geradezu kurios an, wie Vertreter marktwirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen das eigentlich „natürliche“ Streben nach Markterschließung im osteuropäischen Raum kritisieren. Da ist die Rede von einem „Schauspiel lockerer Zusammenarbeit von Geschäftsfirmen, deren Sicht nicht weiter reicht als die Feder eines Buchhalters“ (Jan S. Prybyla, Der westliche Technologie-Transfer in die UdSSR, in: Stefan Graf Bethlen [Hrsg.], Osthandel in der Krise, München/Wien 1976, S. 219). Oder die im Ostgeschäft aktiven Unternehmer erscheinen als Geschäftsleute, „welche zwar normalerweise logisch argumentieren, aber auf diesem Gebiet (im Ostgeschäft) selbstverfertigte Scheuklappen tragen“ (Sutton, S. 19). Nachdenkenswert ist jedoch die Feststellung: „Die Großindustrie des Westens rüstet also den potentiellen Kriegsgegner auf, hält damit den Rüstungswettlauf in Gang und sich selbst im Geschäft“ (Jochen Röpke, Osthandel, Liberalisierung, Rüstungswettlauf. Kritische Anmerkungen zur Ost-West-Kooperation, in: „Die politische Meinung“, Juli/August 1975, S. 40). Diese Annahme könnte jedoch nur dann annähernd Gültigkeit erlangen, wenn westliche zli-

vile Technologien ohne Schwierigkeiten in militärische verwandelt werden können.

„Transferkanäle“

Ein weiterer Mangel der Transferkritik ist die Vernachlässigung der unterschiedlichen Übermittlungsformen von Technologie (Lizenznahme, Betriebskooperation, Direktinvestition). So können zwar Warenimporte der UdSSR aus dem Westen Wissen vermitteln, das Wissen um die zur Herstellung dieser Güter notwendige Produktionstechnologie ist damit jedoch noch lange nicht gegeben. Überdies wäre eine Strategie der Imitation importierter Techniken zu zeitaufwendig und ineffizient.

Technologietransfer in RGW-Staaten unterscheidet sich durchaus vom Technologieexport in Entwicklungsländer, die von manchen Ökonomen gerne mit den osteuropäischen Nationen verglichen werden. Die höheren Forschungs- und Entwicklungsaufgaben der RGW-Staaten, der Erwerb meist unangepaßter Techniken (d. h. die Rücksichtnahme auf die einheimische wissenschaftlich-technische Infrastruktur und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten ist weniger groß) und die aufgrund des höheren Industrialisierungsgrades und besserer Faktorausstattung geringeren Eignungs- und Übertragungsmängel bei der Übertragung der Technik sind Hauptunterschiede.

Ein Ergebnis der Diskussion zur Technologieübertragung in Entwicklungsländer ist die Überzeugung, daß Technologien „angemessen“ sein und positive Beschäftigungseffekte erzielen müssen. Die Knappheit des Faktors Arbeit in den RGW-Ländern verlangt aber die Einfuhr und Anwendung kapitalintensiver Technologien. Im übrigen besteht eine Abhängigkeit des technologischen Austausches von einer Politik der Entspannung. Die zweckmäßigste Strategie zur Kapitalintensivierung der Produktion besteht für die östlichen Entspannungspartner in der Nutzung der „Transferkanäle“ in Form von Lizenzgeschäft und industrieller Kooperation. Letztere Form ist am ehesten geeignet, Produktionstechnologien und Fertigungs-Know-how zu liefern.

Problem technischer Fortschritt

Die Transferkritiker halten zwar die RGW-Staaten für prinzipiell innovationsunfähig, müssen aber für die Tatsache, daß auch zentral-administrative Systeme Spitzen-technologien hervorgebracht haben, eine stichhaltige Argumentation suchen. Diese glaubt man in der Annahme zu finden, daß im militärischen Sektor eines Landes wie der UdSSR der Forschungs- und Innovationsprozeß durch Konkurrenzverhalten von Wissenschaftlern gefördert wird. Diese Annahme ist jedoch nicht hinreichend belegt; sie entspringt vor allem auch der Verherrlichung liberaler Konkurrenzideologie.

In Wirklichkeit ist der Erfolg jeder Innovations-tätigkeit im Bereich von Spitzenerzeugnissen abhängig von der Ressourcenzuteilung für den betreffenden Forschungsbereich. Ein Grund für die technologische Überlegenheit der USA in den 60er Jahren war die umfangreiche staatliche Forschungsförderung und Kapitalbasis der Konzerne. Da auch im privatwirtschaftlichen System Parallelforschung, Doppelarbeit und Konkurrenz durchaus nicht immer innovative Folgen haben, sondern zur Ressourcenverschwendung führen, dürfte für zentral-administrative Systeme in der Stimulierung von Konkurrenz kein Allheilmittel liegen.

Da gerade in marktwirtschaftlichen Systemen technischer Fortschritt erfolgreich durch umfangreiche staatliche Förderungsprogramme zunehmend geplant und organisiert wird, kann man planende Strategien nicht prinzipiell als erfolglos bewerten (vgl. zu diesem Punkt Ulrich Hoyer, Zentrale Planung und Technischer Fortschritt. Probleme seiner Organisation und Durchsetzung am Beispiel der sowjetischen Industrie, Gießen 1977, S. 206 f.).

Technischer Fortschritt gilt in der Nationalökonomie als wichtiger Faktor neben Kapital und Arbeit. Durch Schaffung neuer Produkte und Produktionsverfahren bewirkt er Produktivitäts- und Wachstumssteigerungen, die letztlich die Position einer Volkswirtschaft in der Weltwirtschaft bestimmen.

Probleme des technischen Fortschritts in Osteuropa sind mit einer Reihe struktureller Ursachen verknüpft, von denen besonders die zu starke Trennung zwischen Produktion und Forschung genannt werden muß (vgl. Eric W. Hayden, Technology Transfer to East Europe. U.S. Corporate Experience, New York 1976, S. 8). Weitere Ursachen liegen in der begrenzten Unternehmensautonomie, die Innovationsentscheidungen behindert, in zu geringen Neuinvestitionen und in der unverhältnismäßig langen Zeit zwischen Erfindung und industrieller Anwendung (siehe hierzu exemplarisch K. I. Klimentko u. a., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Effektivität, Berlin [Ost] 1972).

Entspannungskritiker übersehen in der Regel die militärische Bedeutung der geringen Fortschrittsrate in den RGW-Ländern; denn die verspätete Überleitung von Forschungsergebnissen und Wissen in den Produktionsprozeß muß letztlich auch den organisatorisch unabhängigeren militärischen Sektor berühren. Dies gilt grundsätzlich auch für die Behandlung von westlichem Know-how.

In der Phase der Entspannung haben die RGW-Staaten zwar verstärkt hochwertige Güter aus dem westlichen Ausland importiert, seriöse ökonomische Studien verweisen aber überzeugend auf den Fortbestand der technologischen Lücke zwischen Ost und West in der Zukunft (vgl. Joseph S. Berliner, The Innovation Decision in Soviet Industry, Cam-

bridge [Massachusetts]/London 1976, S. 538, und Jiri Sláma/Heinrich Vogel, Comparative Analysis of Research and Innovation Processes in East and West, in: C. T. Saunders [Hrsg.], Industrial Policies and Technology Transfer between East and West, Wien/New York 1977, S. 106).

In den letzten Jahren erhielt die Elektronikbranche, in der diese Lücke besonders stark sichtbar wird, wachsende Bedeutung. So wuchs der Output von Computern und Computerteilen in der UdSSR in der Planungsperiode 1971–1975 um rund 33 Prozent jährlich. Im Gegensatz zu den sowjetischen Erfolgen in der traditionell bevorzugten Eisen- und Stahlindustrie und im Werkzeugmaschinenbau bestehen in den forschungsintensiven Branchen Innovationsdefizite. Zwischen dem besten amerikanischen und dem besten sowjetischen Computer vergrößerte sich der Rückstand von 1967 bis 1973 von vier auf zehn Jahre (vgl. R. W. Davies, The Technological Level of Soviet Industry: An Overview, in: Ronald Amann u. a. [Hrsg.], The Technological Level of Soviet Industry, New Haven/London 1977, S. 44).

Jüngere Stellungnahmen der SED zeigen ein starkes Interesse am Einsatz von Mikroprozessoren und numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen. Während die EDV in der Marktwirtschaft den Status einer staatlich geförderten Schlüsseltechnologie hat, die für die Weltmarktposition der nationalen Industrie und für die Produktivität vieler Branchen Bedeutung erlangt, soll sie in den RGW-Ländern vor allem auch Mängel und Widersprüche im Planungssystem überwinden helfen.

Transferkritiker können zwar mahndend auf die Verwandtschaft östlicher EDV-Systeme mit westlichen aufmerksam machen, doch können sie sich mit den Schwierigkeiten bei der Typenvereinheitlichung trösten. Ob und wie z. B. integrierte Schaltkreise aus zivilen Technologien amerikanischer Elektronikkonzerne in östlichen Waffensystemen in Erscheinung treten, ist zum Teil der Spekulation zu überlassen. Die 1978 in Japan analysierte Mig-25 eines aus der UdSSR geflohenen Piloten zeigte keine westlichen Technologien. Klar wurde zudem, daß in der sowjetischen militärischen Produktion offenbar der Grundsatz gilt, mit einem gegebenen Input relativ einfacher Techniken und billiger Rohstoffe möglichst leistungsfähige und viele Waffen herzustellen.

Nur wenige Ökonomen verweisen auf die Tatsache, daß die Technologieströme im Ost-West-Wirtschaftsverkehr nicht nur in eine Richtung gehen (siehe Philip Hanson, The Import of Western Technology, in: Archie Brown/Michael Kaser [Hrsg.], The Soviet Union since the Fall of Krushchev, London/Basingstoke 1975, S. 18). Technologische Kooperation ist grundsätzlich eine normale Form

internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Für die Entspannungskritiker ist sie einfach abnorm.

Sutton versucht die „Abnormalität“ ökonomischer Ost-West-Beziehungen an Beispielen zu demonstrieren. Verwiesen wird auf die während des spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) von der UdSSR nach Spanien gelieferten Panzer, die auf amerikanischen oder britischen Modellen basierten, auf die während der Kuba-Krise 1962 mit Raketen nach Kuba fahrenden sowjetischen Schiffe ohne sowjetischen Original-Antriebsmotor, auf das Fiat-Typen produzierende Togliatti-Werk mit „strategischen“ Technologien (Bohrmaschinen, Pressen, Fließbänder) und auf westliche Firmen, die bei der Lösung militärischer Aufgaben einsetzbare Computer liefern. Daß auch die Lieferungen aus dem RGW-Bereich militärische Bedeutung (und zwar logistischer Art) haben können, wird nicht reflektiert.

Einschränkungen der bestehenden Ost-West-Kooperation würden die latent vorhandenen autarken Tendenzen im RGW-Bereich erneut zum Ausbruch kommen lassen, ohne dadurch ein Plus an militärischer Sicherheit für den Westen zu schaffen. Aus der Kenntnis der organisatorisch bedingten Probleme der östlichen Handelspartner, technischen Fortschritt zu produzieren, kann nicht folgen, eine Schwachstelle durch wirtschaftliche Kampfmittel auszunutzen. Das Feld der Wirtschaftsbeziehungen ist, anders als die militärische Ebene, ein Bereich, in dem Fortschritte immer wieder möglich sind.

Technologieverweigerung kontra Entspannung?

Das Ausfuhrverbot Carters, das im Kontext von Dissidentenurteilen und Menschenrechtspolitik entstand, war nach Meinung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (20. 7. 1978) ein „offenbar präzise platziertes politisches Unternehmen“. Ein so „präzise“ konzipierter Akt kann angesichts der Embargoerfahrungen der 50er und 60er Jahre jedoch nicht mehr bewirken als eine Demonstration. Voraussetzung für die Wirksamkeit einer noch so begrenzten Maßnahme sind in der Embargothorie verschiedene wirtschaftliche und organisatorische „Idealbedingungen“ (vgl. hierzu Rolf Hasse, Theorie und Politik des Embargo, Köln 1973, S. 475 f.). Zu diesen Bedingungen zählen eine auf den Embargo-Initiator orientierte Exportstruktur des Embargogegners, traditionell geringe Exporte des Embargo-Initiators in das Land des Embargogegners, das Fehlen binnenwirtschaftlicher Substitutionsmöglichkeiten des Embargogegners und die Möglichkeit, Importe aus dem Land des Embargogegners durch Eigenproduktion oder Bezug aus Drittstaaten zu ergänzen; schließlich eine Embargoallianz, eine zentrale Kontrollinstanz, lückenlose Kontrollverfahren, gleichmäßige Verteilung der Embargolasten unter den Embargoteilnehmern und die Wirkungslosigkeit

von Gegenmaßnahmen des Embargogegners.

Das noch bestehende Embargo der NATO-Mitgliedsstaaten und Japans funktioniert allerdings deshalb hinfänglich, weil die immer wieder gekürzte Liste der vom Export ausgeschlossenen „strategischen“ Güter so kurz ist und ein internationaler Konsens über die Verweigerung weniger Spitzentechnologien (vornehmlich aus dem Bereich der Datenverarbeitung) noch relativ unproblematisch ist. Diese noch bestehende Liste ist aufgrund ihres geringen Umfangs und der Tatsache, daß sie den allgemeinen Technologiestrom in den RGW-Bereich nicht behindert und kein Staat dem potentiellen Gegner die jüngsten kommerziellen, militärisch aber nutzbaren Errungenschaften zur Verfügung stellt, legitim.

Im März 1976 wurde in Brüssel auf einer Konferenz der NATO über technologische Kooperation mit Staaten des Warschauer Pakts der Vorschlag artikuliert, bestehende Exportregulierungen variabel zu gestalten, indem von Zeit zu Zeit bestimmte Produkte freigegeben werden (siehe zu den Ergebnissen dieser Konferenz: NATO-Directorate of Economic Affairs [Hrsg.], East-West Technological Co-Operation. Main findings of Colloquium held 17th–19th March, 1976 in Brussels, Brüssel o. J.). Ein weiterer Vorschlag geht dahin, zunehmend „antistrategische“ Güter (vor allem Konsumgüter) in den RGW-Bereich zu liefern. Beide Vorschläge können den Entspannungsprozeß kaum gefährden.

Eine Verletzung der in der Schlußakte von Helsinki erklärten Absichten zur Ausweitung des intersystemaren Warenverkehrs und zur schrittweisen Beseitigung von Handelshemmnissen hätte allerdings die von Röpke vorgestellten Möglichkeiten von Maßnahmen zur Folge, die die „Überlebenshilfe“ für die osteuropäischen Länder einschränken sollen. Diese Maßnahmen sind gestaffelt und umfassen die Offenlegung von Vertragsabschlüssen, den Abbau von Exportvergünstigungen, die Koppelung des Osthandels an „liberale“ Reformen, die Beschränkung auf Konsumgüterlieferungen oder den Export „humanitärer“ Produkte und schließlich gar die Aufgabe von Wirtschaftskontakten überhaupt. Auch die Befolgung nur einer dieser Maßnahmen würde die westlichen Länder der Möglichkeit berauben, durch verstärkten Technologie- und Warenaustausch, durch den gemeinsamen Vertrieb von Produkten oder die gemeinsame Fertigung in der industriellen Koproduktion die wechselseitige Abhängigkeit zu steigern und durch diese Interdependenz die zwischengesellschaftliche Kommunikation zu verbessern.

In dem von der CDU im August 1978 vorgelegten Papier zum Einsatz wirtschaftlicher Sanktionen im innerdeutschen Handel zeigt sich ebenfalls, daß Ökonomie kein beliebiger Hebel zur Erlangung politischer Ziele ist. Obwohl die CDU sich offenbar

dieser Tatsache bewußt ist, werden eine Überprüfung des Katalogs von Waren für die DDR, Sanktionen im Rahmen der Kreditbeziehungen usw. erwogen.

Die Bevölkerung erscheint in den Vorstellungen jener, die embargopolitische und diskriminierende Maßnahmen planen, kaum. Sie sollte jedoch neben Friedensabermühungen im Zentrum aller wirtschaftlichen Beziehungen stehen, da ihr Lebensstandard, ihre Kommunikationsmöglichkeiten, ihr Freiheits-spielraum und ihre Haltung zum westlichen Entspannungspartner ungeachtet flankierender Abgrenzungsversuche durch Technologieübertragung positiv beeinflußt werden.

Die Diskussion des Exports von Technologien in zentraladministrative Volkswirtschaften wird sich in Zukunft von rein ökonomischen Betrachtungen lösen müssen, wenn sie die sozialen Folgen westlicher Technologien in Osteuropa begreifen will. Erst dann kann eine „Technikfolgenabschätzung“ den Zusammenhang mit dem Fortgang der Entspannung und den Forderungen an die westliche Außenwirtschaftspolitik näher bestimmen. Gegenwärtig muß davon ausgegangen werden, daß west-östlicher Technologietransfer Entspannung begünstigt, während die Sicherheit bei Fortdauer weniger Exportkontrollen gewährleistet wird.

Verschiedene Positionen müssen rational durchdacht werden. Es gibt offenbar Großunternehmen, die zwar wissen, daß ihre Ausrüstungsgegenstände auch für den Bau von Panzerspähwagen verwandt werden können, daß aber gerade durch kommerzielle Zusammenarbeit militärische Konflikte vermieden werden (so die Auffassung des in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ [52/1977] zitierten Vizepräsidenten des am Bau des Kamas>Lastkraftwagenwerks beteiligten US-Unternehmens Sutter Products). Diese Position wird von konservativen und „liberalen“ Transferkritikern als naiv bewertet.

Eine ganz andere Interpretation geht vom Penetrationsgedanken aus, d. h. der Auffassung, daß die östlichen Wirtschaftssysteme durch die Kooperation mit westlichen Firmen systemfremde Merkmale entwickeln, die die wirtschaftliche Organisation durchdringen. Einige „linke“ Meinungen interpretieren westliche Technologien in Form schlüsselfertiger Fabriken als kapitalistische Technologien, die eines bestimmten sozialen Kontextes bedürfen, der im RGW-Bereich zu mangelnder Produktivität führt.

Eine der bemerkenswertesten Ansichten zum Technologietransfer wird von Levinson vorgebracht (vgl. Charles Levinson, Wodka-Cola. Die gefährliche Kehrseite der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1978). Grundgedanke bei ihm ist die These einer „negativen“ Konvergenz durch die gemeinschaftliche Produktion östlicher und westlicher Unternehmen.

Hierarchisch organisierte multinationale Konzerne des Westens und wirtschaftliche Autoritäten des Ostens schließen Kooperationsverträge angeblich auf Kosten der Beschäftigten in Ost und West, da multinationale Firmen vom Fehlen des Streikrechts, von unfreien Gewerkschaften und niedrigen Lohnkosten profitieren und somit ein Interesse an der Stabilität der östlichen Bürokratien haben.

Die Unterschiedlichkeit all dieser Deutungsversuche zeigt die Schwierigkeit einer Bewertung des Technologietransfers und seiner Folgen für Gesellschaft und Entspannungsprozeß. Fest steht, daß in bürokratischen Gesellschaften der Konflikt zwischen individuellen und gesamtgesellschaftlichen Zielen ungelöst bleibt. Westliche Technologie wird wahrscheinlich nicht zu einer Umstrukturierung der Innovationssysteme im RGW-Bereich in absehbarer Zukunft führen, aber Konsummuster und Wertvorstellungen verändern — allerdings weniger im Sinne einer Konzeption des „Wandels durch Handel“.

Mit Verschwörungstheorien, die sich auf die Kooperation östlicher und westlicher Eliten beziehen, wird man dem Phänomen Technologietransfer ebenso wenig gerecht wie mit der Annahme, die RGW-Staaten seien vor allem auf die Erweiterung ihres Rüstungspotentials konzentriert. Technologietransfer ist ein Moment der Entspannung und wird in absehbarer Zukunft ein stabiler Faktor für die positive Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses sein.

Hans-Georg Klera: Überstunden-Abbau schafft keine neuen Arbeitsplätze

In den nächsten Jahren werden die Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Aussichten, daß alle einen Arbeitsplatz erhalten, erscheinen aus heutiger Sicht gering. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung wird nämlich für die nächsten Jahre eine Arbeitslosenzahl von knapp zwei Millionen erwartet. Bei einer derartigen Entwicklungsperspektive sind daher Maßnahmen erforderlich, um den sich darin ansammelnden sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Zwei Millionen Arbeitslose sind nicht nur zwei Millionen Einzelgeschicksale, sondern dürften auch in ihrer Gesamtheit bei den heutigen Möglichkeiten unserer Kommunikationsgesellschaft ihr „Recht auf Arbeit“ hörbar einklagen und so zu einem Problem werden, das unseren Sozialstaat leicht ins Wanken, wenn nicht zum Einstürzen bringen kann.

Zur Vermeidung einer derartigen des Gefüge unserer sozialen Ordnung nicht nur tangierenden Entwicklung gewinnt in der öffentlichen Diskussion ein Vorschlag besondere Bedeutung: Die vorhandene Arbeit soll auf alle Arbeitswilligen verteilt werden. Sowohl die fünf bekannten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute als auch jüngst der Sachverständigenrat haben – wenn auch in Einzelaussagen sehr differenziert – zu derartigen Gedankengängen Stellung genommen, wobei die Mehrheit des Sachverständigenrates die instrumentale Eignung der Arbeitszeitverkürzung zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit noch am zurückhaltendsten beurteilt. Sie hat darüber hinaus versucht, zwischen kurzfristigen konjunkturellen Erfordernissen und mittel- bzw. langfristigen Entwicklungstendenzen zu unterscheiden.

Kurz- und langfristige Aspekte

Ohne eine derartige Unterscheidung wird heute eine vorurteilsfreie Diskussion zweifelsohne erschwert. Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt bei Würdigung des Minderheitsvotums im Sachverständigenrat. Unter langfristigen Aspekten kann man Gerhard Scherhorn kaum widersprechen, wenn er die Arbeitszeitverkürzung als eine wohlfahrtssteigernde Maßnahme ansieht. Die Verlängerung der arbeitsfreien Zeit gehört sicherlich zu den immateriellen Bestandteilen der Lebensqualität, die mitwachsen müssen, wenn das Wachstum des Sozialprodukts für Arbeitende und Konsumenten seinen Sinn behalten soll. Als Begründung hierfür weist Scherhorn darauf hin, daß mit wachsendem Wohlstand die pro Konsum-Akt verfügbare Zeit abnimmt, während sich der durchschnittliche Zeitbedarf pro Konsum-Akt mit der Verlagerung der Konsumwünsche auf Dienstleistungen und Freizeitaktivität erhöht.

Linder-Axiom

Bei diesem Argumentationsansatz trifft sich Scherhorn mit dem schwedischen Wirtschaftswissenschaftler S. B. Linder, der sich in einer interessanten Analyse („Warum wir keine Zeit mehr haben“) mit dem knappen Rohstoff Zeit beschäftigt hat. Allerdings kam Linder zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu mehr Muße führt, sondern tatsächlich Zeitknappheit und immer hektischeres Tempo nach sich zieht. Auf dieses „Linder-Axiom“ möchte ich weiter nicht eingehen. Bei Erörterungen über eine gravierende Arbeitszeitverkürzung sollten jedoch auch seine Vorstellungen und Gedankengänge mit berücksichtigt werden.

Damit die Gleichung „weniger Arbeitszeit = mehr Freizeit = mehr Lebensqualität“ aufgeht, müssen sicherlich auch die Möglichkeiten für eine entsprechende Freizeitgestaltung (im weitesten Sinne des Wortes, also einschließlich der vollen kulturellen und politischen Partizipation) vorhanden sein. Nichts verdeutlicht mehr als gerade dieser Gesichtspunkt, daß der wohlfahrtssteigernde Effekt von Arbeitszeitverkürzungen eher langfristig als kurzfristig zu erreichen ist.

Überstundenabbau: Ein gangbarer Weg?

Heute stellt sich jedoch die Frage, welche Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, um den drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. die derzeitigen Arbeitslosenzahlen zu verringern. Viel einfacher als die problematische Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung scheint die Forderung nach einem pauschalen Überstundenabbau durchzusetzen zu sein. Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers, die gesetzlich höchstzulässige Arbeitszeit zu vermindern – indem die Möglichkeiten, Überstunden zu machen, stark reduziert werden –, scheint auf den ersten Blick ein gangbarer Weg zu sein. In der Öffentlichkeit, aber auch in Fachkreisen der Wirtschaftswissenschaften erscheint es oft unverständlich, daß bei der derzeitigen hohen Arbeitslosigkeit und der dazu noch vorhandenen Kurzarbeit in manchen Betrieben noch Überstunden gefahren werden. Nach ihrer Meinung müßte ein pauschaler Überstundenabbau zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Vorbehalte...

Es ist sicherlich nicht zu bestreiten, daß es einzelne Firmen, ja sogar einzelne Branchen geben mag, die aus einer wie auch immer begründeten Angst vor Neueinstellungen verstärkt Überstunden fahren. Eine Verminderung derartiger Überstunden würde sicherlich zu mehr Arbeitsplätzen führen. Aber auch im günstigsten Falle ist aufgrund der-

artiger Maßnahmen kaum mit einem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Zudem gilt zu berücksichtigen, daß die Anforderungen an die zeitweise Überstundenleistenden Beschäftigten auf der einen und das Ausbildungs- und Leistungsprofil der Arbeitslosen auf der anderen Seite weder sektoral noch zeitlich oder regional übereinstimmen. In dieser Hinsicht kann das akute Problem der Arbeitslosigkeit mit einer Änderung der derzeit gültigen Arbeitszeitordnung kaum gelöst werden.

... an Beispielen erläutern

Um die Debatte um die Überstunden zu versachlichen und um zu zeigen, daß ein pauschales Überstundenverbot nicht mehr struktureutral wirkt, hat der Deutsche Stahlbau-Verband (DSTV) bei seinen Mitgliedern eine Umfrage zu diesem Thema durchgeführt.

Im Jahresdurchschnitt wurden bei den an der Umfrage teilnehmenden Stahlbauunternehmen nach Auswertung der Lohn- und Gehaltslisten 4,9 Überstunden je Woche und Beschäftigten abgerechnet. Rein rechnerisch leisten also 8,16 Beschäftigte pro Woche 40 Überstunden, d. h. bei einem Verzicht auf Überstunden könnten zu den acht Beschäftigten ein neuer eingestellt werden. Jenes Rechenbeispiel scheint somit die Argumente der Befürworter einer pauschalen Überstundenreduzierung zu stützen. In der Stahlbau-Industrie könnten also die Arbeitsplätze um über 12 Prozent vermehrt werden, wenn auf Überstunden verzichtet werden würde. Dieser Schluß ist aber falsch.

Die Jahresdurchschnittswerte verdecken nämlich wesentliche strukturelle Unterschiede:

1. Die Überstundenzahlen fielen nicht gleichmäßig in allen Betriebsbereichen an. Oberdurchschnittlich hoch war erwartungsgemäß die Anzahl der Überstunden in der Montage mit 7,3 Stunden, während in der Konstruktionsabteilung (technisches Büro) und in der Werkstatt durchschnittlich entsprechend weniger Überstunden anfielen.
2. Innerhalb der hier nur sehr grob differenzierten Betriebsteile entfallen die Überstunden nicht gleichmäßig auf alle Beschäftigten. Vielmehr gibt es Beschäftigte, die aufgrund ihrer besonderen Tätigkeit verstärkt Überstunden machen, während andere nicht länger als tariflich vereinbart arbeiten.
3. Die Überstundenzahlen wurden nicht mit den entsprechenden Angaben über Kurzarbeit saldiert, d. h. die Überstunden verteilten sich nicht gleichmäßig über das Jahr, sondern ergaben sich aufgrund von besonderen Arbeitsspitzen, die dann kurzfristige Höchstwerte in der Zahl der wöchentlichen Überstunden auftreten ließen.

Die Berücksichtigung dieser drei Gesichtspunkte läßt von vornherein den Versuch, aufgrund von Jahresdurchschnittswerten einen durch den Abbau von Überstunden sich ergebenden Arbeitsplatzeffekt zu berechnen, wenig erfolgversprechend erscheinen. Dieses Urteil gilt auch hinsichtlich des Planes, „Überstundenkonzentrationen“ zu vermeiden. Besonders in Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion wird diskutiert, in einem Zeitraum von vier Wochen nur noch 16 Überstunden oder maximal zwei Sonderschichten zuzulassen.

Auch zu diesem Problemkreis wurden die Stahlbauunternehmen befragt; wiederum war der Montagebereich am meisten auf die Konzentration von Überstunden angewiesen. 45 Prozent aller Firmen führen in Konzentrationsphasen mehr als drei Überstunden täglich und lagen damit beträchtlich über der vorgesehenen Beschränkung auf 16 Überstunden in vier Wochen. Der Durchschnitt in Phasen der Überstundenkonzentration lag bei knapp 14 Stunden pro Woche.

Als Gründe für eine derartige Überstundenkonzentration nannten die Betriebe vorwiegend

- kurzfristige Termine und Terminänderungen,
- unregelmäßiger Auftragseingang,
- Forderungen/Sonderwünsche der Kunden.

Bei verschiedenen Montagen erfordert schon der Montageort eine entsprechende Konzentration von Überstunden. So müssen z. B. verstärkt Überstunden gefahren werden, um bei Revisionsarbeiten im Energieversorgungsunternehmen den Ausfall auf eine möglichst kurze Zeit zu beschränken. Gleiches gilt für Montagen von Autobahn- oder Eisenbahnbrücken, um die Verkehrsbehinderungen so gering wie möglich zu halten. Bei Reparatur- und Umstellungsarbeiten in laufenden Fertigungen verlangen vielfach die Auftraggeber eine schnelle Montage, um die Ausfallzeiten der Produktion zu minimieren.

Überstunden sind Stahlbautypisch

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die besonderen Markt- und Herstellungsbedingungen im Stahlbau zu der oben dargestellten Überstundenkonzentration führen. Der Stahlbau ist eine Montagebauweise. Die in den Werken vorgefertigten Sektionen werden in der Regel weitab vom Betrieb montiert. Da vorwiegend Individualbauten in Einzelfertigung erstellt werden, ergibt sich eine hohe Abhängigkeit von einem schwankenden Auftragseingang, zumal in dieser Branche nicht die Möglichkeit besteht, auf Lager zu produzieren.

Wie in der Werkstatt so erfordert auch der Zusammenbau der Großsektionen entsprechende Arbeitsspitzen — ein für Einzelfertigungen produktionsbedingtes typisches Erscheinungsbild. Die zügige und rationelle Montage der in den Werken

Engelbert Recker / Hubert Voigtländer: Reform des kommunalen Steuersystems tut not!

vorgefertigten Bauwerke verlangt eine kurzfristige und flexible Terminabwicklung, zumal im Wettbewerb zu anderen Bauweisen oftmals die Entscheidung zugunsten des Stahlbaus aufgrund der kurzen Auftragsabwicklungszeiten fällt.

Kurzarbeit und Überstunden

Die charakteristische Auftragsfertigung und Montagebauweise bedingen, daß auch bei extrem niedriger Kapazitätsauslastung ein höheres durchschnittliches Überstundenniveau als in anderen Branchen üblich ist. Das gleichzeitige Auftreten von Kurzarbeit und Überstunden in der heutigen Zeit dokumentiert zudem das Bemühen der Stahlbaufirmen, sich der unbefriedigenden konjunkturellen Lage flexibel anzupassen. Unter diesem Gesichtspunkt würde eine Beschränkung der zulässigen Überstundenzahl dieses Bemühen konterkarieren.

Daher wird von den Stahlbaufirmen eine Beschränkung der Überstunden auf zwei Stunden je Woche als existenzbedrohend, auf 16 Stunden in vier Wochen als äußerst schwerwiegende Benachteiligung gewertet. Besonders der Montagebau würde sich bei einer derartigen Überstundenbeschränkung stark verteuern und somit als Bauweise kaum noch wettbewerbsfähig sein.

Gute Absicht, schlechtes Ergebnis

Um etwaige Mißverständnisse von vornherein zu vermeiden: Eine langfristige Reduzierung der Arbeitszeit zur Steigerung der Lebensqualität aller Beschäftigten steht durchaus nicht im Gegensatz zu den obigen Ausführungen. Bei einer weiterhin fortschreitenden Rationalisierung mit den entsprechenden hohen Produktivitätsfortschritten ist eine Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich möglich. Ob sich diese jedoch auf die Wochenarbeitszeit beziehen soll oder auf die Jahresarbeitszeit (z. B. zweimal Urlaub), muß sicherlich noch diskutiert werden.

Unter heutigen konjunkturellen Bedingungen ist jedoch ein pauschaler Abbau der Überstunden aus der Sicht zumindest einzelner Branchen überwiegend negativ einzuschätzen. Nach der Untersuchung des Stahlbau-Verbandes werden nämlich die geplanten pauschalen und undifferenzierten Überstundenreglementierungen dazu führen, daß nicht nur keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern vielmehr schon bestehende Arbeitsplätze gefährdet werden.

Die Diskussion um einen Abbau der Überstunden zeigt zudem, daß die — wie in manchen anderen Fällen auch — gute Absicht nicht immer zu guten Ergebnissen zu führen braucht, wenn die jeweiligen Maßnahmen zu pauschal und zu undifferenziert eingesetzt werden.

Konjunktur- und Steuerbeschlüsse der Bundesregierung im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn haben von vieler Seite Zustimmung erfahren. Nach vier ausgetragenen Konjunkturprogrammen soll nun durch Steuerentlastungen die private Nachfrage belebt werden.

Hinsichtlich der Wirkungen führen Steuerentlastungen zu Verschiebungen zwischen den Steuerzahlern und den Steuerempfängern Bund, Ländern und Gemeinden. Die Kommunen haben zwar mit der Beteiligung an der Einkommensteuer bei der Finanzreform im Jahre 1970 ein beträchtliches Finanzvolumen erhalten, das von 2,4 Milliarden DM im Jahre 1970 bereits 1977 auf rund 9 Milliarden DM anstieg. Damit wurden sie allerdings gleichzeitig auch von bundesstaatlichen Steuertarifänderungen abhängig. Diese führten aufgrund der Steuerbeschlüsse seit 1975 zu Einnahmeverlusten in Höhe von über 4 Milliarden DM (1975: 2,4 Milliarden DM; 1977: 1,7 Milliarden DM) bei den Kommunen.

Proteststurm?

Nun drohen derzeit den Gemeinden weitere Einnahmeausfälle im Bereich der Gewerbe- und Lohnsummensteuer von etwa 3 Milliarden DM und im Bereich der Einkommensteuer von ebenfalls rund 3 Milliarden DM. Damit sind die finanziellen Vorteile der Gemeindefinanzreform von 1969 durch die Beteiligung an der Einkommensteuer einer dynamischen und im regionalen Aufkommen weniger streuenden Einnahmequelle mehr als überkompensiert. Wer die Entwicklung der kommunalen Finanzen in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, mußte deshalb auf einen Proteststurm gefaßt sein, wenn nicht ein vollständiger Ausgleich der Einnahmeverluste erfolgen würde. Und in der Tat, ein weltwirtschaftlicher Konjunkturbelastung der Bundesrepublik zu Lasten der Gemeinden ist kaum vorstellbar. Denn er würde den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen durch die Schwächung der kommunalen Investitionskraft widersprechen. Für alle Beteiligten ist deshalb auch klar, daß ein angemessener Ausgleich gefunden werden muß.

Für diesen Ausgleich ist eine Reihe von Modellen im Gespräch und in der finanzpolitischen Prüfung, die sich jedoch in erster Linie nur auf die engere Zielsetzung des Ausgleichs des Volumens der Steuerausfälle beziehen. Dabei ist zumindest für die Lohnsummensteuer unbestritten, daß ein Lösungsweg gefunden werden muß, der der finanziellen Situation der einzelnen Kommune Rechnung trägt. Auf sie entfällt immerhin der größte Teil der Verluste im Bereich der Gewerbesteuer. Aber auch die Vorschläge für den Ersatz der übrigen Steuerausfälle wirken räumlich selektiv. Sie begünstigen bzw. benachteiligen Gemeinden bestimmter Größen-

klassen, bestimmter Regionen, bestimmter Gewerbe-, Bevölkerungs- und Einkommensstruktur.

Die räumlichen Wirkungen des bisherigen kommunalen Finanzsystems lassen sich aus den interkommunalen Finanzkraftunterschieden ablesen. So zeigen sich im Vergleich zwischen siedlungsstrukturell unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik beachtliche Unterschiede in der Höhe der Steuereinnahmen. Danach nehmen mit dem Grad der Verdichtung nach wie vor die Einnahmen aus der Einkommen- und Gewerbesteuer zu. So beträgt die Differenz pro Einwohner zwischen der verdichteten Region Düsseldorf und der ländlichen Region Ansbach (Bayern) bei der Einkommensteuer rund 150 DM, bei der Gewerbesteuer sogar rund 200 DM. Betrachtet man die Situation zwischen den Kernstädten und ihren Umlandsgemeinden, so sind die Differenzen um circa 50 bis 60 DM niedriger.

Interregionale Unterschiede

Die Kommunen in den ländlichen Regionen fernab der Verdichtungsräume schneiden somit sehr ungünstig ab. Dabei liegen sie in den Regionen, denen die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Raumordnungspolitik große Bedeutung zumessen. Zwar werden die Finanzkraftunterschiede durch den kommunalen Finanzausgleich in Form von Schlüsselzuweisungen bzw. allgemeinen Finanzaufweisungen deutlich gemildert, dennoch bleiben interregionale Unterschiede beträchtlichen Ausmaßes in der kommunalen Finanzausstattung bestehen. Sie sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß durch die räumliche Verteilung der Zweckzuweisungen für Investitionen die Städte in fast ebenso starkem Maße begünstigt werden wie die wirtschaftsschwachen ländlichen Gemeinden in den Randlagen der Bundesrepublik.

Unbestritten ist, daß die Anforderungen der Bürger an die Daseinsvorsorge des Staates auf der Ebene der Städte und Gemeinden virulent werden. Die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 GG soll dabei eine den jeweiligen Bedingungen angemessene Problemlösung ermöglichen. Diese müßte allerdings auch den Anforderungen hinsichtlich gleichwertiger Lebensbedingungen genügen. Die Bereitstellung eines gleichwertigen Angebots an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen erfordert eine „gleichwertige“ Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Ressourcen. Bei den gegenwärtigen Bedingungen kann allerdings davon keine Rede sein, im Gegenteil: Bei einer Reihe von Vorschlägen zum Ausgleich der Einnahmeverluste der Kommunen würden die Disparitäten in der Finanzausstattung und in der Folge der kommunalen Aufgabenerfüllung zunehmen. Die Lage verschärft sich noch dadurch, daß in den finanzschwachen Regionen die

kommunalen Finanzprobleme mit Problemen der Wirtschaftsstruktur, der Arbeitslosigkeit und großräumiger Abwanderung kumulieren. Die Konsequenzen für diese Regionen liegen auf der Hand und stehen im Widerspruch zu allen Forderungen für die Zukunft des ländlichen Raumes.

Unter Landesdurchschnitt

Die niedrigen Gewerbesteuerereinnahmen in den strukturschwachen Regionen werden verursacht durch die hohe Zahl der Steuerfälle bei nur sehr geringem Aufkommen pro Steuerpflichtigem. In den schwach strukturierten Regionen dominieren Handwerker, Kleingewerbetreibende und Betriebe bis mittlerer Größe, die zu einem größeren Teil unter die Freigrenzen fallen oder sie nur geringfügig überschreiten. Zudem sind Betriebe und Branchen mit geringerer „Gewerbesteuerproduktivität“ insgesamt stärker vertreten. Weiter liegen die Hebesätze in der Regel unter dem Landesdurchschnitt.

Die vorgesehene Anhebung des Freibetrages von 24 000 auf 36 000 DM bei der Gewerbeertragssteuer wirkt sich somit aufgrund der Betriebsstruktur in den strukturschwachen Regionen relativ stärker als in den Verdichtungsräumen aus, da es sich ja um eine gleich große Ermäßigung pro Steuerfall und nicht um eine prozentuale Ermäßigung auf die Steuerschuld handelt. Damit haben die dortigen Gemeinden einen relativ größeren Steuerertragsausfall zu erwarten. Ähnlich wirkt bereits die Erhöhung des Freibetrages auf 60 000 DM bei der Gewerbesteuerkapitalsteuer.

Nun wird von verschiedenen Seiten als Ersatz der kommunalen Steuerausfälle eine Senkung der Gewerbesteuerumlage gefordert, die seit der Gemeindefinanzreform von 1970 zu gleichen Teilen an Bund und Länder abgeführt werden muß. Auf den ersten Blick erscheint dies als eine einleuchtende Möglichkeit, die allerdings bei näherem Hinsehen, insbesondere aus raumordnungs- und stadtentwicklungspolitischer Sicht, entscheidende Mängel aufweist. Einerseits ist die große Streuung in der Höhe des Gewerbesteueraufkommens zu nennen, die zur Verstärkung der Steuerertragsunterschiede zwischen den Kommunen führen würde; andererseits ist ein Wiederaufleben des Bürgermeistereiwettkampfs um ansiedlungswillige Betriebe zu befürchten. Denn es sollte nicht übersehen werden, daß die Verringerung der Steuerkraftunterschiede und die Minderung der kommunalen Abhängigkeit von der Gewerbesteuer gerade die raumordnungs- und stadtentwicklungspolitisch entscheidenden Leistungen der Gemeindefinanzreform waren. Sie sollten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, zumal den Städten im Ruhrgebiet und den übrigen finanzschwachen Kommunen durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage kaum geholfen werden würde.

da sie vielfach Betriebe in ihren Grenzen beheimaten, die keine oder nur geringe Gewerbeerträge (Kohlenbergbau) aufweisen und folglich auch keine oder kaum Gewerbesteuer zahlen. Gegen eine Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze auf das Niveau des Bundesdurchschnitts ist dagegen aus raumordnungspolitischer Sicht nichts einzuwenden.

Spiegelbild

Die Differenzen in dem Aufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sind das Spiegelbild der Einkommens- und Sozialstruktur der Einwohner. Die Verteilung des Anteils auf die Gemeinden erfolgt gegenwärtig aufgrund eines Schlüssels auf der Basis des Einkommens ihrer Bürger, das in die Proportionalzone von 16 000 bzw. 32 000 DM (sog. „Sockelgrenze“) fällt. Die niedrigeren Einkommen, die geringere Erwerbsquote und die Abwanderung von Arbeitskräften aus strukturschwachen Regionen wirken sich in einer Minderung der Zuweisungen aus dem Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer aus.

Der Rückgang der Einnahmen der Kernstädte wird insbesondere im Zusammenhang mit der Kernstadt-Randwanderung diskutiert. Er beruht aber zu einem Teil darauf, daß im Zuge der allgemeinen Einkommensentwicklung immer mehr Erwerbstätige, besonders in den Umlandgemeinden mit ihrem Einkommen an die „Sockelgrenze“ herangewachsen sind. Das führt zu einer Umverteilung zugunsten der Gemeinden, deren Einwohner mit ihrem Einkommen 1970 relativ weit unter der „Sockelgrenze“ lagen. Je mehr Erwerbstätige die Grenze der Proportionalzone erreichen, desto stärker bewegt sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf eine „Kopfsteuer“ zu.

Nun wird bereits seit Einführung der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer eine Erhöhung des kommunalen Anteils gefordert. Gegenwärtig wird eine Erhöhung von 14 auf 15 Prozent diskutiert. Ein Prozent Erhöhung bringt dabei etwa 1,4 Milliarden DM jährliche Mehreinnahmen für die Kommunen. Zum Ausgleich der Steuerausfälle infolge der Steuerbeschlüsse vom Juli 1978 wäre somit eine Anhebung um 2 bis 3 Prozentpunkte nötig. Aber auch dieses steuertechnisch einfache Verfahren ist aus raumordnungs- und stadtentwicklungspolitischer Sicht wegen seiner selektiven Wirkungen ungeeignet. Begünstigt würden die finanzstarken Gemeinden in den Verdichtungsgebieten. Darüber hinaus würde der Anreiz für die Kernstädte vergrößert, die eigene Stadtentwicklungspolitik durch verstärkten Eigenheimbau in den Dienst der Steuererhöhung zu stellen. Mittelfristig dürfte jedoch eine geringe Bevölkerungsabnahme in den alten Stadtteilen zur Verbesserung der Wohn- und Umweltverhältnisse durch Modernisierungsmaßnah-

men unumgänglich sein. Trotz dieser Nachteile stellt die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer bei Belbehaltung des Verteilungsschlüssels einen akzeptablen Kompromiß dar, da im Zuge der Einkommensentwicklung zu erwarten ist, daß die bestehenden Einnahmeunterschiede weiter abgebaut werden.

Beträchtliche Umverteilung

Dieser Weg wird jedoch erschwert, wenn eine Anhebung der „Sockelgrenze“ für den Einkommensteueranteil der Gemeinden auf 40 000 bzw. 80 000 DM erfolgt. Dies würde zu einer beträchtlichen Umverteilung unter den Gemeinden zugunsten derjenigen mit einkommenstarken Einwohnern und einer hohen Erwerbsquote führen. Das sind die größeren Gemeinden in den Verdichtungsgebieten, wie sich an der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssumme (1976) von 2364 DM gegenüber 1913 DM und der Erwerbsquote (1975) von 46,8 bzw. 37,8 Prozent erkennen läßt. Hauptverlierer sind die Gemeinden unter 10 000 Einwohner im ländlichen Raum.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß eine noch stärkere negative Wirkung als bei der Erhöhung der „Sockelgrenze“ durch eine Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen auftreten würde.

Die Forderung des Deutschen Städtetages, die „Sockelgrenze“ noch darüber hinaus anzuheben, würde dabei die finanzielle Situation der Kernstädte kaum verbessern. Zahlreiche Umlandgemeinden würden nämlich aufgrund ihrer Einkommens- und Sozialstruktur stärker von einer Anhebung profitieren. Das Ziel, die Kernstädte finanziell gegenüber dem Umland zu stärken, um die Sogwirkung des Neubauflächenangebots zu mildern, würde damit auch nicht erreicht. Die Lösung dieses Problems erfordert vielmehr Modernisierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen vielfältiger Art.

Verschiedentlich wird nun auf den kommunalen Finanzausgleich in den Ländern hingewiesen, durch den ein gewisser Ausgleich der Einnahmeverluste möglich sei. Die Analyse der Verteilung der Schlüsselzuweisungen zeigt, daß sie sich grundsätzlich zu einem Ausgleich eignen. Allerdings wird der Ausgleich bislang in keinem Bundesland der raumordnungspolitischen Forderungen gerecht, die Finanzausstattung der Gemeinden verschiedener Struktur in verschiedenen Regionen einander anzugleichen. Eine Änderung ist auch nicht abzusehen. Hinzu kommen die verständlichen Abneigungen der Kommunen gegen eine solche Regelung. Sie würden vom Land finanziell noch abhängiger, als sie es bereits sind.

Bis hier bleibt als Ergebnis festzuhalten, daß keine der den Gemeinden zugewiesenen Steuer-

quellen und Zuweisungsarten den raumordnungs- und stadtentwicklungspolitischen Anforderungen genügt. Die Suche nach weiteren Möglichkeiten, die zu erwartenden Einnahmeherausfälle zu ersetzen, führt deshalb alsbald zur Mehrwertsteuer. Bereits bei der Neuregelung des Beteiligungsverhältnisses an der Mehrwertsteuer im Jahre 1977 wurde von der Bundesregierung angeregt, daß die Länder ihren „Gewinn“ von rund 1,1 Milliarden DM wenigstens teilweise in ihre Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs weitergeben sollten. Die Länder haben diesem Vorschlag grundsätzlich zugestimmt. Was liegt also näher, als den Ausgleich der kommunalen Steuerausfälle über die Mehrwertsteuer anzustreben? Denn die Mehrwertsteuer eignet sich in besonderer Weise für eine kommunale Steuer: Das Aufkommen ist weitestgehend konjunkturneutral und entwickelt sich mit dem wirtschaftlichen Wachstum.

Auch eine Gefährdung der Selbstverwaltungsgarantie kann in einer kommunalen Beteiligung an der Mehrwertsteuer nicht gesehen werden. Denn für die Selbstverwaltungsgarantie ist die Einnahmehoheit weit weniger bedeutsam als die Ausgabenhoheit. Erstere besteht sowohl über die Realsteuereinnahmen als auch die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Gebühren und Beiträgen. Das waren 1976 im Bundesdurchschnitt immerhin noch 56,2 Prozent aller kommunalen Einnahmen.

Denkbar wäre es auch, die Mehrwertsteuer nur von der letzten Stufe als Einzelhandelsumsatzsteuer zu erheben. Dies hätte den Vorteil, daß sie örtlich erhebbar und für die Bürger fühlbar wäre. Ein solches Verfahren ist jedoch steuertechnisch und wegen der zusätzlichen Belastungen des Einzelhandels nicht praktikabel. Statt dessen sollte eine Verteilung des Mehrwertsteueranteils im Prinzip nach der Einwohnerzahl erfolgen, ausgehend von der Vorstellung, daß jeder Einwohner, ganz gleich in welcher Gemeinde er wohnt, im wesentlichen die gleichen Kosten verursacht. Das besagt nicht, daß Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern, älteren Menschen oder sonstigen Sonderbelastungen, wie z. B. Wanderungsverluste oder -gewinne, die die finanziellen Ressourcen überproportional beanspruchen, keine zusätzlichen Zuwendungen erhalten könnten und sollten. Dazu bietet sich der kommunale Finanzausgleich an.

Gute Gründe

Die mangelnde örtliche Zurechenbarkeit und Fühlbarkeit für die Gemeindeglieder ist bei einer Mehrwertsteuerbeteiligung ebenso wie bei der Einkommensteuerbeteiligung nicht gegeben. Die Forderung danach entstammt im übrigen einer spezifischen Vorstellung von der kommunalen Selbstverwaltung, die von der Identität des Bürgers

mit seiner Gemeindevertretung ausgeht. Diese Bedingung war nur in kleinen überschaubaren Gemeinden gegeben. Die Verwaltungsengliederung in den Ländern hat zum Teil zur Entfremdung und Unüberschaubarkeit beigetragen. Die größten Steuereinnahmen fließen gegenwärtig aus der Gewerbesteuer. Davon ist jedoch nur ein Bruchteil der Gemeindebürger als Steuerzahler direkt betroffen. Zurechenbarkeit und Fühlbarkeit sind somit theoretische Forderungen, die sich in der arbeitsteiligen, sozial differenzierten und funktional abhängigen Industriegesellschaft unserer Tage kaum realisieren lassen.

Für eine Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer sprechen somit aus raumordnungs- wie stadtentwicklungspolitischer Sicht gute Gründe. Es wäre zu wünschen, daß sie überzeugten.



Thomas Meyer

Grundwerte und Wissenschaft im demokratischen Sozialismus

(Internationale Bibliothek Bd. 116) 1978. 247 S. Brosch. 30,- DM

ISBN 3-8012-1116-9

Innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie herrscht heute weithin die Auffassung, mit seiner Orientierung an Grundwerten habe der demokratische Sozialismus seine Abkehr von der sozialistischen Tradition, von wissenschaftlicher Grundlegung und eine Flucht ins programmatisch Unverbindliche vollzogen. Bisweilen taucht in diesem Zusammenhang der Vorwurf „Gefühlssozialismus“ auf. Auf der anderen Seite ist vielen – seit auch die anderen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sich auf namensgleiche „Grundwerte“ berufen – undeutlich geworden, worin das Unverwechselbare des demokratischen Sozialismus besteht. Auf diese Fragen gibt Meyer anhand einer Skizze der geistigen Entwicklung der Sozialdemokratie und einer systematischen Interpretation der Vorbereitungsarbeiten für das Godesberger Programm und des verabschiedeten Textes Antwort. Er untersucht darüber hinaus, wie sich Grundwerteverständnis und Wissenschaftsbegriff des demokratischen Sozialismus vor dem Forum der heutigen Wissenschaftstheorie ausnehmen. Das Buch kommentiert wichtige Grundlagen des demokratischen Sozialismus in offensiver Argumentation.

Der Autor: Thomas Meyer, geboren 1943, ist als Dozent in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Er promovierte mit dem Werk „Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie“. Meyer ist Mitherausgeber von „Sozialismus und Staat“, Kronberg 1974, und „Sozialismus und Grundgesetz“, Kronberg 1974. Bei J. H. W. Dietz Nachf. erschien 1977 „Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus“.

Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Godesberger Allee 143

D-5300 Bonn 2

Karlheinz Blessing: Privatisierung der Bahn?

„Die deutsche Bundesbahn ist zu einem Haushaltsrisiko für den Bund geworden“, beurteilte Helmut Schmidt einmal die Lage der Bundesbahn. In der Tat hat sich die Bahn zu einem politischen Dauerbrenner und zu einer Belastung allerersten Ranges für jede Bundesregierung entwickelt. Ihre Sanierung ist Bestandteil jeder Regierungserklärung der letzten drei Bundeskanzler gewesen. Durchschlagende Konzepte wurden noch nicht entwickelt.

Die bisherigen Sanierungsstrategien

Im wesentlichen wurden zwei Sanierungsstrategien verfolgt:

● Die Stilllegungsansätze: Vorgesehen war, aufgrund der niedrigen Kostendeckungsgrade, die Stilllegung ganzer Betriebszweige. Dabei blieb unberücksichtigt, daß eine solche Schließung aufgrund des bei der Bahn vorherrschenden Kostenverbunds das Ergebnis eher verschlechtern als verbessern würde. Es entfielen bei einer Stilllegung sämtliche Erträge, aber es verblieben nicht abbaubare Gemein- und Direktinvestitionen wie Bahnhof-, Stellwerks- oder Schrankenpersonal sowie die gesamten Infrastrukturleistungen, die unabhängig von der Verkehrsfrequenz und Zahl der Betriebszweige erhalten werden müssen, solange Schienenverkehr überhaupt betrieben wird.

Die bisherigen Streckenstilllegungspläne haben, außer zur Verunsicherung der Bevölkerung in ländlichen Regionen, zur Sanierung kaum etwas beigetragen. Die Bahn rechnet bei einer Reduzierung des bisherigen Netzes von 28 000 km auf 20 000 km – also fast um ein Drittel – mit einer Einsparung von 500 Millionen DM. Dies wäre bei einem Defizit in Milliarden-Höhe nur ein marginaler Betrag.

● Die verschiedenen Rationalisierungsansätze: Die Rationalisierung war schon immer ein beliebter Sanierungshebel. Über die Auswirkungen ist man sich weitgehend uneins. So ist ein sichtbarer Abbau von Defiziten nicht erreicht worden. Demgegenüber steht die Behauptung, daß ohne Rationalisierungsmaßnahmen die Verluste noch weit größer wären.

Überwiegend kostensenkend wirkt die technologische Innovation, wie Elektrifizierung, elektronische Betriebssteuerung oder die automatisierbaren Unterhaltungs- und Erneuerungstechniken. Diese „positive Rationalisierung“ ist sinnvoll, wenn sie in Zusammenhang mit Auslastungs- und Wachstumsstrategien und bei Sicherung der Beschäftigung durchgeführt wird.

Weitgehend abzulehnen ist die unmittelbar und ohne nennenswerte Investitionsmittel auf Personaleinsparung zielende („negative“) Rationalisierung. Obwohl die Bundesbahn ihren Personalbestand in den letzten Jahren um 60.000 Kräfte verringert hat, besserte sich ihre finanzielle Situation nicht. Für 1985 ist eine weitere Personalreduzierung auf

250–275 000 Bedienstete vorgesehen. Trotzdem würde sich nach Angaben der Bundesbahn der Bilanzverlust in diesem Zeitraum ohne Einschränkungen weiter vergrößern. Dies zeigt, daß die Probleme der Bahn nicht primär im Personalbereich liegen, sondern daß die Ursachen anderweitig lokalisiert sind. Personaleinsparung heißt weniger Arbeitsplätze, mehr Arbeitslose, weniger Serviceleistungen, ohne daß die Probleme in die Nähe einer Lösung rücken würden.

Ein Grundsatz muß für Sozialdemokraten bei allen Sanierungskonzepten im Vordergrund stehen: Die Sanierung der Bahn darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer durchgeführt werden!

Frage der Ordnungspolitik?

Bei der ganzen Debatte um die Bahn wird ein Fehler gemacht: die Diskussion wird nicht unter verkehrspolitischen Zielsetzungen geführt, sondern allein unter dem Gesichtspunkt der Sanierung. Bilanzverlustminderung oder Bilanzausgleich aber sind keine verkehrspolitischen Zielformulierungen. Die Erstellung einer Verkehrskonzeption, mit dementsprechenden Zielvorgaben unter Berücksichtigung vor allem struktur- und arbeitsmarktpolitischer Daten, kann verhindern, daß die Sanierung der Bahn zu einer reinen Aktiva-Passiva-Diskussion ausartet, die letztendlich keine Lösungsvorschläge anbietet, sondern nur Wasser auf die Mühlen der neoliberalen Privatisierungsdenker gießen würde.

Diese neuen Hellscheiter, unterstützt von den Unternehmern, führen die Probleme der Bundesbahn auf ordnungspolitische Fehlleistungen zurück. Das Schienenwesen sei fast ausschließlich staatlich organisiert, während der Verkehr auf der Straße überwiegend auf privatwirtschaftlicher Basis abgewickelt würde. Hieraus erklärten sich die Defizite der Bundesbahn und die Rentabilität des Straßenverkehrs. Die Lösung ist simpel: Privatisierung der Bundesbahn. Am Beispiel des Paketdienstes sehe man, so wird argumentiert, daß auf Strecken, die für die Post anscheinend unrentabel waren, nach privatwirtschaftlichen Rationalitätskriterien ohne weiteres gewinnbringend gewirtschaftet werden kann.

Dabei wird meist unterschlagen, daß solche „Erfolge“ nur durch eine Minderung der Serviceleistung und durch eine zum Teil erhebliche Schlechterstellung der betroffenen Arbeitnehmer erkauft werden. Hinzu kommt, daß nach einer gewissen Schamfrist, wenn der Markt durch den privaten Unternehmer monopolisiert wurde, drastische Preiserhöhungen durchgeführt werden, was die Erfahrungen mit einigen Reprivatisierungsversuchen zeigten.

Verfolgt man den Vergleich Schiene – Straße konsequent weiter, so stößt man auf Ergebnisse, die an der vermeintlichen Rentabilität der Straße

doch erheblichen Zweifel aufkommen lassen. Bezieht man in den Kostenvergleich die gesamtwirtschaftlichen Belastungen mit ein, so ändert sich das Bild zugunsten der Bahn. Denken wir einmal an die Zahl der Menschen, die Wochenende für Wochenende ihr Leben auf der Straße verlieren, an die schädlichen Umweltbelastungen durch Abgase, an die Zerstörung der Landschaft durch die Inbetriebnahme immer breiter und schneller ausgebauter Straßen, und denken wir nicht zuletzt an die sinnlose Verschwendung eines immer knapper und teurer werdenden Rohstoffes.

Unter Einbeziehung dieser und anderer Punkte kam das Verkehrsministerium schon 1966 zu dem Ergebnis, daß auf der Basis der sogenannten Wegekosten der Verkehr auf der Straße erheblich teurer ist als der Schienenverkehr. So deckt der Wagenladungsverkehr der Bahn 80 Prozent seiner verursachten Wegekosten, der Schwerlastverkehr zwischen 19 und 46 Prozent und die Binnenschifffahrt gar nur 7 Prozent.

Trotz dieser für die Bahn positiven Berechnungen kommt man an dem Problem der Sanierung nicht vorbei. Es ist jetzt schon (und für die Zukunft erst recht) volkswirtschaftlich nicht mehr tragbar, daß Jahr für Jahr immer mehr Haushaltsmittel für die Deckung des Defizits der Bundesbahn aufgebracht werden müssen, die wesentlich besser und sinnvoller verwendet werden könnten.

Personenverkehr

Obwohl wir eine Hochkonjunktur durchlebten, stieg der Zuschußbedarf der Bundesbahn aus dem Haushalt zwischen 1970 und 1974 um beinahe das Doppelte, von 3,9 Milliarden auf 7,5 Milliarden DM. Die gesamten Aufwendungen der Bahn werden gerade noch zu 54 Prozent von den Benutzern aufgebracht. Die restlichen 46 Prozent muß der Steuerzahler über den Umweg Bundeshaushalt berappen. Die Folgerung, Steuerzahler und Benutzer hätten gemeinsam die Bilanz der Bahn auszugleichen, ist ein Trugschluß. Weder Haushalt noch Benutzer sind mittelfristig in der Lage, weiterhin für ihre Finanzierung aufzukommen. Die Sanierung der Bahn durch das Mittel der Tarifierhöhung ist sozial- und wirtschaftspolitisch unsinnig und würde darüber hinaus an den grundsätzlichen Strukturproblemen nichts ändern.

Die meisten Schwierigkeiten bereitet die Personenbeförderung. Ein Kostendeckungsgrad von 25 Prozent, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß öffentliche Beförderungsleistungen ganz allgemein nicht kostendeckend sind und es auch nicht unbedingt sein sollen, zeigt, in welchem Rahmen dieser Problembereich angesiedelt ist. Der Verkehr hat seit 1960 in diesem Bereich insgesamt um über 150 Prozent zugenommen, auf der Schiene dagegen

im selben Zeitraum um 8 Prozent abgenommen. Der Personenverkehr ist auch weiterhin ein wachsender Markt. Die Bundesbahn hat aufgrund der Strukturverschiebung, die „pro Straße“ und „contra Schiene“ verläuft, an diesem Wachstum nicht teilgenommen, sondern sogar zusätzliche Verluste erlitten. Die Verlagerung auf die Straße hat den Haushalt doppelt belastet: zum einen mußten die Verluste der Bundesbahn aufgefangen werden, zum anderen mußte für die Schaffung und den Erhalt der nötigen Infrastrukturleistungen gesorgt werden, um die zunehmende Motorisierung überhaupt zu ermöglichen.

Güterverkehr

Die Kompensation der Verluste im Personenverkehr durch den Gütertransport ist kaum möglich. An der gesamtwirtschaftlichen Expansion des Güterverkehrs hatte die Bundesbahn so gut wie keinen Anteil. Sie profitierte in erster Linie von der Konjunktur der Stahlindustrie im Nachkriegsdeutschland. Seit die Montanindustrie, der Hauptlieferant der Bahn, in der Krise steckt, stagnieren auch ihre Beförderungsleistungen. Für die Zukunft dürften die Erwartungen eher noch schlechter ausfallen. So wird man in der Stahlindustrie, bedingt durch die Lage auf dem Weltstahlmarkt, mittelfristig um Kapazitätsverringerungen nicht vorbeikommen. Hinzu kommen neue Technologien, die bei den Ministahlwerken einen Transport von Erzen und Koks kohle überflüssig machen, da sie auf Schrottbasis arbeiten. Die Kohleförderung war, vor allem durch die Substitution des Energieträgers Kohle durch Erdöl, in den zurückliegenden Jahren stark rückläufig. Auch hier ist in absehbarer Zeit keine Expansion der Transportleistungen für die Bahn zu erwarten. Kapazitätsbeschränkungen und neue Technologien bei den Hauptkunden der Bundesbahn sind wesentliche Ursachen der schlechten Situation des Schienengüterverkehrs.

Zwei sich in ihrer Wirkung akkumulierende Tendenzen richten sich gegen die Bahn:

- der sich gesamtwirtschaftlich abzeichnende Strukturwandel, der aufgrund des starken Wachstums in anderen Sektoren nicht offensichtlich und dramatisch erschien, der aber die Bahn sehr früh und sehr heftig erfaßte,
- und der oben schon beim Personenverkehr festgestellte Trend zur Straße.

Trennung von Netz und Betrieb

Der DIHT hat beim jüngsten Bonner Hearing über die Finanzsituation der Bundesbahn folgenden Vorschlag gemacht, der auch im Verkehrsministerium anscheinend auf Interesse gestoßen ist: Die Trennung von Verkehrsnetz und Verkehrsbetrieb. Dies bedeutet:

1. Der Bund ist politisch und finanziell zuständig

für die Entscheidung über Investition und Desinvestition im Netz, insbesondere ist er auch verantwortlich für die Modernisierung des Netzes, um die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs zu steigern.

2. Der Bund ist zuständig für die Berücksichtigung verkehrsfremder Ziele, wie die Raumordnung, Regionalpolitik oder auch energiepolitische Erwägungen für Ausbau und Vorhaltung des Schienennetzes vorgeben können.
3. Der Bund trägt das Risiko mangelnder Auslastung von Streckenkapazitäten.
4. Der Bund ist verantwortlich für die Frage, wie weit im Schienenverkehr (ebenso in den anderen Verkehrsbereichen) die Wegekosten von den Benutzern getragen werden sollen.
5. Demgegenüber präzisiert sich der Auftrag der Bundesbahn und ihrer Führung dahingehend, daß sie für den Kostenausgleich des Verkehrsbetriebs verantwortlich ist."

Dieser Vorschlag war auch Grundlage eines Kabinettsbeschlusses. Verkehrsminister Gscheidle wurde beauftragt, dem Kabinett bis 1979 Modelle zur Trennung von Fahrweg und Betrieb vorzulegen.

Die Betauerung, die Bahn bleibe auch mit der Rechtsform einer Aktiengesellschaft weiterhin in Bundesbesitz, ist Makulatur. Unabhängig davon, wer die Kapitalmehrheit hat, entfällt bei einer privatwirtschaftlich organisierten Bahn die Tarif-, Beförderungs- und Betriebspflicht, der sie als Teil der Bundesverwaltung in Zusammenhang mit Art. 87 GG unterworfen ist. Das heißt Verkehrsbedienungen im Zonenrandgebiet und in verkehrsfernen Gebieten kann ersatzlos entfallen, wenn sie nicht mehr rentabel ist.

Daß eine solche Politik strukturell unsinnig und dazu geeignet ist, regionale Disparitäten noch zu vergrößern, dürfte auf der Hand liegen. Hinzu kommen alle bekannten negativen Auswirkungen einer Privatisierung: Entlassungen, soziale Abgruppierung der Beschäftigten, Verminderung des Leistungsangebots bei gleichzeitiger Heraufsetzung der Gebühren, Privatisierung der Gewinne, Abwälzung der Kosten auf die Allgemeinheit usw.

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesbahn, Vaerst, hat unlängst angedeutet, wohin die Reise gehen soll: "Die gesetzliche Betriebspflicht muß ersetzt werden durch eine unternehmerische Betriebsentscheidung: Die Deutsche Bundesbahn bietet Schienenverkehrsleistungen nur dort an, wo sie wirtschaftlich vertretbar sind."

Die Lasten einer solchen Politik hätten die Arbeitnehmer zu tragen: als Benutzer und Beschäftigte der Bahn.

Eine Sanierung der Bundesbahn läßt sich nur im Rahmen eines integrierten Verkehrsprogramms lösen.

Die Ursachen der negativen Entwicklung des Schienenverkehrs verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen konkurrierenden Verkehrsträgern und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. "Die Verkehrspolitik ist Teil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", sagte Bundesverkehrsminister Gscheidle vor dem Kabinett. Die sich aus dieser Feststellung ergebenden Implikationen müssen in ein Sanierungskonzept, wenn es dauerhaft und effizient sein soll, mit einfließen.

Beispielhaft in der Geschichte der Bundesrepublik war der "Leber-Plan". Verkehrsminister Leber hatte zu Zeiten der Großen Koalition ein integriertes Verkehrsprogramm vorgelegt, das, wäre es nicht an der administrativen Durchsetzbarkeit gescheitert, uns manche Probleme erspart hätte.

Der Plan enthielt neben Maßnahmen im Bereich der Binnenschifffahrt und der Bundesbahn in erster Linie eine Belastung des Straßengüterverkehrs durch eine Beförderungssteuer und durch ein Beförderungsverbot für bestimmte Güter, um auf diese Weise eine Verbesserung des Frachtaufkommens für die Bundesbahn zu erreichen. Man muß natürlich sehen, daß eine Politik gegen die Straße nicht unbedingt eine Politik für die Bahn sein muß.

Deshalb müßten weitergehende Maßnahmen ergriffen werden, wie:

- Abbau öffentlich subventionierter Konkurrenzlinien,
- Ausbau des Kombiverkehrs,
- die Wiedereinführung einer Beförderungssteuer, wie in Österreich geschehen und wie sie auch von der Gewerkschaft GdED gefordert wird,
- Abschaffung der Kfz-Steuer und ihre Überwälzung auf die Mineralölsteuer,
- Rationalisierung und Effektivierung ohne Abbau von Personal,
- Schaffung von Nahverkehrsverbundsystemen im Bereich des Personenverkehrs (zeitliche und tarifliche Abstimmung mit anderen Personennahverkehrsunternehmen),
- verstärkte Anreize zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Berufsverkehr.

Daß solche Maßnahmen, vor allem wenn sie gegen den Güterverkehr auf der Straße gerichtet sind, auf massiven Widerstand stoßen, hat jüngst das Beispiel Österreichs gezeigt. Da zumindest die Probleme im Straßenverkehr in anderen Ländern ähnlich sind, wäre ein gemeinsames Vorgehen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft wünschenswert.

Es wäre sicherlich kein nostalgischer Rückfall, knüpfte die Bundesregierung in ihrer Verkehrspolitik an den Leber-Plan an.

Otfried Jarren: Kommunikation organisieren: Zum Konzept „Bürgerzertung“

Vor einer Partelenverdrossenheit, die schnell in eine Staatsverdrossenheit umschlagen könnte, hat als einer der ersten Willy Brandt gewarnt. Seine Warnungen — wie auch die von anderen — wurden jedoch nicht gehört. Zwar begann eine Diskussion über „Bürgerzertung“ und wie so etwas zu erreichen sei, und es wurde wieder vermehrt von der Notwendigkeit einer Intensivierung der „Vertrauensarbeit“ gesprochen, aber die meisten Überlegungen blieben abstrakt und theoretisch: „Vertrauensarbeit“ wie auch „Bürgerzertung“ erweisen sich zunehmend als leere Worthülsen, mit denen jeder jedes und alles meinen und rechtfertigen kann.

Die Folgen sind:

- Die Bürger zweifeln zunehmend an der Leistungsfähigkeit der Partelen, die anstehenden Probleme sachgerecht zu lösen.
- Den Partelen wird bestritten, daß sie in der Lage seien, Probleme der nahen und fernen Zukunft bereits jetzt sach- und fachgerecht anzugehen.
- Es stagniert die Bereitschaft, sich in den Volkspartelen zu organisieren; während die Bereitschaft zum Engagement in politischen und sozialen Initiativgruppen stetig zunimmt.

In besonderer Weise betroffen

Eine Reformpartei wie die SPD, die gesellschaftliche Veränderungen anstrebt und aus diesem Grunde in besonderer Weise auf den Kontakt, auf einen regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch zwischen Bürger und Parteiorganisation angewiesen ist, muß von einer derartigen Entwicklung in besonderer Weise betroffen sein. Die Durchsetzbarkeit gesellschaftlicher Reformen hängt von der Zustimmungsbereitschaft der Mehrheit der Bürger ab und diese wiederum von der Leistungsfähigkeit einer Partei, erstens eine wertorientiert-zielbestimmte Politik zu formulieren und zweitens einen dem jeweiligen Gegenstand adäquaten Meinungs- und Willensbildungsprozeß zu organisieren.

Die derzeitige allgemeine politische Unzufriedenheit, die sich sowohl unter den Parteimitgliedern als auch unter den Bürgern breitmacht, ist nicht nur auf die Inhalte der betriebenen Politik zurückzuführen, sondern vor allem auf die Art und Weise des politischen Umgangs, der Entscheidungsfindung und -realisierung.

Schlagworte wie „Bürgerzertung“ und „Basiskontakt“ können Bürger, aber auch Parteimitglieder nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentlichen Entscheidungen häufig genug an ihnen vorbeilaufen. Konsequenz: Bürger organisieren sich außerhalb der großen etablierten Partelen und bringen ihre Interessen dort vor. Aber nicht nur die Bürger verweigern sich den Partelen, sondern auch die Parteimitglieder selbst resignieren zunehmend. Die Be-

reitschaft zur aktiven Mitarbeit auf Ortsvereins-ebene — laut Kommunikationsstudie sind 25 Prozent der SPD-Mitglieder zu den „Aktiven“ zu zählen — geht zurück, was dazu führen muß, daß die für den Bürgerdialog notwendigen personellen Ressourcen nicht mehr vorhanden sind. Da es an aktiven Mitgliedern mangelt, die in der Lage wären, Gespräche außerhalb organisierter Bürgerforen zu führen, das heißt ohne konkreten Entscheidungsdruck oder den Wunsch nach möglichst viel Effizienz (= kurzer Problemaustausch und möglichst schnelle Zustimmung durch die betroffenen Bürger) mit den Bürgern zu sprechen, beschränken sich Ortsvereine in hohem Maß auf einen formalisierten Austausch mit etablierten Institutionen.

Fixiert

Lokale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit — sofern überhaupt in ernstzunehmender Weise konzipiert und durchgeführt — wird als Möglichkeit zur positiven Selbstdarstellung verstanden und ist überdies fixiert auf die Arbeit von und mit den als soziale Institutionen verfestigten Medien. Die Arbeit im vorpolitischen Raum, deren Bedeutung anerkannt ist, kann so sicher nicht geleistet werden.

Diese Entwicklung, die in der SPD festzustellen ist, deutet auf eine Schraube ohne Ende hin: Wenige aktive Mitglieder, belastet mit den verschiedensten Funktionen und Mandaten, sind aufgrund der hohen Arbeitsbelastung gezwungen, im Ortsverein politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse möglichst effizient durchzuführen. Die Folge ist, daß es an ausreichend motivierten und informierten Parteimitgliedern fehlt. Bürgergespräche vor Ort können so kaum geführt werden. Das wiederum führt dazu, daß die Mandatsträger und die lokalen Parteiorganisationen den Bürgern entrückt erscheinen. Viele Bürger fühlen sich allein gelassen und lesen in ihrer lokalen Tageszeitung, daß für sie bereits entschieden wurde. Engagement, so läßt sich schlußfolgern, ist also gar nicht erforderlich. Die Berichterstattung in der Lokalpresse regt sicher nicht dazu an.

Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen soll die folgende These sein: Die in den Ortsvereinen vorfindbaren Kommunikationsstrukturen und -formen spiegeln sich in den Außenbeziehungen der Ortsvereine zu den Bürgern wider.

Oder anders formuliert: Wer den wechselseitigen Austausch mit dem Bürger will, kann dies nur dann im Interesse und zur Zufriedenheit aller Betroffenen leisten, wenn er in der Lage ist, seine von ihm selbst praktizierten Kommunikationsformen entsprechend zu ändern.

Ein kurzer Blick auf die Diskussion über Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Partei soll mit den

wesentlichen Argumenten, die in jüngster Zeit vorgetragen worden sind, bekanntmachen.

„Medienbarriere“

Der SPD war es im Bundestagswahlkampf 1976, besonders während der letzten Phase, immer weniger möglich, die Themen der Wahlkampfdiskussion zu bestimmen – so heißt es in einer Wahlenanalyse der Partei. Das Schlagwort von der „Medienbarriere“, das bereits 1975 bei den Konferenzen der Ortsvereinsvorsitzenden mit Willy Brandt eine zentrale Rolle spielte, machte erneut die Runde. In der erwähnten Wahlenanalyse wurde eben diese „Medienbarriere“ für das schlechte Abschneiden der SPD mit verantwortlich gemacht. Aber auch eigene Fehler werden in diesem Zusammenhang eingestanden: „Die im Ergebnis dieses Wahlkampfes erneuerlich feststellbare Barriere bei der Vermittlung von sozialdemokratischer Politik hat vielfältige Ursachen, die nur zum Teil in einer spezifischen Haltung vieler Medien zur Sozialdemokratie zu suchen sind.“

In der Folge entwickelte sich eine – allerdings nur kurze – Diskussion über die aus dieser (richtigen!) Einsicht ableitbaren Konsequenzen:

Peter von Oertzen wies im „Vorwärts“ (3/77) auf die seiner Meinung nach objektiv vorhandenen Schwierigkeiten der SPD „im Felde der offiziellen Öffentlichkeit“ hin. Sein Lösungsvorschlag: „Der Versuch, die Meinungsbildung im Sinne der Sozialdemokratie ausschließlich auf dem Felde der offiziellen Öffentlichkeit (also über die Medien, O. J.) beeinflussen zu wollen, ist von daher von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Das heißt: Selbst wenn es möglich ist, mit Hilfe der Medien unverzerrt bestimmte Themen zu vermitteln, so ist die damit intendierte Wirkung keineswegs sicher.

Um die gelieferten Stichworte, denn um mehr kann es sich bei den massenmedial verbreiteten Aussagen nicht handeln, in den Prozeß der Meinungsbildung einfließen zu lassen, bedarf es glaubwürdiger und anerkannter Multiplikatoren vor Ort, die jederzeit in einen Dialog mit dem Bürger einsteigen können. Daren Verankerung, so von Oertzen im erwähnten Artikel, im „gesellschaftlichen Umfeld“ ist dabei eine wichtige Voraussetzung.

„Gefahr der Isolierung“

In ähnlicher Weise wird in dem im Herbst vorigen Jahres vorgelegten Positionspapier des Bezirks Niederrhein argumentiert: „In welcher Weise Sozialdemokraten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehen und in politischem Handeln verwirklichen, bleibt häufig unklar. Die zunehmende Ausrichtung der Wahlaussagen an kommerziellen Werbestrategien signalisiert, daß auch in der Partei

hierüber weder Klarheit noch Übereinstimmung besteht.“ Und es wird, quasi als Folge, festgestellt: „Das sogenannte ‚einfache‘ Mitglied nimmt immer seltener an Parteiveranstaltungen teil. Damit ist der lebendige Gedankenaustausch und Diskussionsprozeß innerhalb der Partei und zwischen Partei und Wähler erheblich eingeschränkt. Dies birgt die Gefahr einer zunehmenden Isolierung der Partei von der Bevölkerung in sich ...“

In beiden Argumentationen wird hervorgehoben, in welcher besonderen Weise eine Partei mit reformistischem Ansatz auf die Vermittlung sowohl ihrer politischen Ziele und Leistungen wie auch der getroffenen Entscheidungen angewiesen ist.

Zwei Argumentationsstränge lassen sich, faßt man die Ergebnisse aller veröffentlichten Diskussionsbeiträge zusammen, erkennen:

- Zum einen wird der Vorschlag gemacht, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren, und zwar mit dem Ziel, die vorfindbare „Medienbarriere“ (vor allem die im lokalen Bereich) zu unterlaufen beziehungsweise der Qualität nach zu verändern.
- Zum anderen müßte, wie Peter von Oertzen richtig feststellt, nicht nur auf dem „Felde der offiziellen Öffentlichkeit“ gearbeitet werden, sondern es sollten die politischen Tätigkeiten im vorpolitischen Raum verstärkt werden, um mit Hilfe der Mitglieder die Bürger ansprechen zu können. Eine Aufgabe, die die Ortsvereine wahrzunehmen hätten.

Mangel an Konzepten

Ausgangspunkt aller Überlegungen sollte, um das deutlich zu sagen, der Ortsverein sein. Denn nur im lokalen Bereich bestehen noch ausreichend Möglichkeiten, Politik wirksam zu vermitteln. Hier sind die Chancen, Medien zum „Transport der politischen Auffassungen“ zu nutzen, zumindest besser als auf der überlokalen Ebene (= Landes- und Bundesebene). Die Ortsvereine betreiben jedoch oftmals keine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und es mangelt häufig an formulierten Konzepten.

Dabei wird nur ein politisch arbeitender, aktiver Ortsverein in der Lage sein, politische Ziele und Leistungen der Gesamtpartei wirkungsvoll zu vermitteln. Hier ist Hermann Rauke zuzustimmen, wenn er in seinem NG-Beitrag (8/78) schreibt, daß es nicht darum gehen kann, sozialdemokratische Kommunalpolitik durch Pressearbeit zu ersetzen. „Im Gegenteil – erst eine gute, dem demokratischen Sozialismus verpflichtete Kommunalpolitik schafft die Voraussetzung für eine Öffentlichkeitsarbeit, die geeignet ist, politisches Handeln im Sinne einer Verdeutlichung der praktischen Umsetzung transparent zu machen.“

In einem Papier der Münsteraner „Arbeitsgruppe Medienbarriere“ heißt es dazu unmißverständlich: „Öffentlichkeitsarbeit hat von daher nicht die alleinige Aufgabe, SPD-Politik bestmöglich zu ‚verkaufen‘, sondern muß als Teil der Vertrauensarbeit darauf abgestellt sein, einen wechselseitigen Dialog der Bürger mit der Partei zu ermöglichen. Ein derartiger fortwährender Bürgerdiallog könnte die weitgehende Entfremdung der Politik von den Interessen der Bürger zumindest tendenziell rückgängig machen. Politik heißt in diesem Verständnis gleichrangig das Ermitteln und Aufgreifen von Bürgerinteressen wie das Vermitteln von in der Partei erarbeiteten Problemlösungen.“

Verbesserungen innerhalb der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Partei im Sinne einer Professionalisierung auf Ortsvereinsebene sind sicher nötig, aber ebenso sicher nur bedingt erfolgreich. Auch die professionalisiertere Arbeit findet ihre Grenzen in der publizistischen Grundhaltung der Presseorgane (Lokalzeitungen).

Es bleibt generell festzuhalten, daß die Arbeit mit bzw. über Medien auf Grenzen stößt. Die „Medienbarriere“ mag verschoben werden, sie ist aber nicht einseitig veränderbar. Es erfordert schon entsprechende Gegenstrategien (vor allem im medienpolitischen Bereich), um diese „Barriere“ zu umgehen oder abzubauen. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau eigener, zielgruppenorientierter Printmedien.

Zweiterlei Chancen

Mit Hilfe dieser Medien ließe sich, wie nachfolgend gezeigt werden soll, zweierlei erreichen: Informationen, die in den etablierten Lokalzeitungen nicht oder nur verkürzt wiedergegeben werden, zu verbreiten; und es besteht die Chance, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, indem ihnen die Möglichkeit eröffnet wird, sich mit ihren Problemen an die Stadtteil- oder Ortszeitung zu wenden. Die Betroffenen berichten über sich und ihre Probleme selbst.

Die SPD verfügt mit derzeit 1300 lokalen Parteizeitungen (Stadtteil-, Orts- und Gebietszeitungen) über eine beträchtliche Anzahl dieser Lokalmedien. Doch diese Anzahl, die sicher noch steigerungsfähig ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein nicht unbeträchtlicher Anteil der lokalen Parteizeitungen äußerst unregelmäßig und in wechselnder Aufmachung erscheint. Oftmals werden die Zeitungen nur in Wahlzeiten haushaltsabdeckend verteilt. Und andere Zeitungen sind nur als lokal aufgemachte politische „Werbeblättchen“ zu bezeichnen. Wie derartige Zeitungen dann beim Bürger ankommen, darüber muß hier wohl kein Wort verloren werden.

Werner Herminghaus, Leiter des „Service für Betriebs-, Orts- und Stadtteilzeitungen“ beim Partei-

vorstand in Bonn, sieht insgesamt allerdings eine positive Entwicklung, da die Bereitschaft der Ortsvereine, ihre Zeitungen auch außerhalb von Wahlzeiten regelmäßig erscheinen zu lassen, ansteigt. (Vgl. dazu auch den Beitrag von W. Herminghaus in NG 5/78)

Untersucht man die lokalen Parteizeitungen genauer, so läßt sich feststellen, daß lokale Themen im Mittelpunkt der Ausgaben stehen. Bernhard Brämswig kommt in einer Untersuchung von lokalen Parteizeitungen aus Nordrhein-Westfalen (allerdings: unsystematische Zeitungsauswahl) zu dem folgenden Ergebnis: Lokalen Themen wird mit 62,6 Prozent der größte Platz in diesen Medien eingeräumt. Egal, ob die Zeitungen nun von der CDU, FDP oder SPD herausgegeben werden. Seine Analyse ergab folgendes Bild:

A. Zeitungen ohne Werbung

Herausgeber	Überörtliche Berichte	Lokale Berichte
CDU	48,8 Prozent	51,9 Prozent
FDP	36,7 Prozent	63,2 Prozent
SPD	27,0 Prozent	72,9 Prozent

B. Zeitungen mit Werbung

Herausgeber	Überörtliche Berichte	Lokale Berichte
CDU	37,0 Prozent	62,9 Prozent
FDP	40,3 Prozent	59,6 Prozent
SPD	10,5 Prozent	89,4 Prozent

(Alle Daten stammen aus dem 1. Halbjahr 1977)

Ferner einige Strukturdaten speziell der sozialdemokratischen lokalen Parteizeitungen:

A. Erscheinungsweise: 3–4 Ausgaben pro Jahr

B. Finanzierung: 27,8 Prozent finanzieren sich teilweise oder ganz aus dem Verkauf von Anzeigenraum.

C. Vertrieb: Verteilerkreis (Mandatsträger); nur in ländlichen Gebieten z. T. über die Post.

D. Druck: Fast ausschließlich Offset-Druck.

E. Format:

DIN A 5:	31,9 Prozent,
größer als 5*:	0,6 Prozent,
DIN A 4:	54,4 Prozent,
größer als 4:	5,0 Prozent,
DIN A 3:	4,0 Prozent,
größer als 3:	3,3 Prozent.

(* = Zwischenformate)

Keine Bürgerforen

Lokale Themen stehen also, um dieses Ergebnis noch einmal hervorzuheben, im Mittelpunkt der

Berichterstattung lokaler Parteizeitungen. Über die (lokalen) Berichterstattungsgegenstände (Themen) liegen zur Zeit noch keine Untersuchungen vor.

Trotz dieser lokalen Orientierung wäre es jedoch falsch, die Masse der Zeitungen als „Bürgerforen“ zu bezeichnen. Die Bereitschaft, Bürger in diesen Zeitungen schreiben zu lassen, oder Betroffene zu Wort kommen zu lassen, ist bei den lokalen Parteizeitungsredakteuren nur sehr gering ausgeprägt. Auch Reuke fordert in seinem Diskussionsbeitrag von den Parteizeitungsredakteuren, daß sie mehr Bereitschaft zeigen sollten, damit „unmittelbar Betroffene, die sonst keine Artikulationsmöglichkeit haben“, selbst zu Wort kommen können. (NG 8/78)

Das Selbstverständnis der Parteizeitungsredakteure bewegt sich zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite wird die Zeitung als reines Instrument der (Wahl-)Werbung verstanden, und auf der anderen Seite steht das Bemühen einer – wenn auch erheblich kleineren – Gruppe von Redakteuren, ein Forum für alle zu schaffen, das prinzipiell allen Bürgern zur Verfügung steht und Träger unterschiedlichster Meinungen ist.

Parteizeitungen stehen in einem Spannungsfeld, in dem sie auf der einen Seite die (berechtigten) Interessen der Organisation nach außen zu vertreten haben und zum anderen, um von den Bürgern als lokales Medium anerkannt zu werden, die Bedürfnisse und Wünsche eben dieser Bürger angemessen zu berücksichtigen haben.

Deshalb werden sich diese Medien nur dann zu ernstzunehmenden Faktoren lokaler Kommunikation entwickeln können, wenn es ihnen auf Dauer gelingt

- die Informationsdefizite der etablierten Medien (Lokalzeitungen) auszugleichen,
- das Informationsangebot der Lokalpresse durch zielgruppenorientierte, lokale und sublokale Informationen zu ergänzen,
- die Bürger mittels des Mediums über den partei-internen Meinungs- und Willensbildungsprozeß zu informieren und in die laufenden Diskussionen über kommunalpolitische Absichten, Planungen und Entscheidungen einzubeziehen und
- einen ständigen wechselseitigen Austausch von politischen Informationen zwischen den kommunalen Entscheidungsträgern und den (betroffenen) Bürgern herzustellen.

Das erfordert allerdings, daß diese Medien nicht nur „Verlautbarungsorgane“ von Parteiorganisationen sein dürfen, sondern auch allen Interessierten Bürgern die Gelegenheit geben müssen, sich in dem Medium zu artikulieren. Berührungspunkte, in unterschiedlichster Ausprägung vorhanden, gilt es abzubauen. Diese Medien müssen, obwohl organisatorisch fest eingebunden, in der Lage sein, sich als „Mittler“ der lokalen Kommunikation zu betätigen.

Öffnung der Partei

Nur dann, wenn die lokalen Parteizeitungen in der Lage sind, eine derart eigenständige Rolle zu entwickeln, werden sie sich zu einem echten Faktor der lokalen Kommunikation langfristig entwickeln können. Solange aber lokale Parteizeitungen ausschließlich als eine Möglichkeit zur Verbesserung von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit angesehen werden und solange es einem großen Teil der Parteizeitungsredakteure nur darum geht, eine positive Selbstdarstellung mit dem Ziel zu betreiben, die nächsten Wahlen zu gewinnen oder Teilzielen zum Durchbruch zu verhelfen, können sie den an sie gestellten – und hier postulierten – Anforderungen nicht gerecht werden.

Gefordert ist also, um zur Ausgangsthese zurückzukehren, die Öffnung der Partei dem Bürger gegenüber. Ein Gespräch ist nur vor Ort möglich; „Überzeugungsarbeit“ ebenfalls. Überregionale Fachkonferenzen können, sofern sie entsprechend ausgewertet werden, höchstens Themen für derartige Gespräche vor Ort liefern, Orts-, Stadtteil- und Gebietszeitungen hingegen einen Knotenpunkt für „mehr Kommunikation“ bilden:

- mehr Kommunikation innerhalb der Partei (Politik muß formuliert werden);
- mehr Kommunikation mit dem Bürger (Ermittlung von „Bürgerinteressen“ und deren Diskussion in der Zeitung unter Beteiligung von Betroffenen. Rückkoppelung: öffentliche Redaktionsitzungen; persönliche Übergabe der Zeitung).

Die lokalen Parteizeitungen könnten dazu beitragen, eine Kommunikation nach innen wie nach außen in Gang zu setzen. Dann besteht die reale Chance – und einige Beispiele belegen das bereits –, verkrustete Kommunikationsstrukturen aufzubrechen und neue Formen der politischen wie auch der „unpolitischen“ Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu entwickeln.

Arbeiterkinder an den Hochschulen

Soziale Selektion, materielle Lage, Ausbildungsförderung von Hans Altendorf, Gerhard Becker, Michael Broda und Klaus Hofemann
Europäische Verlagsanstalt
Köln 1978, 184 S., DM 19,80

Statistiken beweisen es: Nach wie vor existiert in der Bundesrepublik ein klassen- und schichtenspezifisches Bildungssystem. In der „Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Fraktionen von SPD und FDP im Deutschen Bundestag zur Bildungspolitik“ (Drucksache 8/1703) wird dazu u. a. ausgeführt: „Wachsendes Streben der Bevölkerung nach Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten, Ausbau des Angebots, Abbau der Kosten für den einzelnen und verbesserte Ausbildungsförderung haben bewirkt, daß die Einseitigkeit in der sozialen Zusammensetzung vor allem unter Schülern der Gymnasien und der Studenten schrittweise verringert wurde. Für ein heute 20jähriges Arbeiterkind des Geburtsjahrgangs 1958 ist die Chance, daß es eine Hochschule besucht, etwa sechsmal größer, als sie für ein Arbeiterkind des Geburtsjahrgangs 1948 vor 10 Jahren bestand. Erhebliche Ungleichgewichte bleiben jedoch bestehen und fordern verstärktes politisches Bemühen ...“

So liegt zwar der Anteil der Arbeiterkinder im 1. Hochschulsemester bereits 1975 wesentlich höher als etwa 1966 (wobei auch hier die vorliegenden statistischen Untersuchungen nicht unwesentlich voneinander abweichen), dennoch bleibt festzuhalten, daß nach wie vor ein signifikantes Mißverhältnis zwischen Sozialstruktur der Bevölkerung und der Quote studierender Arbeiterkinder besteht.

Welche Ursachen und Auswirkungen dieses Unterrepräsentanz von Arbeiterkindern an der

Hochschule hat, ist Gegenstand der vorliegenden Studie, die von den Autoren im Rahmen ihrer Tätigkeit in der „AG Studentische Sozialpolitik“ beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verfaßt wurde.

Diese Studie macht deutlich, wie dringend es geworden ist, den Gesetzgeber wieder an seine ursprünglichen reformpolitischen Ziele zu erinnern, damit die sozialen, bildungspolitischen und ökonomischen Barrieren nicht unüberwindbar bleiben. Zwar ist die bei Politikern der sozialliberalen Koalition gewachsene Einsicht hinsichtlich der Öffnung der Hochschulen zu begrüßen. Diese Einsicht muß jedoch ergänzt werden durch die Bereitschaft, für die Sicherung der Lebensbedingungen der Studenten ausreichend Sorge zu tragen. Genau das ist bisher versäumt worden.

Auf diesem sozialpolitischen Hintergrund greift die vorliegende Studie ein Thema auf, das zu Beginn der Bildungsreformbestrebungen einen beachtlichen Stellenwert bei der gewerkschaftlichen Forderung nach mehr Chancengleichheit hatte und heute Anlaß zur kritischen Bestandsaufnahme gibt: Die vielfältigen Hindernisse, die Arbeiterkinder beim Zugang zur Hochschule zu überwinden haben.

Schwerpunkt der Studie ist die Frage nach der materiellen Absicherung des Studiums für Studierende aus einkommensschwachen Elternhäusern. Die Untersuchung wertet die aktuellsten empirisch-statistischen Erhebungen zur finanziellen Lage der Studierenden aus. Sie untersucht die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und bezieht dabei auch die Diskussion um die Beteiligung der Studierenden an den Ausbildungskosten (Reprivatisierung der Ausbildungskosten) mit ein. Auch zu speziellen sozial-

politischen Problemen der Studierenden, insbesondere zur Wohnsituation, der Gesundheitsfürsorge, der psychotherapeutischen Versorgung sowie der Lage der Studentenwerke werten die Verfasser das vorliegende Primärmaterial aus. Angesichts steigenden Leistungsdrucks, einem zunehmend begrenzter werdenden studentischen Wohnungsmarkt und wachsender psychischer Belastungen nimmt die Bedeutung dieses Teils der studentischen Sozialpolitik zu.

Die vorliegende Arbeit hat sich auch zur Aufgabe gemacht, Dokumente der gegenwärtigen studentischen Sozialpolitik verfügbar zu machen. Dabei sind die gewerkschaftlichen Grundpositionen zu den zentralen Fragen studentischer Sozialpolitik ebenso Bestandteil des Dokumentartells wie die Auszüge aus den Protokollen der Sitzungen des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft zum Thema: „Ausbildungsförderung und Hochschulfinanzierung.“

Die in diesem Zusammenhang sorgfältig recherchierten Fallbeispiele verfolgen nicht nur das Ziel, die Berechnung von Ausbildungsförderungsansprüchen zu erleichtern. In ihrer Abfolge, beginnend mit dem Jahr 1974, kennzeichnen sie auch die Unstetigkeit der BAföG-Politik und die tendenzielle Verschlechterung der materiellen Sicherung. In der Studie wird überzeugend nachgewiesen, daß die materielle Absicherung des Studiums an den Hochschulen nach wie vor – trotz BAföG – nicht zufriedenstellend ist. Immer noch sind BAföG-geförderte Studenten jenen Kommilitonen gegenüber benachteiligt, deren Ausbildungskosten von den Eltern getragen werden können. Die Neuregelung der Einkommensteuergesetzgebung in Sachen Ausbildungsfreibeträge hat die Kluft zwischen Kindern aus wohlhabenden und einkommensschwächeren Familien deutlich

verschärft: Während die einen durch Steuernachlässe bei den Eltern mittelbar subventioniert werden, wurden den anderen längst überfällige BAföG-Erhöhlungen lediglich als Darlehen gewährt.

Auch das Bundesausbildungsförderungsgesetz selbst weist zahlreiche schwergewichtige strukturelle Mängel auf. Hier sind insbesondere die Nichtanpassung der Freibeträge und Bedarfssätze sowie die Einführung eines seit 1974 ständig erhöhten Darlehenssockels zu nennen. Parallel dazu muß die Einschränkung der Förderungsbedingungen konstatiert werden. Ein Ergebnis dieses Leistungsabbaus ist nicht nur die Fortschreibung der bestehenden Finanzierungslücke bei den Auszubildenden und das Absinken der Gefördertenquote seit Inkrafttreten des Gesetzes, sondern auch die Festschreibung eines Selektionsprozesses, der seinen Ausdruck u. a. auch im Wiederaufleben der Begabungsdiskussion findet. Absicht und Folgen dieser sozialen Selektion ist die Legitimation einer zunehmend restriktiven Bildungspolitik, die nachweisbar zum Numerus clausus, zur Lehrstellenknappheit und zur Jugendarbeitslosigkeit geführt hat. Damit schließt sich der Kreis: Die Privilegierten sichern ihre Bildungsprivilegien ab und verteidigen damit zugleich ihre gesellschaftliche und politische Macht.

Den Autoren geht es nicht darum, den Nachweis zu führen, daß die Öffnung der Hochschulen gleichbedeutend sei mit der Förderung der Ausbildungsgänge für traditionelle Akademikerpositionen. Sie fordern vielmehr eine „wissenschaftliche Ausbildung für möglichst viele unter Lehr- und Lerninhalten, die auf die Interessen und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten bezogen sind“.

In der Studie sind wichtige Erkenntnisse zusammengetragen,

die für die künftige bildungspolitische Diskussion von erheblicher Bedeutung sein werden. Zugleich wird der Nachweis geführt, daß Anspruch und Wirklichkeit der Bildungspolitik und ihrer finanziellen Absicherung nicht mehr übereinstimmen, die Bundesregierung sich im Gegenteil in eine bildungspolitische Defensive hat drängen lassen. Darüber kann auch eine Fülle von Statistiken nicht hinwegtäuschen, mit denen gesteigerte finanzielle Aufwendungen nachgewiesen werden sollen.

Das Buch ist hervorragend dazu geeignet, bildungspolitische Positionen und Entwicklungen zu überprüfen. Darüber hinaus leistet es einen Beitrag, die bei Politikern allenthalben vorhandenen Vorurteile über die Studenten abzubauen; es gehört daher nicht nur in die Hände von Bildungspolitikern.

Wolfgang Brinkel

Die UNO-Politik der DDR
von Wilhelm Bruns
Verlag Bonn Aktuell
Stuttgart 1978, 212 S., DM 26,50

Heute sind beide deutschen Staaten in den Hauptorganen und in den Sonderorganisationen der UNO präsent. Während die DDR in ihrem ersten Memorandum an die UNO die Aufnahme mit der Begründung beantragte, die Mitgliedschaft beider deutscher Staaten werde die friedliche Wiedervereinigung fördern, nimmt sie heute jede Gelegenheit wahr, eine vorgeblich historisch entstandene Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Staaten zu demonstrieren. Wenngleich die DDR-Polemik gegen die Einheit der Nation im Bereich der UNO nicht vordergründig ist, nutzt sie doch Sympathiewerbung bei den nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika

geschickt aus, um theoretische Positionen ihrer Außenpolitik zu legitimieren.

Angesichts dieses Tatbestandes ist es eigentlich erstaunlich, daß Untersuchungen zu Theorie und Praxis der Außenpolitik der DDR im Bereich der internationalen Organisationen hierzulande dünn gesät sind. Wilhelm Bruns hat den zweifelsohne schwierigen Versuch unternommen, die UNO-Politik der DDR zum Gegenstand einer detaillierten, auf einer umfassenden Materialbasis beruhenden wissenschaftlichen Analyse zu machen. Die Arbeit von Bruns hat auch den Vorteil, daß sie gut lesbar ist, obgleich er teilweise in die „politologische Manier“ verfällt, auf der Suche nach griffigen Kategorien komplexe Zusammenhänge in Substantivierungen zu beschreiben.

Über den Inhalt nur soviel: Nach einem Streifzug zur historischen Dimension der UNO-Politik der DDR und einem Sprung in die schwierigen Probleme von Periodisierung und eigener Untersuchungsmethode schreibt Bruns unter Verwendung umfassenden Materials ausführlich über das Verhältnis der DDR zur UNO und zu den Spezialorganisationen. In einem Schlußkapitel interessiert Bruns insbesondere die Vereinbarkeit von DDR-Positionen und Mehrheit in der UNO, die er am Kriterium der „Kompatibilität“ mißt. Bruns meint damit eine komplexe Kategorie, die als „äußere Kompatibilität“ den Grad bzw. die Intensität der Mehrheitsfähigkeit quantitativ auszudrücken versucht (S. 147). (Diese Fragestellung scheint meines Erachtens deswegen von politischer Bedeutung, als mehrheitsfähige Positionen auch zum deutsch-landpolitischen Thema in Beziehung zu setzen sind: In diesem Bereich entfaltet die DDR gegenüber Entwicklungsländern, gegenüber der eigenen Bevölkerung unter den Aspekten von Reputation und auch gegenüber der Bun-

desrepublik wirksame politische Aktivitäten.)

Eine Durchsicht des Buches von Bruns zeigt, daß der Verfasser das Thema ambitioniert bewältigt hat: Man muß bedenken, daß hier eine Forschungslücke besteht, daß die Materialbeschaffung und mithin die empirische Basis außerordentlich disparat ist, daß die Informationspolitik der DDR nach wie vor restriktiv ist und daß es von da aus auch ein methodisches Problem ist, zeitgeschichtliche, völkerrechtliche, ideologische und aktuell-politische Fakten und Akteure in ihrer Verschränkung und unter den Aspekten der Ost-West-Systemauseinandersetzung zu analysieren. Bruns stellt eine Reihe von Fragen in den Mittelpunkt seiner Arbeit, die er auf der Suche nach systematischer Beschreibung entwickelt hat: Die Geschichte der UNO-Politik der DDR, die Frage nach einer marxistisch-leninistischen Theorie internationaler Organisationen, Verhältnis von DDR und Hauptorganen der UNO, Politik der selektiven Mitgliedschaft in den Sonderorganisationen, Interdependenz von Gesellschaftsordnung in der DDR und Verhalten in der UNO.

So kommt Bruns unter anderem zu dem Schluß, daß die UNO für die DDR-Führung ein wesentlicher Legitimationsbeschaffer innenpolitischer Zwecke ist. Die Weltorganisation ist weder strukturell noch situativ in der Lage, eines der schwierigsten Probleme – nämlich die deutsche Frage – zu lösen. Die deutsche Frage hat – insbesondere nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten – in der Einschätzung der meisten Akteure der internationalen Politik jede Dramatik verloren. In der personellen und der materiell-finanziellen Arbeit hält sich die DDR zurück und favorisiert die UNO als Forum für die Propagierung der eigenen Gesellschaftsordnung. Wie die Einführung einer

Wehrerziehung an den Schulen der DDR zeigt, fühlt sich die DDR nicht nur materiell, sondern auch formell und verbal an ganz offensichtlich anders lautende Normen der UNO – Stichwort „Friedenserziehung“ in der UNESCO-Verfassung – nicht gebunden.

Ausführlich setzt sich Bruns mit dem Abstimmungsverhalten der DDR in der UNO und in den Sonderorganisationen auseinander. Hier zeigt die DDR eine fast hundertprozentige Übereinstimmung mit der UdSSR. Hoffnungen auf pragmatische Kooperation der beiden deutschen Staaten wurden bisher enttäuscht. Bruns führt an dieser Stelle den Begriff der „Kompatibilität“ ein, der Vereinbarkeit der DDR-Position mit der UNO-Mehrheit (s. o.). Diese Vereinbarkeit mit der Politik anderer Staaten – vornehmlich der Dritten Welt – ist außerordentlich groß und läßt es kaum zu, die DDR auf die Anklagebank zu setzen und von der „Weltmeinung“ verurteilen zu lassen, wie Bruns abschließend meint.

Bruns hat sich einem schwierigen Thema mit Mut genähert und versucht, mit den Kategorien moderner Sozialwissenschaften das Thema zu analysieren. Wenn auch manches etwas problematisch geraten sein mag – z. B. die Methode der „Perzeptionsanalyse“ über das Verhältnis von DDR und UNO –, so ist doch die logische, gut gegliederte und wegen des gekannten empirischen Durchdringens sehr informative Arbeit auch deswegen ein Gewinn, weil sie politische Fragestellungen zu Wege brachte, die sich eben nur aus der eingehenden Beschäftigung mit der Thematik ergeben können.

Herbert Güttler

Die Politik der SPD 1945–1950
von Ernst-Ulrich Huster
Campus-Verlag
Frankfurt/M. 1978, 236 S., DM 19,-

Bürgerproteste 1978 – ein Zeichen dafür, daß hier ein politisches Element aus dem Jahr 1945 zurückgewonnen wird? Alles zusammengenommen, schrieb vor kurzem Hans Koschnick im „Vorwärts“, könne heute die „Stunde des Bürgers“, der Beginn eines neuen Verhältnisses zum Gemeinwesen werden: die Aufmerksamkeit der SPD habe sich dabei verstärkt auf die soziale Verwirklichung von Grundrechten durch den Staat zu richten, nachdem dieser seine „sozialpolitischen Aufgaben zwar gut erfüllt“, jedoch „in der Wirtschaftsstruktur keine durchgreifenden Änderungen bewirkt“ habe – und derzeit noch keine politische Übereinkunft erkennbar sei, „das Wachstum so zu lenken, daß eine solidarische Gesellschaftsordnung mit freier Unternehmerinitiative vereinbar“ sei.

Für den Fall einer neuen „Lenkungsdebatte“ käme die wissenschaftliche Untersuchung des Gießener Politologen Ernst-Ulrich Huster über die Programmatik und die konkrete Praxis der Sozialdemokratie in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland also gerade recht. Seine Arbeit „will ein Stück sozialer Realität als Grundlage sozialdemokratischer Politik“ aufarbeiten – nicht deshalb, um heute zu zeigen, wie die SPD in der Frage der Neuordnungspolitik nach 1945 hätte handeln müssen, sondern wie sie tatsächlich gehandelt hat: „Das, was man heute sieht, sehen kann, soll in seiner Komplexität entfaltet werden, um die Strukturen des Bestehenden in ihrer sozialen Prozeßhaftigkeit vor Augen zu führen.“

Husters „retrospektive Geschichtsschreibung“ ordnet sich damit der gegen Ende der sechz-

ger Jahre verstärkt geführten politischen Diskussion zu, die sich — der „Amnesie“-Tendenz eines Teils der offiziellen Parteigeschichtsschreibung entgegen — empirisch mit den z. T. äußerst widersprüchlichen Elementen sozialdemokratischer Politik und deren Niederschlag in Praxis und Theorie der Sozialdemokratie nach 1945 beschäftigt hat. Als prägnanteste Beispiele wären hierfür etwa die Studien zur „Antifa“-Bewegung der Autorengruppe um Peter Brandt und Lutz Niethammer zu nennen.

Husters Studie beschränkt sich bei der kritischen Rekonstruktion der Neuordnungspolitik — von 1945 bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes — auf zentrale Gebiete, an denen sich die sozialdemokratischen Neuordnungsvorstellungen und die konkrete Inangriffnahme der Gestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik in der damaligen Zeit exemplarisch aufzeigen lassen:

1. Die Politik der Struktureingriffe in die Wirtschaftsordnung (Sozialfiktionalisierungsmaßnahmen),
2. Politik der Vermittlung von Allgemein- und Partikularinteressen in einer sozialistischen Planwirtschaft,
3. Wirtschafts- und Sozialordnung in bezug auf das zu verabschiedende Grundgesetz für die Bundesrepublik.

Deutlich wird in Husters Untersuchung die Widersprüchlichkeit der politisch bis heute wirksamen Problemlage sozialdemokratischer Politik: die Aufgaben der Integration der sozialen Basis in die bestehenden Strukturen einerseits, andererseits die Orientierung sozialdemokratischer Politik an der Perspektive einer Überwindung des Kapitalismus hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsform. Husters Fragen hierbei sind, „wie sich im historischen Prozeß die einzelnen Varianten sozialdemokratischer Politik durchgesetzt haben“ und was in

Sonderheit zur „Dominanz der sozial-integrativen Politik“ geführt hat.

Bemerkenswert an dieser Studie ist, daß die Analyse der sozialen und politischen Grundlagen sozialdemokratischer Reformstrategien hier einmal nicht auf jenen Ansatz reduziert ist, der sozialdemokratische Politik jener Jahre allein an positiven oder negativen „Verfallstheorien“ mißt. Weder wird hier lobend die Absage der Sozialdemokratie an eine marxistische Gesellschaftsanalyse bzw. an eine sozialistische Orientierung herausgestrichen, noch wird hier ein angeblicher „Verrat“ der SPD an eben diesen Ansätzen beklagt. Das kommt natürlich einer Objektivität zugute, die — indem sie aus den Fehlern der Vergangenheit lernt — die soziale Entwicklung von heute fördern will. Husters Buch ist insgesamt ein Beweis für die Richtigkeit jener Bemerkung von Kurt Schumacher, der einmal sagte, daß „Demokratie eine Sache des guten Gedächtnisses“ sei. Und ein solches „gutes Gedächtnis“ ist heute nötiger denn je.

Hanns Eckart Rinke

Europa und die Multis

Chance für die Dritte Welt?
von Uwe Holtz
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 1978, 291 S.,
DM 9,80

Die öffentliche Diskussion über die Multinationalen Konzerne (MNK) ist offensichtlich in ihre dritte Phase eingetreten. Zuerst entstand in den frühen siebziger Jahren überwiegend eine „Be-

wegung“, die die wirtschaftliche und politische Macht der MNK grundsätzlich analysierte und teilweise scharf kritisierte sowie allgemeine Forderungen zur Kontrolle ihrer Macht vor allem durch die Gewerkschaften aufstellte. Mit der gegen Ende 1973 einsetzenden ökonomischen Krise (insbesondere durch die sprunghaft angestiegene Arbeitslosigkeit) wurde die engagierte Diskussion über die Macht der MNK mehr und mehr ersetzt durch eine weltweit vor allem von den Konzernen selbst getragene Kampagne, die die „segensreichen Wirkungen der Multis“ allenthalben pries; bestenfalls wurden unverbindliche Wohlverhaltens-Appelle angeboten. Seit 1977/78 kann man nunmehr eine dritte Phase ausmachen, die sich einerseits durch fundierte Arbeiten meist internationaler Institutionen auszeichnet, die Teilaspekte der MNK-Tätigkeit hinterfragt und zumindest partielle Antworten anbietet; andererseits werden vergleichende Darstellungen von engagierten Persönlichkeiten — namentlich von Parlamentariern — angeboten, die sich seit Jahren auf verschiedenen Ebenen mit den MNK auseinandergesetzt haben.

Zu den zuletzt Genannten gehört der Autor von „Europa und die Multis“, und sein Buch gibt einen umfassenden Überblick über die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeiten aller wichtigen internationalen Institutionen, die sich mit den MNK befassen. Uwe Holtz ist seit 1972 Bundestagsabgeordneter, seit 1974 Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und leitete in dieser Funktion die öffentliche Anhörung des Bundestages über die Rolle der deutschen MNK in den Entwicklungsländern. Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates legte er 1976 einen Bericht über die Rolle der „Multinationalen Konzerne in Europa“ vor, dessen Nachdruck in deut-

scher Übersetzung wohl der Anlaß für das vorliegende Buch ist.

Im Vorwort des mit 291 Seiten nicht zu dicken Sachbuches spricht Georg Kahn-Ackermann, Generalsekretär des Europarates, bereits das Leitmotiv des gesamten Bandes an: „Die zunehmende Konzentration des Kapitals in den multinationalen Unternehmen, ihre Manipulation der staatlichen Funktionsträger und ihre beherrschende Stellung in der Dritten Welt stellt allen westeuropäischen Demokratien, die sich als eine Region Europa begreifen, die Aufgabe, die Macht dieser Konzerne einzudämmen.“

In dem vom Mitglied der Parlamentarischen Versammlung Holtz erstellten Bericht, der den ersten Hauptteil des Buches darstellt, werden der internationale Konzentrationsprozeß beschrieben und die Auswirkungen der MNK-Tätigkeiten untersucht. Einen Schwerpunkt stellt die Analyse über die Rolle der Konzerne in den Entwicklungsländern dar, wobei der Autor das Problem der MNK zu Recht in die Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung einbezieht. Schließlich werden die Gegenmacht- und Kontrollstrategien gegenüber den MNK, soweit diese seit Beginn der sechziger Jahre an verschiedenen Orten diskutiert wurden, in einer wohl erstmals erschienenen Breite wiedergegeben.

Der zweite Hauptteil vertieft diese Darstellung, gliedert nach politischen Akteuren – Regierungen, Parlamente, Internationale Institutionen sowie Gewerkschaften – und kann wohl als das Kernstück der Publikation bezeichnet werden. Dabei konzentriert sich Holtz auf die vergleichende Analyse der verschiedenen Kataloge von Maßregeln der folgenden Organisationen: OECD, Europarat, Europäisches Parlament und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB). Dem Autor gelingt es einerseits, die Vielfalt der Vorschläge nach ökonomischen Bereichen – Publizität,

Investitionen, Technologie u. a. m. – übersichtlich zu systematisieren. Andererseits prüft Holtz auch die Bereiche unmittelbarer politischer Gestaltung: Mitbestimmung, Adressat oder Geltungsbereich der verschiedenen Kodexe von Verhaltensregeln. Schließlich wird die politisch wohl entscheidende Frage nach dem Verbindlichkeitsgrad all dieser Forderungskataloge gestellt. Das Ergebnis, daß allein der EGB zu verpflichtenden gesetzlichen Regelungen aufruft, zeigt auf, daß staatliche Funktionsträger bisher auf keiner internationalen Ebene direkt politische Macht gegenüber den MNK ausüben können. Die Politiker in den meisten Ländern und Institutionen beschränken sich auf Appelle an das Wohlergehen oder auf vereinzelte Sachvorschläge, ohne allerdings für eine Politik gegenüber den MNK die Initiative zur politisch verbindlichen Umsetzung zu ergreifen.

Fretlich bestätigen erwähnenswerte Ausnahmen diese Regel: Einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben unter Führung des Sozialdemokraten Erwin Lange mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses, namentlich mit dem US-Senator Sam Gibbons, einen „Grundsatzkodex für internationale Unternehmungen und Regierungen“ erarbeitet, auf dem ein Abkommen zwischen der EG und den USA geschlossen werden könnte. Zwar wurde der Grundsatz, daß für alle Beteiligten die Regelungen obligatorisch anzuwenden sind, erstmalig in einer internationalen Institution gebilligt, aber die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament ließen nicht zu, daß dem Ministerrat und der Europäischen Kommission konkrete Aufträge im Sinne der verdienstvollen Initiative des Lange-Gibbons-Berichtes gegeben wurden.

Im dritten Hauptteil führt Uwe Holtz die schon angesprochene Diskussion zwischen den MNK

und der „neuen Weltwirtschaftsordnung“ detailliert fort. Diese brillante Analyse würde eine eigene Besprechung verdienen.

Im letzten Hauptteil stellt der Autor, gleichsam als sein persönliches Fazit der verschiedenen Forderungskataloge von UN, OECD, Europarat, Europäischem Parlament, der EG-Kommission und dem EGB, ein „parlamentarisches Aktionsprogramm“ gegenüber den MNK zur Diskussion. Seine dreißig Einzelforderungen teilt er auf die nationalstaatliche, regional-kontinentale und die weltweite Ebene auf. Ohne hier auf die teilweise originellen Vorschläge, wie dem zu einer „Sozialcharta gegenüber multinationalen Konzernen“, eingehen zu können, soll zumindest der Leitgedanke von Holtz durch Zitierung seines Schlußabsatzes unterstrichen werden: „Die Parlamentarier müssen die Regierungen ständig auffordern, zugunsten der Arbeitnehmer, der wirtschaftlich schwachen Länder und der Zukunft der Demokratie in Europa die Kontrolle über die multinationalen Konzerne auszubauen.“

Im Anhang ist einmal das „Hearing“ des Europarates dokumentiert, an dem u. a. drei Gewerkschaftsdelegierte, drei Vertreter der Arbeitgeberverbände sowie neun Abgesandte von ausgewählten MNK teilnahmen: zum anderen findet man auch die schließlich von der Parlamentarischen Versammlung des Europa der Zwanzig angenommene Resolution. Diese hat praktisch nur Appelcharakter, aber da es sich bei der Straßburger Versammlung nicht nur um das Empfehlungsgremium für die 20 Länder Europas, sondern auch um das „Ersatzparlament“ für die OECD handelt, umfaßt sie mit Beobachter-Delegationen aus den USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland genau die weltweite Ebene, auf denen die MNK hauptsächlich agieren. Das einzige Manko an der Publikation des Europarates scheint mir

das Fehlen einer systematischen und kommentierten Bibliografie; vielleicht findet Uwe Holtz zusammen mit kritischen Wissen-

schaftlern eine baldige Gelegenheit, dies nachzuholen, am besten seiner Gliederung nach politischen Akteuren folgend. Auf jeden Fall

ist die anwachsende Bibliothek über „Militä“ bereits um einen Klassiker reicher geworden.

Ernst Piehl

Mitarbeiter dieses Heftes

Dr. Bernd Jasper

Korrespondent der Frankfurter Rundschau und zuständig für Landespolitik in Wiesbaden

Klaus Wettig

Mitglied des SPD-Landesausschusses Niedersachsen

Dr. Ulrich v. Alemann

Professor für Politikwissenschaft an der PH Rheinland-Neuß

Peter Mambrey M. A.

Politikwissenschaftler; Wiss. Mitarbeiter der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung

Dr. Rolf Berger

Präsident der Technischen Universität Berlin

Dr. Ing. Klaus Traube

ehem. Atommanager; Publizist

Dr. Gerhard Mensch

Professor am Internationalen

Institut für Management und Verwaltung im Wissenschaftszentrum Berlin

Heinz Hawrelluk

Bundesjugendsekretär des DGB

Werner Lichtwark

Dipl.-Soziologe; Jugendpolitischer Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

Erik Bettermann

Geschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings; Präsident des Europäischen Jugendrates CENYO

Dr. Sven Papcke

Professor für Soziologie an der Universität Münster

Dr. Karl Kühne

Abt.-Referent (Hauptverwaltungsrat) bei der EG, Brüssel

Eckhard Linnenkohl

Doktorand der Politikwissenschaft an der Universität Marburg

Dr. Hans-Georg Kiera

Referent für Branchenpolitik, Inlandemarkt, Außenhandel und Statistik beim Deutschen Stahlbau-Verband

Dr. Engelbert Recker

Wissenschaftlicher Angestellter der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg

Dr. Hubert Voigtländer

Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn

Karlheinz Blessing

Student der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Konstanz

Otfried Jarren M. A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster; Mitglied der Medienkommission des SPD-Bezirks Westliches Westfalen